

**Stenographisches Protokoll
des
burgenländischen Landtages.**

**11. Sitzung der I. Session der I. Wahlperiode.
Am 24. November 1922.**

Inhalt.

Mitteilung des Präsidenten (Seite 189). Bekanntgabe des Einlaufes (Seite 189).

Dringliche Anfragen

1. der Abgeordneten Pomper, Vas, Enzenberger, Halb, Paul und Plöchl und Genossen an den Landeskulturreferenten Landesrat Walter, betreffend Unterstützungsbeiträge für die durch Hagelschäden betroffenen Bewohner, und für die Weinbauförderung des südlichen Burgenlandes (Seite 169) — Redner: Abgeordneter Pomper (Seite 236 und 241), Landesrat Walter (Seite 236 und 240), die Abgeordneten Mosler (Seite 239), Dr. Ratz (Seite 240); Koch (Seite 240);
2. des Abgeordneten Gesell und Genossen, betreffend die Verhaftung des Lehrers Karner in Torony (Seite 189) — Redner: Abgeordneter Gesell (Seite 241), Landeshauptmann-Stellvertreter Leser (Seite 242).

Anfragen

1. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend die Zurücksetzung von Burgenländern im burgenländischen Verwaltungsdienste;
2. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend Grenzverletzungen ungarischer Grenzler bei Mörbisch.

Anträge

1. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend die Ablösung der Internatsbeiträge an der Bundesmittelschule in Eisenstadt gegen Naturalleistungen;
2. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend die Einreihung von Bruck-Neudorf in die Ortsklasse I;
3. des Abgeordneten Gesell und Genossen, betreffend die Ablegung der Deutschprüfung seitens der ehemaligen ungarischen Angestellten;
4. des Abgeordneten Schneider und Genossen, betreffend Waldaustausch der Gemeinden Oslip und Gschieß mit der Esterhazyschen Gutsbesitzung;
5. der Abgeordneten Plöchl, Enzenberger, Vas, Halb, Paul, Pomper und Genossen, betreffend die Regulierung des Raidingbaches zwischen den Gemeinden Raiding—Groß-Warasdorf im Bezirke Ober-Pullendorf.

Dringlichkeitsanträge

1. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend Grenzberichtigungen bei Deutsch-Jahrndorf und Pamhagen (Seite 169) — Redner: Abgeordneter Wolf (Seite 243);
2. des Abgeordneten Till und Genossen, betreffend soziale Rechtsangleichung für die burgenländischen Kriegsbeschädigten (Seite 189) — Redner: Abgeordneter Till (Seite 242).

Verhandlungen.

Antrag des Finanzausschusses, betreffend den Voranschlag der burgenländischen Landesgebarung

für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1922. Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Stesgal (Seite 169) — Generaldebatte: Redner die Abgeordneten Koch (Seite 193), Hoffenreich (Seite 194 und 211), Landeshauptmann Dr. Rausnitz (Seite 195), die Abgeordneten Leser (Seite 195 und 213), Mosler (Seite 197), Pomper (Seite 202), Wolf (Seite 202 und 214), Dr. Ratz (Seite 204), Gangl (Seite 204 und 210), Walter (Seite 206 und 213), Stesgal (Seite 215) — Spezialdebatte: 1. Hauptstück: Redner die Abgeordneten Stesgal (Seite 215 und 216), Dr. Wagast (Seite 215); 2. Hauptstück: Redner die Abgeordneten Stesgal (Seite 216), Pratl (Seite 216), Mosler (Seite 216); 3. Hauptstück: Redner die Abgeordneten Stesgal (Seite 217), Stockinger (Seite 217), Mosler (Seite 218), Dr. Wagast (Seite 218), Koch (Seite 218); 4. Hauptstück: Redner die Abgeordneten Stesgal (Seite 219 und 221), Burgmann (Seite 219), Mosler (Seite 219), Wolf (Seite 220), Professor Dr. Walheim (Seite 220); 5. und 6. Hauptstück: Redner Abgeordneter Stesgal (Seite 221); 7. Hauptstück: Redner die Abgeordneten Stesgal (Seite 221), Wimmer (Seite 221), Walter (Seite 223) Meixner (Seite 224), Koch (Seite 225), Enzenberger (Seite 225); 8. Hauptstück: Redner die Abgeordneten Stesgal (Seite 226), Koch (Seite 226), Mosler (Seite 226), Landesrat Dr. Ratz (Seite 227); 9. Hauptstück: Redner die Abgeordneten Stesgal (Seite 228), Zull (Seite 228), Schneider (Seite 228), Dr. Ratz (Seite 228), Vas (Seite 228), Landeshauptmann Dr. Rausnitz (Seite 229), Abgeordneter Wimmer (Seite 229); 10. Hauptstück: Redner die Abgeordneten Stesgal (Seite 230 und 232), Till (Seite 230 und 234), Landeshauptmann Doktor Rausnitz (Seite 231), Abgeordnete Müller (Seite 232), Wohlmuth (Seite 232), Pratl. (Seite 232), Wolf (Seite 233), Zull (Seite 233), Leser (Seite 234).

Beginn der Sitzung um 14 Uhr 5 Minuten)

Vorsitzender: Präsident **Wimmer**.

Zweiter Präsident: **Burgmann**.

Dritter Präsident: **Dr. Wagast**.

Schriftführerin: **Zull**.

Präsident: Das hohe Haus ist beschlußfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt; es wurde keine Einwendung erhoben, es gilt daher als genehmigt.

Ich ersuche um die Mitteilung des Einlaufes.

Schriftführerin Zull verliest die im Inhaltsverzeichnis angeführten Anträge, ferner:

„Dringliche Anfrage des Abgeordneten Gesell und Genossen, betreffend, die Verhaftung des Lehrers Karner in Torony.

Lehrer Adolf Karner aus Mariasdorf wollte sich anfangs Oktober auf seine in Ungarn gelegene Stelle begeben, um seine Habseligkeiten zu holen, wurde aber in Torony verhaftet und bis heute noch nicht freigelassen. Weshalb seine Verhaftung erfolgte, ist bis heute noch unbekannt.

Wir stellen daher die dringliche Anfrage:

„Ist die Regierung geneigt, bekanntzugeben, welche Mittel sie in Anwendung zu bringen gedenkt, um die Freilassung des Lehrers Karner unverzüglich durchzusetzen?“

Fischl. Gesell.

Meixner. Wolf."

„Dringliche Anfrage der Abgeordneten Pomper, Vas, Enzenberger, Halb, Paul und Plöchl an den Landeskulturreferenten Herrn Landesrat Walter.

Im vergangenen Herbst wurden die südlichen Teile des Burgenlandes und ebenso der Oberpullendorfer Bezirk von schweren Hagelschäden heimgesucht. Der hohe Landtag hat in seiner zweiten Sitzung am 19. Juli beschlossen, den Geschädigten weitgehende Unterstützung zuzusichern und beim

Bunde die nötigen Schritte zu unternehmen, um geldliche Zuwendungen zu erhalten. Bis zum heutigen Tage sind keine Unterstützungsbeiträge für die Geschädigten aufgewendet worden. Dagegen sollen den Weinbauern im Wahlkreise des Nationalrates Binder durch dessen Intervention 100 Millionen Kronen für Weinbauförderung bewilligt worden sein.

Die Gefertigten wünschen die dringliche Beantwortung folgender Anfragen:

„1. Hat die Landesregierung beim Bundesministerium Schritte für die Geschädigten unternommen und mit welchem Erfolg?

2. Hat das Ackerbauministerium die fachliche Mitteilung der Landeskultur, das ist das Landeskulturamt, beziehungsweise seinen Referenten aufgefordert, zum Subventlonsansuchen des Nationalrates Binder in fachlicher Weise Stellung zu nehmen?“

Eisenstadt, 23. November 1922.

Halb. Pomper.

Paul. Vas.

Plöchl. Enzenberger."

„Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend Grenzberichtigungen bei Deutsch-Jahrndorf Und Pamhagen.

Vom Gemeindegebiet von Deutsch-Jahrndorf soll durch die neue Grenzführung eine zum Zeiselhofer Gebiete gehörige Fläche im Ausmaße von 800 Joch abgetrennt werden. Deutsch-Jahrndorf wird durch eine Abtrennung finanziell schwer geschädigt; ferner verlieren zirka 100 Arbeiter, die bisher auf dem Zeiselhof arbeiteten, Verdienst und Arbeitsmöglichkeit; weiters wird die Bahnhof- zufahrtsstraße nach Baumern abgetrennt, die einzige Bahnstraße, im Herbst, Winter und Frühjahr; schließlich wird der Zeiselhofer Spiritusfabrik durch die Abtrennung der 800 Joch der größte Teil der Rohstoffe entzogen.

In gleicher Weise wird von der Gemeinde Pamhagen der Maierhof Macko abgetrennt, was eine eminente Schädigung des Burgenlandes bedeutet. Wir stellen daher den. Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, daß in letzter Stunde diese katastrophale Grenzbestimmung verhindert wird.“

Eisenstadt, 23. November 1922.

Gesell. Wolf.

Fischl. Meixner."

„Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Till und Genossen, betreffend soziale Rechtsangleichung für die burgenländischen Kriegsgeschädigten.

Die Gefertigten stellen an die Landesregierung die dringliche Anfrage, ob Herrn Landeshauptmann bekannt ist, daß das Gesetz vom 27. Jänner 1921, B. G. Bl. Nr. 90, und die hiezu ergänzenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 15. Juli 1921, B. G. Bl. Nr. 425, auf die Burgenländer keine Anwendung findet.

Die zitierten Gesetze besagen, daß alle jene Kriegsbeschädigten, dessen Erwerbsunfähigkeit um mehr als 15 Prozent vermindert ist und vor dem 1. Mai 1920 im Bundesdienste standen, im Bundesdienste zu belassen und in das Definitivum zu überführen sind.

Da der Staatsvertrag von Saint-Germain erst am 16. Juli 1920 ratifiziert wurde und vordem den Burgenländern in Deutschösterreich keine Möglichkeit geboten war, in österreichischen Bundesdienst zu treten, da ja wie allgemein bekannt, bis zum 11. November 1921 das Burgenland nur de iure und nicht de facto zu Deutschösterreich gehörte, ergo konnten sie nicht am 1. Mai 1920 in Bundesdiensten stehen.

Es zeigt sich, wie widersinnig und nicht zweckentsprechend die Gesetze gehandhabt werden. Sollte dieses Gesetz nicht abgeändert, beziehungsweise den Tatsachen entsprechend angepaßt werden, so ist

in allernächster Zeit zu gewärtigen, daß viele burgenländische Kriegsbeschädigte samt Familie auf die Straße gesetzt und den größten Entbehrungen preisgegeben würden.

Es wird daher die Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung dahin zu wirken, daß die genannten Gesetze einer sofortigen Revision zugeführt werden, um sie auch zugunsten der burgenländischen Kriegsbeschädigten anwenden zu können. Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

„Der Landeshauptmann möge beim Bundesministerium dahin wirken, daß bis zur endgültigen Regelung, beziehungsweise Abänderung der genannten Gesetze, bei Anwendung derselben auf die Burgenländer bezüglich des Termines ihnen daraus kein Nachteil entsteht.“

Zull. Till.
Pratl. Stockinger.
Wohlmuth. Mosler."

Präsident: Die dringlichen Anfragen und Dringlichkeitsanträge werden am Schlusse der Sitzung verhandelt.

Wir gehen nunmehr in die Beratung des Voranschlages ein und bitte ich, die Redner vom Rednerische aus zu sprechen, damit die Stenographen wortgetreu aufnehmen können. Ich bitte den Herrn Referenten die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter - Landeshauptmannstellvertreter Stesgal: Hoher Landtag! Der Not gehorchend, und zwar der Not des Landes gehorchend und nicht dem eigenen Triebe folgend, übernahm ich als Mitglied der im Landtage zweitstärksten- christlichsozialen Partei im August dieses Jahres das Finanzreferat des Landes. In Ausübung dieser meiner patriotischen Pflicht wird mir daher heute die ehrenvolle aber wenig populäre Aufgabe zuteil, dem hohen Landtage den ersten Kostenvoranschlag - unseres Landes für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember d. J. vorzulegen und die Genehmigung für denselben zu erbitten.

Bevor ich in die sachliche. Erörterung des Voranschlages eingehe, sei es mir gestattet, dem hohen Landtage eine kurze Entwicklung des Aufbaues unseres finanziellen Wirtschaftslebens, dann aber eine kurze Begründung der verspäteten Vorlage unseres Voranschlages dem hohen Landtage zur Kenntnis zu bringen.

Als die Landesregierung ihre Tätigkeit im August dieses Jahres aufgenommen hat, standen dem Finanzreferate weder Geldmittel noch aber amtliches Material zur Verfügung, welches wir für den Aufbau unserer autonomen Verwaltung hätten verwenden können.

Die Unmöglichkeit Geld auszugeben, wenn keines vorhanden ist, bedarf wohl keiner besonderen Begründung.

Ich machte bei der Bundesregierung sofort den Versuch, zu erwirken, daß die Kosten für die autonome Verwaltung wenigstens bis 1. Oktober d. J. vom Bunde bestritten werden sollen, welcher Versuch aber erfolglos blieb.

Die Landesregierung war daher gezwungen Bundeskredit in Anspruch zu nehmen, um die dringenden Ausgaben als Gehalte der Abgeordneten, Lehrer und sonstigen Landesangestellten bestreiten zu können. Dies war umso notwendiger, als, wie Ihnen ja bekannt ist, die Steuereinhebung im Burgenlande bis zu diesem Zeitpunkt ohne unser Verschulden unterblieben ist, andererseits aber jene Steuer, welche damals eingehoben wurden, das sind die Steuern für 1921, dann die Viehverkehrssteuer, von der Bundesregierung in Anspruch genommen wurden. Es blieb daher, wie bereits erwähnt, nur der Weg offen, beim Bund ein Darlehen in Anspruch zu nehmen, was umso leichter war, als für unser Land analog wie für die übrigen Bundesländer Darlehensbeträge von der Bundesregierung sichergestellt waren, weshalb die Landesregierung notgedrungen den Beschluß gefaßt hat, die auf das Burgenland entfallenden Beträge in Anspruch zu nehmen.

Aus Gründen, welche im Finanzausschuß erörtert wurden, hat sich die Landesregierung entschlossen, bis Ende dieses Jahres den gesamten für uns vorliegenden Kredit in Anspruch zu nehmen. Wir

waren zur sofortigen Inanspruchnahme von Teilkrediten auch deshalb gezwungen, weil außer der Besoldung der Landesangestellten auch andere dringende Anforderungen an das Finanzreferat gestellt würden, deren Erfüllung große Geldopfer erforderten. Ich werde mir erlauben die Aufnahme des Bundesdarlehens im Verlaufe meiner Ausführungen noch weiter zu begründen.

Sofort nach Übernahme des Finanzreferates trat ich an das Finanzministerium mit der Bitte heran, die Viehverkehrssteuer für das Jahr 1922, welche bis dahin vom Bunde in Anspruch genommen wurde, dem Lande, beziehungsweise den Gemeinden zu überlassen. Nach langen nicht immer leichten Verhandlungen bin ich heute in der Lage berichten zu können, daß vor zwei Wochen die Regierungsbevollmächtigung eingelangt ist, mit welcher die vom Dezember 1921 bis September 1922 vom Bunde eingehobene Viehverkehrssteuer dem Lande überlassen wird, so daß wir hiedurch eine Einnahmepost von 600 Millionen für das Land und ebensoviel für die Gemeinden erzielt haben.

Des weiteren habe ich im September durch die Auswerfung einer Landesumlage den finanziellen Stand des Landes teilweise sichergestellt. Das bezügliche, vom hohen Landtage genehmigte Gesetz wird in seiner Endauswirkung mindestens drei Milliarden Erträgnis abwerfen. Dann habe ich für die Gesetzentwürfe über die Lustbarkeitsabgabe, dann eine solche über Kraftfahrzeuge die Zustimmung des hohen Landtages erhalten. Die langen Zeiträume, welche bis zur Gesetzwerdung und zum Einfließen dieser Abgaben gebraucht werden, sind die Ursachen, daß uns die Einnahmen dieser Steuern selbst für das laufende Jahr größtenteils erst im Jahre 1923 zur Verfügung stehen werden. Auch dieser Umstand begründet die Inanspruchnahme des Bundesdarlehens. Die gleichen Gründe erlaube ich mir auch bezüglich der Fürsorgeabgabe anzuführen.

Hoher Landtag! Bereits im August und auch im September dieses Jahres ist man an mich herangetreten, dem hohen Landtag einen Voranschlag für die Einnahmen und Ausgaben des Landes vorzulegen. Um diesen Forderungen entsprechen zu können hätte seitens des bestandenen Landesverwaltungsamtes die notwendige Grundlage durch Ermittlung der Steuererträgnisse aus den bei den Kreis- und - Gemeindesekretären erliegenden Vorschriften, sowie die Grundlagen für die Gesetzesvorarbeiten des Voranschlages geschaffen werden müssen, was jedoch unterblieben ist, daher alle diese Vorarbeiten erst in den letzten zwei Monaten durchgeführt werden mußten.

Dessenungeachtet wurde ein Voranschlag vorbereitet, welcher Ende September dem hohen Landtage hätte vorgelegt werden sollen.

Hoher Landtag! Ich bitte mir dies nicht als Gleichgültigkeit anzurechnen, wenn ich hier erkläre, daß ich eigentlich froh war, daß verschiedene Gründe die Vorlage des Voranschlages in der damaligen Verfassung behinderten und erlaube ich mir hiefür folgendes anzuführen:

Ich Habe es mir bei Antritt meines Referates zum Prinzip gemacht, dasselbe nach den Grundsätzen zu führen, daß sich die Einnahmen und Ausgaben nach Möglichkeit decken sollen. Nun standen mir aber zu dem erwähnten Zeitpunkte keine Einnahmen und über die voraussichtlichen Ausgaben keinerlei sichere Anhaltspunkte zur Verfügung.

Das Haupthindernis gegen eine genaue Verfassung des Voranschlages war der zum damaligen Zeitpunkte bestandene schwankende Kronenkurs und erlaube ich mir daran zu erinnern, daß wir im September unsere schwersten Schicksalstage durchgemacht haben, denn der Bestand unseres Bundesstaates, der Republik Österreich war gefährdet. Man erörterte im Auslande bereits die Aufteilung unseres Staates. Welche Wirkung diese Zustände auf unsere Währung hatten, wissen Sie selbst sehr genau, weshalb ich mir die Erörterung derselben ersparte. Die Krone sank ins Uferlose. Unsere Währung hatte aufgehört ihre Bestimmung als Wertmesser für Wirtschaftsgüter zu erfüllen und hatte nur mehr den Zweck als Zahlungsmittel ein notwendiges Übel zu sein.

Zu einer Zeit also, wo sich der Wert der Krone von Tag zu Tag verschlechterte, war es mangels einer stabilen Grundlage ein müßiges Beginnen einen Voranschlag zu verfassen, da bei den persönlichen und sachlichen Ausgaben bei der verheerenden Indexdeckung die Auslagen sich von Tag zu Tag vermehrten, die Einnahmen hingegen unverändert geblieben sind.

Sie wissen, daß der Voranschlag die Grundlage für düs Wirtschaftsleben bilden sollte. Wie hätten unter diesen trostlosen Voraussetzungen positive Daten geschaffen werden, können? Ganz abge-

sehen davon, daß uns ja damals keinerlei Erfahrungen über die Bedürfnisse des Landes zur Verfügung gestanden sind und wir erst die Ereignisse an uns herantreten lassen mußten, um aus den Erfahrungen unser Wirtschaftsleben neu aufbauen zu können.

Gegenwärtig, wo wir auf Grund der Abgabengesetze unsere Einnahmen annähernd ermitteln können, bezüglich der Ausgaben aber jetzt auf eine mehrmonatige Verwaltungstätigkeit zurückblicken können und aus den Erfahrungen dieser Zeit auch für die Ausgaben bereits feste Daten in der Hand haben, waren wir in der Lage den Voranschlag genauer erstellen zu können. Ich muß allerdings auch heute noch erwähnen, daß die andauernden Preisschwankungen und die noch immer bestehende Indexwirkung den Voranschlag hinsichtlich der kommenden Zeit auch heute noch zu einem Rahmen machen, innerhalb welchen sich die Einnahmen und Ausgaben bewegen werden.

Hoher Landtag! Unter diesen schwierigen Verhältnissen entstand der Voranschlag, welchen ich Ihnen heute nach Durchberatung im Finanzausschusse zur Beschlußfassung übergebe.

Ich erlaube mir beizufügen, daß das Finanzreferat bekanntlich das undankbarste ist, denn dasselbe muß die Mittel aufbringen, mit welchen sich die Mitglieder der Parteien um die Gunst der Bevölkerung bewerben.

Ich bin heute derjenige, auf welchem das Odium fällt, daß das Land Schulden machen mußte, wodurch mir das Vertrauen, welches ich durch meine mehrjährige Tätigkeit im Burgenland erworben zu haben glaube, gänzlich einbüßen werde. Hinsichtlich der sachlichen Begründung des Voranschlages werde ich mir erlauben dieselben bei den einzelnen Hauptstücken vorzubringen.

Der Finanzausschuß, welcher seine Wünsche in der Ausschlußberatung vorgebracht hat und welche auch im Voranschlag berücksichtigt sind, hat sicher die Überzeugung gewonnen, haß die Ausgaben und Einnahmen der Leistungsfähigkeit des Landes augepaßt sind.

Hoher Landtag! Es sei mir noch gestattet, die Aufnahme des Bundesdarlehens in seiner ganzen Höhe zu begründen; wie ich bereits erwähnte, stand uns zur Beginning der Tätigkeit keinerlei Geldmittel zur Verfügung und mußte ich daher mit Kreditaufnahme beginnen, um die laufenden Auslagen bestreiten zu können. Der Umstand, daß auch die Eingänge der einzelnen Steuern und Abgaben im laufenden Jahre nur im geringen Maße einfließen, machte es daher notwendig, daß unsere Ausgaben in vollem Umfange von den bewilligten Krediten bestritten werden müssen. Ein Hauptgrund für die Inanspruchnahme der Kredite ist jedoch der Umstand, daß von der Bundesregierung bisher keinerlei Vorsorgen für die Dotierung der Länder in den ersten Monaten des Jahres 1923 getroffen wurden, weshalb es eines der dringendsten Aufgaben der Finanzverwaltung war, die vorhandenen Kredite für diese Übergangszeit bereitzuhalten. Es sei mir auch gestattet, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß mit 1. Jänner 1923 das österreichische Steuerrecht in vollem Umfang auf das Burgenland ausgedehnt wird und daher von diesem Zeitpunkt an die Grund- und die Gebäudesteuer nach dem Finanzverfassungsgesetz dem Lande überlassen bleiben, weshalb es intensiver Vorarbeiten bedarf, diese Steuern bis zu dem Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nach den gesetzlichen Bestimmungen und der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden neu vorzuschreiben und einzuheben. Der Umstand, daß uns die Möglichkeit geboten ist, die Bemessung der Steuern nach einer ganz neuen Grundlage durchzuführen, hat uns veranlaßt, um die Besteuerung möglichst gerecht zu machen, die Kontingentierung der Grund- und Haussteuer in Aussicht zu nehmen, das heißt es wird für jede Gemeinde, die nach ihren ertragfähigen Grundstücken entfallende Steuersumme vorgeschrieben und die Aufteilung der auf die Gemeinde entfallenden Steuern auf die einzelnen Steuerträger einer Steuerbemessungskommission in der Gemeinde vorbehalten bleiben. Die Beschlüsse dieser Kommission. bleiben allerdings der Bewilligung der Landesregierung vorbehalten.

Um bei der Bemessung und Feststellung der Vorschreibung alle Wünsche berücksichtigen zu können, haben wir, wie bereits bekannt, eine Kommission bestimmt, die am Sitze der Landesregierung die notwendigen Vorarbeiten durchzuführen haben wird. Daß wir bemüht sind, den Interessen der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung in jeder Hinsicht gerecht zu werden, glaube ich auch dadurch bewiesen zu haben, daß die Landesregierung der Bundesländerversicherungsanstalt beigetreten ist, wodurch den Interessenten Gelegenheit geboten sein wird, ihr Hab und Gut zu weitaus billigeren Prä-

miensätzen zu versichern, wobei überdies noch der Vorteil besteht, daß die gezahlten Beträge im Lande verbleiben und nicht wie bei Privatversicherungsanstalten ins Ausland hinausgehen.

Hoher Landtag! Im Sinne des § 25 der provisorischen Landesordnung hat die Landesregierung vor Ablauf des Finanzjahres einen Voranschlag für das nächste Jahr vorzulegen.

Die vorerwähnte Angleichung des Steuerrechtes und der Umstand, daß die Realstenern nunmehr dem Lande zufließen, machen es derzeit unmöglich die Einnahmen des Landes auch nur annähernd zu bestimmen, weshalb ich die Bitte stelle, daß der Voranschlag erst zu einem Zeitpunkt vorgelegt werden könne, in welchem der hohe Landtag die Landesgesetze, betreffend die -Realsteuern, verabschiedet hat.

Hoher Landtag! Eine der verantwortungsvollsten und vornehmsten Pflichten erfüllen Sie heute, indem Sie die Mittel für den Landeshaushalt bewilligen. Sie erfüllen damit auch einen historischen Akt, weil es der erste Voranschlag ist, welcher die Grundlagen für den Nachweis erbringt, das die Selbständigkeit des Landes berechtigt und durch seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gesichert ist. Die Landesregierung hat sich bei der Verfassung des Voranschlages nach den Grundsätzen größter Sparsamkeit leiten lassen und wird auch bei der Verwendung der einzelnen Kredite sich an dieses Prinzip halten.

Ich weiß mich im Einverständnis mit allen meinen Kollegen in der Landesregierung, wenn ich die Erklärung abgebe, daß wir an den Grundsätzen der Sparsamkeit festhalten werden und neue Erfordernisse, ohne vorherige Einholung der Bedeckung, nicht bewilligen werden.

Hoher Landtag! Zum Schlusse sei es mir gestattet dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, daß es allen zukünftigen Finanzreferenten gestattet sein möge am Schlusse des Gebarungsjahres einen so günstigen Abschluß zu erzielen, wie es der vorliegende Voranschlag enthält. Es sei ferne von mir, daß der Voranschlag ein vollkommener ist. Aber ich übergebe denselben mit dem Bewußtsein dem hohen Landtage, daß wir uns von einer zweckmäßigen, gewiß aber nicht kleinlichen Sparsamkeit leiten ließen. Ich stehe nicht an zu erklären, daß manche Post, die aber bereits erledigt ist, sich im Voranschläge befindet, mit der ich nicht einverstanden bin und welche gegen meinen Willen realisiert wurde.

Im Bewußtsein meiner Verantwortlichkeit empfehle ich den Voranschlag unter Anrufung Ihres Patriotismus dem hohen Landtage zur Annahme. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident: Ich eröffne die Generaldebatte Das Wort hat der Herr Abgeordnete Koch.

Abgeordneter Koch: Hohes Haus! Leider passiert es mir zum zweiten Male, daß ich zum Worte komme, ohne daß ich davon vorher gewußt hätte. Einmal war es der Fall, wie es sich um die Landesumlage gehandelt hat. Aber damals mußte ich über die Sache reden. Heute will ich nicht viele Worte machen, weil ich weiß, daß eine Stunde sprechen 100.000 Kronen kostet (*Ruf bei den Sozialdemokraten: Ist das gar so viel?*) und wenn ich eine halbe Stunde rede, so kostet das 50.000 Kronen; dennoch muß ich einiges zum Voranschlage sagen. Wir haben den Voranschlag gestern im Finanzausschusse, dessen Vorsitzender ich bin, vorberaten und ich muß einige Posten hier kritisieren, wozu ich gestern nicht Gelegenheit hatte. Da muß ich meinen Parteigenossen, den Herrn Finanzreferenten Stesgal den Vorwurf machen, daß er beim Voranschlag etwas mehr hätte zwicken können. Im 2. Hauptstück, 1. Teil, ist für Reisekosten ein Betrag von 98,000.000 eingesetzt. Ich habe mich heute darüber informiert, was das eigentlich ist und habe erfahren, daß das zum Teil Reisekosten sind, die Hälfte aber Übersiedlungskosten, weil Leute sehr oft versetzt wurden. Als ich noch Mitglied der Verwaltungsstelle war, wurden genug Beamte versetzt, weil es von gewissen Herren dort so verlangt wurde. Jetzt aber glaube ich, sollte man mit dem Versetzen der Leute endlich einmal aufhören. Man betreibt damit meiner Ansicht nach vielfach Parteipolitik, wofür wir zahlen müssen. Denn wenn der Mann versetzt wird, müssen wir ihm die Übersiedlungskosten bezahlen, und das wäre doch nicht notwendig. Am Anfange war es ja angebracht, die Leute hin und her zu schieben, aber seit 1. August hätten wir schon damit aufhören können.

Nun liegt diese Post offen vor uns, eine zweite Post dagegen sieht man nicht so genau. Ich weiß

aber dennoch, um was es sich da handelt. Das ist die, Post im 1. Zweig, 2. Teil, Nr. 8, Bezüge der Landesbeamten bei den Kreis(Gemeinde)sekretariaten. Hier sind 1630 Millionen eingesetzt. Selbstverständlich will ich nicht sagen, daß diese Herren nichts bezahlt bekommen sollen, aber es ist doch etwas dabei, was nicht notwendig wäre. Gerade in der Zeit, als der Kostenvoranschlag vorgelegt wurde, haben wir in Mattersdorf — Sie sehen, ich bin schon wieder dort, aber dort kenne ich mich eben am besten aus — zwei Gemeindefürher ihres Amtes enthoben. Sie haben zwar nur die halben Bezüge bekommen, aber zwei halbe sind auch ein ganzer. Die Leute hätten ja gerne weitergearbeitet, konnten es aber nicht tun, weil sie eben enthoben waren. Ich weiß nicht, wie oft das im Burgenlande vorkommt, ich muß aber, weil ich sehe, daß der Landesrat Hoffenreich sich Verschiedenes aufschreibt doch hier vorbringen, wie es dazugekommen ist. Durch dieses Aufschreiben komme ich eben dazu. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Warum in Mattersdorf diese zwei Beamten vom Dienste enthoben wurden — ich muß das hier vorbringen, wenn ich auch dabei etwas weiter zurückgreife. — Als wir noch in Ungarn waren, haben wir den Oberstuhlrichter Zifrak gehabt. Kein Mensch hat ihn haben wollen, weil von ihm Verschiedenes gesprochen wurde. Nach dem Kommunistentumsturz haben wir das Recht gehabt, einiges zu verlangen und da haben wir für Mattersdorf einen Deutschen verlangt. Wenn er auch rot gewesen wäre, aber nur hätte er ein Deutscher sein müssen. Das ist aber nicht so glatt durchgegangen, sondern hat einen schweren Kampf gekostet und wir mußten beim Herrn Vizegespan Wolf in Ödenburg mit einer Deputation sehr energisch auftreten, um es durchzusetzen. Er hat uns damals gesagt, das ist ganz ausgeschlossen. Ich bin ruhig im Winkel gestanden, weil ich nicht der größte in der Deputation war. (*Heiterkeit.*) Ich bin aber dann doch vorgetreten und habe zu ihm gesagt: Wir fragen nicht, ob er weiß oder rot ist, aber er muß ein Deutscher sein. Es ist dann auch ein Deutscher, Herr Oberstuhlrichter Schwarz für Mattersdorf gewählt worden und hat sich die allgemeine Anerkennung der Bevölkerung erworben. Nach dem Anschluß wurde der deutsche Oberstuhlrichter Schwarz abgesetzt und ein Dr. Faludy an seine Stelle berufen. Selbstverständlich hat es sich bei der Bevölkerung herumgesprochen, daß wir jetzt, wo wir in Österreich sind, statt des einheimischen deutschen Herrn Schwarz einen Herrn mit echt ungarischem Namen bekommen. Es dauerte nicht lange, wurde auch schon gesprochen, daß Herr Dr. Faludy früher einmal Feigelstock geheißen haben soll. Da war der Teufel los. Natürlich - wurde von Herrn Dr. Faludy nach den Urhebern dieses Geredes gesucht. Auch ich wurde von ihm gefragt, konnte ihm aber nichts Bestimmtes sagen. Er nahm an, daß die zwei. oben erwähnten Gemeindefürher die Schuldigen sind. Es ist Ihnen ja allen bekannt, wenn man etwas finden will und danach sucht findet man ganz bestimmt irgend etwas. Das war auch hier der Fall. Ich will das im Zusammenhang mit dem Voranschlag bringen, weil daraus hervorgeht, daß wir wegen des Faludy seit einem halben Jahre zwei Beamte zahlen müssen, die nichts arbeiten. Ich hätte das hier nicht vorgebracht, ich weiß auch nicht, ob mir daraus nicht ein Vorwurf gemacht wird; ich habe auch mit meiner Partei darüber nicht gesprochen. Aber der Landesrat Hoffenreich hat zu schreiben begonnen und da mußte ich auch auf diese Sache zu sprechen kommen.

Ich kann mich auf den Voranschlag nicht mehr einlassen, weil ich nicht darauf vorbereitet war, daß ich heute hier reden werde, aber weil ich schon beim Worte bin muß ich bei dieser Gelegenheit betonen, daß es für unsere Partei sehr schwer ist, das Finanzreferat zu führen und daß wir von allem Anfang dagegen waren, es zu übernehmen, weil im Bundesstaate Österreich — und das ist auch in jedem andern Lande so Sitte — die stärkste Partei des Hauses, das Finanzreferat zu führen hat. Das ist überall üblich, wir haben gestern schon gesehen, daß der Herr Abgeordnete Mosler sich sehr hervorgetan hat, ich glaube, er sieht sich schon als Nachfolger. Ich habe früher nicht gesprochen, aber ich glaube, unsere Partei wird sich schon einigen, wir machen einen Tausch mit dem Gemeinde- oder Schulreferat. (*Abgeordneter Mosler: Das würde Euch passen!*) Alles wollen wir nicht wegschmeißen, aber tauschen können wir schon. (*Zu Landeshauptmann-Stellvertreter Stesgal gewendet:*) Nicht Wahr, es geht? Ich könnte noch weiterreden, aber unseren Kollegen, den Herrn Referenten kann ich doch nicht kritisieren, ich glaube, ich bin ohnehin schon viel zu viel hineingekommen. Wir wissen ohnehin alle, daß wir große Auslagen haben und daß wir große Einnahmen brauchen. Ein Land, das kein Geld hat, kann ebensowenig leben, wie eine Familie oder der einzelne Mensch. Selbstverständlich wird nicht alles

klappen, weil wir noch keine ordentliche Wirtschaft und keinen ordentlichen Haushalt haben und weil wir noch nicht so eingerichtet sind, wie die andern Länder, die schon seit 50 oder mehr Jahren ihre Wirtschaft eingerichtet haben. Wir sind Neulinge und es wird sich die Sache mit einigem guten Willen schon machen lassen. Redner nach mir werden den Voranschlag besser kritisieren und ich habe schon erwähnt, daß Abgeordneter Mosler will, daß man ihm das Referat überträgt. Wenn Abgeordneter Mosler reden wird, so wird das wieder 150.000 Kronen kosten, ich aber habe schon lange genug gesprochen — der Herr Präsident Wimmer schaut schon spaßig drein — und ich möchte wünschen, daß die Redner nach mir, in Anbetracht der hohen Druckkosten, kürzer sprechen.

Landesrat Hoffenreich: Der Herr Abgeordnete Koch hat die hohen Summen beanstandet, die im Voranschlag für die Versetzungen im Dienste der inneren Verwaltung, vorzüglich im Gemeindereferat, eingesetzt sind. Er meint, daß die Beträge hauptsächlich dazu verwendet werden, um die Übersiedlungsgebühren der Sekretäre, welche von einem Ort an einen andern versetzt werden, zu bezahlen und er meint weiters, es wäre gut, diese Übersiedlungsgebühren auf das mindeste Maß herabzusetzen.

In dieser Hinsicht bin ich nicht nur vollständig der Ansicht des Herrn Abgeordneten Koch, sondern ich bin auch bemüht, selbst Anträge, die vom Amte gekommen sind und die sachlich begründet waren, wegen des hohen finanziellen Erfordernisses auf das Mindestmaß herabzusetzen. Herr Abgeordneter Koch irrt sich aber, wenn er glaubt, daß dies Gelder für Versetzungen sind, sondern die Sache verhält sich so: Eine große Zahl ehemaliger ungarischer Notäre haben schon vor der Landnahme ihre Stellung fluchtartig verlassen und auch nachher noch, so daß die Landesregierung — damals das Landesverwaltungsamt — nach einer Vollzugsanweisung der Bundesregierung auch Leute, die den Sekretärskurs gemacht haben, in das Burgenland versetzen mußte. Diese Herren, welche zum großen Teil verheiratet sind, sind anfangs nur für ihre Person im Lande gewesen. Sie ziehen aber nach der Konsolidierung der Verhältnisse ihre Familien nach, wenn sie eine Wohnung erhalten haben. Ich glaube, daß das Land, wenn es Leute im Burgenland anstellt und in öffentliche Dienste nimmt, verpflichtet ist, die Übersiedlungskosten aus dem alten Österreich in das Burgenland zu bezahlen. Es ist klar, daß die Reisekosten eine hohe Summe ausmachen. Man kann aber den Herren, welche aus Salzburg, Oberösterreich in das Burgenland gerufen werden, nicht zumuten, die Kosten der Übersiedlung, welche 3 bis 4 Millionen Kronen betragen, aus eigener Tasche zu bezahlen. Die meisten der Herren wären gar nicht in der Lage, diese Gebühren aus eigenem zu tragen, und andererseits ist es wegen der Stabilität der Verhältnisse wünschenswert, daß die Herren mit ihren Familien sich auf ihren Dienstorten befinden. Ich bin gerne bereit, dem Herrn Abgeordneten Koch ein Verzeichnis über alle von der Landesregierung in kollegialen Sitzungen bewilligten Reisegebühren, die von allen Parteien kontrolliert werden können, zu geben, er wird daraus ersehen, daß die andere Versetzung der Sekretäre im Lande einen ganz geringen Bruchteil, vielleicht nicht einmal ein Fünftel ausmacht, und ich bitte das hohe Haus versichert zu sein, daß die Landesregierung das Bestreben hat, die Versetzung von Sekretären wirklich auf das mindeste Maß zu beschränken. (*Lebhafter Beifall.*)

Der Herr Abgeordnete Koch hat dann noch bezüglich zweier Herren von Mattersdorf erwähnt, daß sie in Disziplinaruntersuchung stehen und noch die Hälfte ihres Gehaltes bezahlt wird, obwohl diese Herren eigentlich keine Arbeit leisten. Das ist richtig, das ist aber ein Schutz, der den öffentlichen Angestellten unbedingt gewährt werden muß. Wenn ein öffentlicher Angestellter von seinem Dienst wegen dieses oder jenes Grundes suspendiert und in Disziplinaruntersuchung gestellt wird, so wird der Disziplinarsenat entscheiden, ob der betreffende Mann schuldig ist oder nicht und ob derselbe eventuell zu entlassen ist oder, nicht. Man kann dem Urteil des Disziplinarsenates nicht vorgreifen und auch nicht den Mann, wenn er suspendiert wird, einfach aufs Pflaster werfen und ihm kein Geld mehr geben. Das Gesetz schreibt vor, daß einem solchen Beamten mindestens ein Drittel seiner Bezüge auch während der Disziplinaruntersuchung auszubezahlen ist. Was den konkreten Fall bezüglich der beiden Mattersdorfer Sekretäre anbelangt, wo der Herr Abgeordnete Koch geglaubt hat, den Bezirksverwalter einer persönlichen Rache beschuldigen zu müssen, so kann ich dem Herrn Abgeordneten

versichern, daß der Fall vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Stesgal und mir persönlich untersucht wurde und daß die Enthebung der beiden Herren auf Wunsch des Steueramtes in Mattersdorf im Zuge eines strafgerichtlichen Verfahrens erfolgte. Mit dem Bezirksverwalter hat die Sache gar nichts zu tun. Bei der Eintreibung der Viehverkehrssteuer sollen sie sich Manipulationen zuschulden kommen lassen, die mit dem Dienst eines öffentlichen Beamten nicht vereinbar sind. Die Disziplinaruntersuchung wird erweisen, inwieweit die Beschuldigungen der Wahrheit entsprechen. Es handelt sich um das Steueramt und nicht um die Bezirksverwaltung. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Landeshauptmann Dr. Rausnitz: Ich muß nur zu den gemachten Ausführungen hauptsächlich deshalb Stellung nehmen, weil ein Organ der unmittelbaren Bundesverwaltung, das heißt ein Beamter der politischen Bezirksbehörde heute neuerlich angegriffen worden ist. Ich hoffe, daß es sich um eine missverständliche Auffassung des Herrn Abgeordneten Koch handelt, die durch Herrn Landesrat Hofenreich bereits aufgeklärt ist. Im allgemeinen möchte ich das hohe Hans nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß die politischen Beamten, besonders jene, die auf dem Posten eines Bezirksverwalters stehen, als reine Idealisten in das Land gekommen sind und sich auch jetzt unter den schwierigsten Umständen immer wieder als solche bewährt haben. Wenn im Anfang der Pionierarbeit Entgleisungen vorgekommen sind, so soll man dieselben nicht jetzt anlässlich der Budgetberatung zu irgendwelchen größeren Angriffen auswerten. Die Landesregierung — insbesondere die mittelbare Bundesverwaltung — hat in dieser Richtung Angriffe nicht zu scheuen, aber im Namen der Bezirksverwaltungen, die ja in der Bevölkerung wurzeln sollen, bitte ich derartige Angriffe, wenn sie nicht mit positiven Daten belegt werden können, zu unterlassen. Wenn etwas vorliegt, so bitte ich, mir dies so schnell als möglich zur Kenntnis zu bringen.

Landeshauptmannstellvertreter Leser: Meine Herren! Das Schriftstück, welches Ihnen heute vorliegt, trägt den Titel „Landesvoranschlag“. Es wäre aber eher mit dem Namen „Rechnungsabschluß“, und zwar undetaillierter Rechnungsabschluß oder Rechenschaftsbericht der Landesregierung zu benennen. Ein Landesvoranschlag hat den Zweck, der Landesregierung eine Marschroute für das kommende Jahr zu geben, die einzelnen Teile der Verwaltung nach ihrer Wichtigkeit und Notwendigkeit abzuwägen, ihr Maß zu bestimmen und aufzuzeigen, auf welche Weise die Bedeckung dafür aufzutreiben sein wird. Diesen Erfordernissen kommt der heutige Voranschlag nicht nach und kann es auch nicht, weil es sich nicht um Ziffern handelt, die sich auf die zukünftige Tätigkeit der Landesregierung beziehen, sondern auf die Vergangenheit der Verwaltungstätigkeit. Sie werden sich demnach bei dieser Debatte nicht jene Ziele setzen können, die sonst ein Parlament oder Landtag bei der Budgetdebatte hat, zu bestimmen, in welchen Bahnen sich die Politik im künftigen Jahre zu bewegen hat, sondern dieses Haus wird nur in der Lage sein, Kritik an der Verwaltungstätigkeit der Landesregierung vom August bis heute zu üben und die Landesregierung zu ermächtigen, sich in den nächsten sechs Wochen im Rahmen dieses Voranschlages zu bewegen. Ich fühle mich nicht berufen, Kritik an der Vergangenheit zu üben, und überlasse das solchen Freunden meiner Parteifraktion, die für die Geschäfte der Landesregierung nicht die Verantwortung teilweise mittragen, wie es bei mir der Fall ist. Was ich namens meiner Partei erklären möchte, ist, daß die Bevölkerung dieses Landes sich vom Voranschlag eine Antwort erhofft, auf eine Frage, die ein Teil der Bevölkerung sich mit Bangen, ein anderer Teil vielleicht mit Schadenfreude vorlegt. Auf die Frage: Ist dieses Land existenzfähig oder nicht?

Ein Landesvoranschlag würde sonst auf diese Frage eine klare Antwort zu geben vermögen; anders der heutige. Er ist nicht imstande, auf diese Frage zu antworten. Trotzdem halte ich es für unsere Pflicht, beim ersten Male, als über die Finanzen des Landes gesprochen wird, auch die Antwort auf diese Frage zu suchen. Auf Grund der Ziffern, die im Budget enthalten sind, werden Sie wohl meinen, daß das Burgenland im Verhältnis zu den übrigen Bundesländern auf der Lastenseite des Budgets in einer etwas angenehmeren Lage ist. Ausgaben figurieren hier in geringerem Ausmaß als in den Budgets der andern Länder, und wenn der Herr Finanzreferent bloß vom rechnungsmäßigen Standpunkt aus-

gehen und seine Aufgabe darin erblicken würde eine Bilanz zu erstellen, die schön aussieht und sich noch weiter frisieren läßt, so könnte er sich freuen, daß das Burgenland viel weniger Lasten zu tragen hat als die übrigen Bundesländer. Das ist aber nur ein scheinbarer Vorzug des Burgenlandes. In Wahrheit bedeutet es nichts anderes als den kulturellen Rückstand dieses Landes und diese Rückständigkeit macht es der Landesregierung und dem Landtag zur Pflicht, das Land aus dieser Rückständigkeit herauszuführen, es kulturell und wirtschaftlich anzugleichen an die andern österreichischen Bundesländer. Deshalb ist die Aufgabe des burgenländischen Finanzreferenten nur scheinbar eine günstigere. Während die Finanzpolitik in den übrigen Ländern sich damit zu begnügen haben wird, bereits bestehende Einrichtungen auf den verschiedenen Gebieten der Landesverwaltung zu alimentieren und zu erhalten, wird sich das Burgenland nicht damit begnügen können, denn es werden alle diese Einrichtungen erst zu schaffen sein und dadurch kommt das Burgenland den übrigen Ländern gegenüber in einen großen Nachteil.

Die Frage, wie wir das machen werden, wie die Mittel dazu aufgebracht werden können, ist nicht so einfach zu beantworten. Wenn Sie die wirtschaftliche Struktur dieses Landes, ansehen, so werden Sie sagen müssen: Es handelt sich um ein überwiegend von Ackerbautreibenden bewohntes Land mit spärlicher Industrie, notabene einer Industrie, die im Vergleiche zur österreichischen auf einer tieferen Entwicklungsstufe steht und nicht in allen Belangen mit ihr konkurrenzfähig ist. Das ist die Basis, auf der sich die Steuerpolitik des Burgenlandes zu bewegen haben wird. Wir werden in erster Linie mit Agrarsteuern zu arbeiten haben, denn wir haben keine andere Steuerquelle. Wenn Sie nicht die paar Industrieunternehmen vollständig unterdrücken wollen, müssen Sie wohl die Hauptsumme der Steuern aus der Landwirtschaft herausziehen. Nun ist dieser Landtag nach seiner Zusammensetzung und Mehrheit ein agrarischer Landtag. Es wird also von den Vertretern der agrarischen Parteien, die wir die bürgerlichen Parteien nennen, von ihrer Steuerfreudigkeit und Steuerwilligkeit abhängen, ob das Burgenland in Zukunft existenzfähig sein wird oder nicht. Es ist etwas, was vielleicht nicht angenehm zu hören und auch nicht angenehm zu sagen ist, was aber heute, wo wir zum erstenmal über die Finanzen des Landes sprechen, der Bevölkerung mit vollster Offenheit gesagt werden muß: An Ihre Opferfreudigkeit ist die Existenzfähigkeit des Burgenlandes als Land gebunden. Und davon, wie Sie diese Pflicht erfüllen werden, und wie das im nächsten Voranschlag zum Ausdruck kommen wird, wird es abhängen, ob das Burgenland als eigener Verwaltungskörper bejaht oder verneint werden muß. Es wird in Zukunft nicht möglich sein, die Finanzpolitik so zu treiben wie in der Vergangenheit, daß auf der einen Seite einfach die Zuschüsse des Bundes stehen. Die Finanzpolitik des Landes wird sich in Zukunft in jenem Rahmen bewegen müssen, den der Sanierungsplan für die Länder vorschreibt, und deshalb müssen wir im Zusammenhang mit dem Burgenland auch ein Wort über den Sanierungsplan sprechen. Es liegt mir ferne, über den Sanierungsplan vom nationalen Standpunkte zu sprechen; es liegt mir auch ferne, den Sanierungsplan von dem Standpunkt aus zu betrachten, ob er nicht etwa die Freiheit, die Unabhängigkeit, das einzige moralische Gut unserer Republik gefährdet. Ich überlasse die Beurteilung dieser Frage einem jeden, er möge das nach seinem Gewissen beantworten. Was uns aber bei diesem Sanierungsplan angeht, ohne Rücksicht darauf, ob wir dieser oder jener Partei angehören, und ohne Rücksicht darauf, ob jemand den Sanierungsplan bejaht oder verneint, ist die Erkenntnis, daß, wenn dieser Sanierungsplan robust und energisch auf das Burgenland angewendet wird, das Burgenland dann nicht mehr lebensfähig ist. (*Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!*) Das Burgenland befindet sich nicht nur in jener allgemeinen Krise, in der sich die Republik Österreich befindet, denn eine jede österreichische Krise hat sich im Burgenland in gesteigerter Form abgespielt. Denken Sie an die Valutakrise, an jene Zeit, als der Kronenkurs katastrophal gefallen ist, wie damals sämtliche Bundesländer unserer Republik von diesem katastrophalen Sturz getroffen waren. Wir im Burgenlande sind aber doppelt getroffen gewesen, denn auf uns hat nicht nur die Last des sinkenden Kronenkurses gedrückt, sondern auch die Last der Konkurrenz der ungarischen Krone, die im Burgenlande den Wert der österreichischen Krone noch tiefer heruntergetrieben hat, als der offizielle Kurs gewesen ist. Demzufolge waren alle wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die in Österreich dem Kronensturz gefolgt sind, im Burgenland im erhöhten Maße zu spüren. Das Burgenland befindet sich

immer, sooft in Österreich eine Krise ist — und Österreich ist bis jetzt in einer permanenten Krise gewesen —, in einer doppelten Krise. Ich möchte, um mich vergleichsweise, auszudrücken, sagen, daß das Burgenland den übrigen österreichischen Bundesländern gegenüber, fast jene Stelle einnimmt, die Österreich gegenüber den übrigen Ländern in Europa innehat. Wir im Burgenlande sind das Österreich unter den österreichischen Bundesländern und flehen die übrigen Bundesländer, um Hilfe an, weil wir aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln nicht imstande sind, das Land zu europäisieren und auf die Höhe der übrigen österreichischen Länder zu bringen. Daraus ergibt sich für einen jeden, der die großen Aufgaben erkennt, die das Burgenland im nächsten Jahre zu beginnen haben wird, die Folge, daß wir ohne tätige Mithilfe der übrigen Bundesländer und ohne Zuschüsse vom Bund außerstande sein werden, diese Lasten zu tragen, und daß wir unsere wirtschaftlichen Aufgaben nicht werden erfüllen können, wenn jene Bestimmungen des Sanierungsplanes, wonach die Bundeszuschüsse und die andern Leistungen des Bundes eingestellt werden sollen und die Länder durch die Überlastung der Realsteuern rekompensiert werden, auch dem Burgenlande gegenüber in Kraft treten sollten. Das ist eine Sache, der wir ohne Rücksicht auf die parteipolitische Zugehörigkeit mutig ins Auge schauen müssen, das ist eine Sache, die ich bei der Beratung über den Voranschlag hier aussprechen mußte. Wenn wir haben wollen, daß das Burgenland seine Mission erfüllen und unsere Landesregierung allen jenen Aufgaben nachkommen kann, mit denen sie das Haus und die Bevölkerung belastet, dann muß unsere Forderung dahin gehen, daß die Agrarier in diesem Lande, weil sie die einzigen Steuerträger sind, den großen Aufgaben gemäß besteuert werden, andererseits aber, daß wir die länderruinierende Bestimmung des Sanierungsplanes für das Burgenland ablehnen. Sie wissen, meine Herren- daß sich mit diesem Sanierungsplane vom Standpunkte des Landes schon einige Länderkonferenzen beschäftigt haben.

Alle Länder, ohne Rücksicht darauf, ob sie von einer christlichsozialen oder von einer andern Landesregierung geführt werden, haben erklärt, daß diese Bestimmung des neuen Finanzgesetzes ihren Lebensnerv trifft. Auch unsere Landesverwaltung bricht darunter zusammen. Welche Länder waren es nun, die das gesagt haben? Das war die Stadt Wien, das waren die Länder Niederösterreich, Steiermark, Tirol, also Länder, die alles das, was wir nicht haben und was wir erst sukzessive aufbauen müssen, schon haben und es bloß aufrechterhalten müssen. Diese Länder, die eine glatt funktionierende Verwaltungsmaschinerie und einen erprobten Apparat in allen Zweigen der Landesverwaltung besitzen, erklären, daß sie diesen Apparat und ihre Verwaltung nicht länger betreiben können, wenn die Sanierung in dieser Form zustande kommen wird. Was sollen da wir Burgenländer, die wir vor der Aufgabe stehen, alles das, was andere Länder schon haben, erst aufbauen und endlich einmal aufrichten zu müssen, zu diesem Sanierungsplane sagen?

Ich wollte den Moment, wo zum ersten Male über die Finanzpolitik des Landes gesprochen wird, nicht vorübergehen lassen, ohne einerseits an die agrarischen Vertreter dieses Landes das Wort und die Mahnung zu richten, daß es von ihrer Steuerfreudigkeit abhängen wird, die Verhältnisse des Landes zu bessern, und andererseits davon zu sprechen, daß es uns gelingen muß, die das Land betreffenden Teile des Sanierungsplanes für unser Burgenland abzuändern. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.*)

Dritter Präsident Dr. Wagast: Zum Worte gelangt der Abgeordnete Wolf. (*Nach einer Pause.*)

Der Herr Abgeordnete Wolf ist nicht im Saal anwesend und verliert das Wort. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Mosler:

Abgeordneter Mosler: Hoher Landtag! Bevor ich in die meritorische Behandlung des uns vorliegenden Voranschlages eingehe, möchte ich eine persönliche Erklärung abgeben. Der Herr Abgeordnete Koch hat es für notwendig befunden, einzelnen Herren, die im Hause sind und öfters sprechen, eine Zensur in der Richtung zu erteilen, daß er meinte, daß durch lange Reden im Landtage nichts geleistet wird und dem Lande unnütze Kosten auferlegt werden. Ich weiß, daß in der burgenländischen Bevölkerung eine solche Redeweise sehr stark wirken wird, was vielleicht in einem andern Lande nicht

so sehr der Fall wäre. Deswegen lehne ich es auch absolut ab, mich von irgendeinem Herrn Kollegen im Reden und in der Dauer meiner Ausführungen zensurieren zu lassen. Durch Schweigen will ich nicht glänzen, sondern ich will der Bevölkerung, die mich hierher entsendet hat, dadurch dienen, daß ich ihre Interessen hier vertrete.

Ich will nun in das Meritorische des vorliegenden Voranschlags eingehen. Hohes Haus! Wenn wir Sozialdemokraten an die Beratung eines Gesetzes herantreten — und diese Vorlage ist ebenfalls eine solche Materie —, dann lassen wir uns getreu den Prinzipien unserer Partei davon leiten, wie dieses Gesetz sich in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht auf die Bevölkerung, deren größter Teil den Arbeitern und den Arbeitenden angehört, auswirken wird. Und je nachdem der Inhalt eines Gesetzes von diesen sozialen Prinzipien erfüllt ist, stellt sich unsere Partei ablehnend oder zustimmend dazu. Wer diesen Landesvoranschlag betrachtet, muß berücksichtigen, daß es der erste Voranschlag des selbständigen Burgenlandes ist, der unter ganz eigenartigen Verhältnissen geschaffen wurde, und daß anderseits dieser Landesvoranschlag auch in einer Zeit erstellt werden mußte — und deswegen die einzelnen Posten in demselben in der Richtung berücksichtigt werden mußten —, wo die österreichische Republik in einer ihrer schlimmsten wirtschaftlichen Krisen stand, von der man noch gar nicht wissen konnte, wie sie sich sozial auswirken wird. Der Entwurf, der uns vorliegt, ist nicht der erste Entwurf, der erste Entwurf ist ganz bedeutend abgeändert worden. Als der erste Entwurf des Landesvoranschlags bekannt geworden ist, haben die burgenländischen Zeitungen geschrieben, daß es erfreulich ist, daß das Land aktiv ist, das heißt also, daß die Einnahmenseite eine höhere als die Ausgabenseite ist. Durch die Ausführungen meiner Vorredner und des Finanzreferenten ist schon dar gelegt worden, daß diese Aktivität des Landes eine sehr sonderbare ist, denn das Bundesland hat von nichts anderem gelebt als von Bundesdarlehen, die nicht nur zurückgezahlt werden müssen, sondern für die wir dem Bund auch noch Zinsen werden zahlen müssen. Wir haben also Darlehen vom Bunde bekommen und es wird auch in Zukunft das Land, und zwar in einem ganz außerordentlichen Maße, berücksichtigt werden müssen. Man wird also den Überschuß von 50 Millionen Kronen genau betrachten und man wird feststellen müssen, daß in Wirklichkeit das Burgenland nicht nur inaktiv ist, daß es nicht nur finanziell schwer belastet ist, sondern daß es gerade in der nächsten Zukunft insbesondere durch die Auswirkung des Sanierungsprogramms, vielleicht eine seiner schwersten Krisen in seinem jungen Leben wird durchmachen müssen. Ich will noch nicht davon sprechen, wie die Summen des zweiten Entwurfes gegenüber dem ersten Entwurf abgeändert worden sind, aber ich möchte doch sagen, wenn man davon spricht, daß das Burgenland sich in einer schweren finanziellen Lage befindet und daß seine Existenzfähigkeit in Frage gestellt wird, sich jeder vernünftige Mensch sofort sagen wird, daß dieses Land alles das tun soll, was ein jeder Privater, der sich in einer solchen Lage befindet, tun würde. Dieses Land sollte alles daran setzen, um die unerträglichen Lasten, die auf ihm ruhen, etwas abzuschwächen. Wir müssen die Feststellung machen — und das ist auch in ausgiebigem Maße bei der internen Beratung im Finanzausschusse geschehen —, daß hier doch etwas Leichtsinns obgewaltet hat. Dieser Landtag hat schon Gelegenheit gehabt, einige Steuergesetze für das Land zu beschließen, Steuergesetze, die man im großen ganzen als gerechtfertigt bezeichnen kann. Ich nenne nur die Fürsorgeabgabe, die Vergnügungsabgabe, die Einhebung der Landesumlagen und so weiter, aber wir müssen konstatieren, daß eine Reihe von Gesetzen — obwohl ohne weiteres die Genehmigung möglich gewesen wäre — heute noch gar nicht Gesetzeskraft erlangt haben, und daß also diese Steuergesetze sich erst in einigen Wochen oder Monaten voll auswirken werden, wodurch das Land natürlich einen großen Ausfall hat, denn die in Betracht kommenden Steuern werden zusammen Milliarden ausmachen.

Wir haben gestern die Sache eingehend im Finanzausschusse durchgesprochen. Die Vergnügungsabgabe ist schon vor drei Wochen im Finanzministerium genehmigt worden, das heißt, das Finanzministerium hat schon vor drei Wochen erklärt, daß es gegen dieses Gesetz absolut nichts einzuwenden habe, bis heute aber ist dieses Gesetz noch nicht publiziert, bis heute hat es noch nicht Gesetzeskraft erlangt, und wenn gestern auch im Finanzausschusse gesagt worden ist daß es schon in der allernächsten Zeit geschehen soll, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß wir mit Rücksicht auf die Zeit vor

Weihnachten auch in die erste Hälfte des Monats Jänner hinüberkommen werden und daß sich dieses Gesetz absolut nicht auswirken wird, gerade in einer Zeit, wo das Burgenland bei den Einfließungen der Summen höchstwahrscheinlich in der schwersten finanziellen Krise stehen wird. Gerade auf den Länderkonferenzen, die in der letzten Zeit abgehalten worden sind, um die ruinösen Bestimmungen des Sanierungsprogramms auszumerzen, ist festgestellt worden, daß hinsichtlich der Bundeszuschüsse zu den Landesfinanzen die Länder in der Übergangszeit in eine schwere Krise geraten werden, und daß die große Gefahr besteht, daß die einzelnen Länder kein Geld haben werden, um ihre vielfachen Aufgaben zu erfüllen.

Dasselbe trifft auch bezüglich der Fürsorgeabgabe zu. Auch da ist die Durchführungsverordnung noch nicht erschienen, und obwohl man in diesem Voranschlag im sechsten Hauptstück bis Ende des Jahres 200 Millionen Fürsorgeabgabe eingestellt hat, so erlaube ich mir den Eingang derselben sehr stark zu bezweifeln, weil ja für Oktober überhaupt nicht die direkten Beträge einlaufen werden und weil wir durch die Sabotage des Ministeriums gezwungen waren, in einer der letzten Landtagssitzungen zu beschließen, daß für Oktober die Fürsorgeabgabe in einer allgemeinen Weise eingehoben wird, die natürlich auch das Land sehr stark schädigen wird. Dasselbe gilt auch für die Landesumlage, wo auch die Durchführungsverordnung noch nicht erschienen ist, und da sehen wir gerade bei der Durchführung dieses Steuergesetzes, wie eigentlich in diesem Lande leichtsinnig gewirtschaftet wird.

Die Landesumlage ist von uns beschlossen worden, sie ist an das Finanzministerium gegangen, sie ist genehmigt worden, das Landesgesetzblatt ist schon erschienen, die Durchführungsverordnung dazu ist aber noch nicht erschienen, und zwar, wie uns im Finanzausschüsse gesagt wurde, deshalb nicht, weil die Drucksorten von der Druckerei noch nicht fertiggestellt sind. Ich meine, mit einer solchen Art und Weise kann man doch nicht wirtschaften, und es müssen sich Mittel und Wege finden lassen, um das abzustellen. Dazu kommt noch, daß die Gemeindegemeinschaften jetzt nicht mehr wie im alten Ungarn Kassiere des Staates sein werden, sondern daß sie jetzt auch die Steuern in Österreich vorschreiben werden, wodurch sie ungeheuer belastet sein werden, und gerade bezüglich der Einhebung der Landesumlagen müssen die Vorschreibungen sofort gemacht werden und die Gemeindegemeinschaften werden absolut nicht in der Lage sein, das durchzuführen, und es wird wirklich das eintreten, was ich befürchte, ohne Schuld der Exekutivorgane und ohne Schuld der Gemeindegemeinschaften, die das durchzuführen haben. Das Land wird nicht nur durch die ungerechte Verschiebung der Herausgabe der Gesetze geschädigt werden, sondern auch dadurch, weil die Organe gar nicht imstande sein werden, das durchzuführen. Das Land wird das in der Zeit der schwersten Krise durchzumachen haben, die leicht in eine soziale Krise ausbrechen kann.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß man in einem Lande, das seine Finanzgebarung erst jetzt aufbaut, den Voranschlag nicht so kritisieren kann wie in andern Ländern, weil nicht nur die Erfahrung fehlt, sondern auch der Vergleich mit den früheren Perioden. Ich möchte den Herrn Finanzreferenten auffordern, obwohl wir uns der Schwierigkeiten der Sache bewußt sind, den Rechnungsabschluß des Landes so bald als möglich vorzulegen. Ich weiß, daß das nicht auf den Tag genau gehen wird, aber es müßte doch so beschleunigt werden, daß die Mitglieder des Landtages möglichst bald über alle Details der Finanzverwaltung informiert werden. Ich möchte auch erwähnen, daß es ein Prinzip der Finanzpolitik unserer Partei ist, das, wie ich glaube, auch jeder vernünftige Mensch anerkennen wird, daß der Finanzreferent trachten möge, nur solche Voranschläge zu erstellen, die möglichst wenig Nachtragskredite erfordern, weil solche Nachtragskredite erfahrungsgemäß eine bereits gefährdete Finanzwirtschaft, und unsere ist eine schwer gefährdete, noch in höherem Maße gefährden. Es wäre notwendig, nachdem wir mit dem Voranschlag schon so ins Hintertreffen geraten sind und eigentlich in sechs Wochen schon wieder der Voranschlag für das nächste Halbjahr beraten werden sollte, zu verlangen, daß der neue Voranschlag sobald als möglich vorgelegt werde. Das ist aber unmöglich, weil das Sanierungsprogramm, das jetzt im Nationalrat beraten wird, es unmöglich macht, heute schon ein ernstes Budget zusammenzustellen, nachdem dieses Programm die Finanzen der Länder in höchstem Maße beeinflußt. Ich möchte von dieser Stelle aus sagen, daß wir es aufs tiefste bedauern, daß, wie wir aus den Zeitungen vernehmen, die Verhandlungen in Wien oder die Ausmerzung der die

Länder ruinierenden Bestimmungen des Ländersanierungsgesetzes insofern schlecht ausgegangen sind, daß diese Bestimmungen von der Regierung voll und ganz aufrechterhalten werden. Wir werden also tatsächlich diese Dinge über uns ergehen lassen müssen, und gerade das Burgenland wird schwer darunter leiden. Ich möchte das mit ein paar Worten erläutern. Bekanntlich ist eine Hauptbestimmung des Sanierungsprogramms die, daß uns die Real- und Grundsteuern zugewiesen werden. Die Länder müssen diese Steuern so erhöhen, wie es ihren Bedürfnissen entspricht. Viele Länder und ich weiß nicht, ob nicht auch das Burgenland dazu gehört, werden das nicht gerne tun, weil die Agrarier im Landtag meist die Mehrheit haben und sie so gezwungen wären, gerade ihre Angehörigen schwer zu belasten. Der Herr Finanzreferent hat gesagt, daß das Budget erst dann erstellt werden kann, wenn diese Steuern feststehen. Ich kann das nicht anerkennen. Zuerst müssen die Steuererfordernisse feststehen und dann kann man erst das Budget aufstellen, aber nicht vorher. Das Sanierungsprogramm wird sich aber auch in anderer Art auswirken, in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, und auch hier wird unser Land schwer getroffen werden. Ich will kurz die Struktur unseres Landes nochmals vorlegen. Es ist nicht ganz richtig, daß das Burgenland ein agrarisches oder rein agrarisches Land sei, sondern es ist ein ausgesprochenes Kleinbauernland. Wir haben in Österreich auch andere Agrarländer, wie Tirol und Vorarlberg, aber dort sind in bedeutendem Ausmaß auch Mittel- und Großbauern, die hier fast vollständig fehlen. Wir haben nur kleine und kleinste Bauern, Häusler und Keuschler, die wenig Grund und Boden haben (*Zwischenrufe des Abgeordneten Gangl.*) Herr Kollege Gangl, ich werde Ihnen das jetzt beweisen —, so daß sie davon nicht leben können, sondern gezwungen sind, ihre Söhne und Töchter in die umliegenden Industriegebiete auf Arbeit zu senden. (*Zustimmung links.*) Wenn das nicht wäre, mein verehrter Kollege Gangl, würden diese Leute zu Hause bleiben und von den Produkten ihres Bodens und der Viehzucht leben können. Wir sehen aber auf der andern Seite, und das macht das Burgenland zu einem geradezu typischen Lande, einen ganz kolossalen Großgrundbesitz, dessen historische Entwicklung wir ja kennen.

Wir sehen einen Großgrundbesitz nicht nur von Nationalfremden, sondern auch von Sozialfremden, von ungarischen Fürsten und Grafen, den Batthyánys, Draskovic, Esterhazys und wie sie alle heißen. Nun leben wir in Österreich, in einem Lande, das durch den Sturz der deutschen Mark die Stabilisierung der Krone und das Sanierungsprogramm in einer furchtbaren volkswirtschaftlichen Krisis ist. Während wir beim Sinken des Kronenkurses am Weltmarkte konkurrenzfähig waren und unsere Erzeugnisse absetzen konnten, können wir das heute nicht mehr und sind gegenüber Deutschland in dieselbe Lage geraten, in der England schon fast seit dem Umsturz ist. Eine große Fabrik nach der andern sperrt zu und wirft ihre Arbeiter auf das Pflaster. Für unser Land ist besonders erschwerend, daß in Österreich auch nicht gebaut werden kann, daß seit 1914 die Bautätigkeit überhaupt tot ist, wodurch Tausende burgenländischer Arbeiter arbeitslos sind (*Abgeordneter Koch: Den Mieterschutz aufheben!*) und mit ihren Familien dem Hunger ausgeliefert sind. Dadurch hat sich gerade in den letzten Monaten etwas auszuwirken begonnen, was uns hier, von allen Seiten betrachtet, interessieren müßte, nicht nur von nationaler Seite, sondern auch von sozialer und wirtschaftlicher Seite. Damit meine ich die geradezu ungeheure Zunahme der Auswanderer, die viele Tausende von Burgenländern, die ihrer Heimat den Rücken kehren, um in einen andern Erdteil auszuwandern, weil sie glauben, daß sie sich dort eine bessere Existenz schaffen und dann, wenn es möglich sein wird, ihre Familien werden nachkommen lassen können. Nun mag es ja Menschen geben, die sagen — und ich habe diese Argumentation erst unlängst gehört —, daß die Auswanderung in volkswirtschaftlicher Beziehung für uns keinen Schaden bringt, denn die Leute schicken von Amerika Dollars herüber.

Ich stehe nicht auf diesem Standpunkte, denn ich weiß, daß nicht jene Menschen auswandern, die, wenn sie sich auch wirtschaftlich nicht mehr durchsetzen können, an die Scholle gebunden sind, sondern die intelligentesten Menschen, die ihre unerträgliche Lage nicht mehr ertragen können, die ihrem Vaterlands den Rücken kehren und mit allen Mitteln versuchen, sich drüben eine erträgliche Lage zu verschaffen. Diese von mir erwähnte Argumentation ist also sicherlich eine unrichtige Argumentation, und wir müssen uns schon dazu bequemen, einen Weg zu finden, der die Auswanderung einschränkt. Aber ich möchte noch dazu bemerken, daß auch vom nationalen Standpunkte die Sache sehr gefährlich

ist, denn wir sehen darin im Burgenland eine Erscheinung, die uns auf das tiefste zu denken geben muß, nämlich daß viele burgenländische Landarbeiter auswandern, während man tschechoslowakische Landarbeiter importiert. Ob das vom nationalen Standpunkte begrüßenswert ist, ganz abgesehen von allen wirtschaftlichen Momenten, das überlasse ich Ihnen zur Entscheidung. Ich möchte nur sagen, daß wir einen Weg finden müssen, um aus diesem Dilemma herauszukommen

Wenn ich das sage, so ist das nicht als Kritik dieses Landesvoranschlages anzusehen, sondern um der andern Seite dieses Hauses einen Fingerzeig zu geben, wie wir im sozialen Sinne unseren Landesvoranschlag und die Finanzgebarung des Landes führen sollen. Es ist keine primäre Forderung unserer Partei, daß den Arbeitslosen Geld auf die Hand in Form von Arbeitslosenunterstützung gegeben werden soll, denn wir sind jederzeit und überall dafür eingetreten, daß wir eine produktive Arbeitslosenfürsorge betreiben sollen, das heißt, daß man den Arbeitslosen vor allem Arbeit geben soll. Freilich nicht eine Arbeit, die schlechter entlohnt ist als die Arbeit bei irgendeinem privaten Unternehmer, sondern eine Arbeit, deren Entlohnung halbwegs garantiert, den Lebensstandard zu erhalten, also eine gut entlohnte Arbeit, von der der Arbeiter mit seiner Familie leben und existieren kann. Wir sehen im Burgenlande, daß sich da manches noch machen ließe. Wir können hier Arbeiten durchführen, von denen wir nicht nur den Vorteil hätten, daß wir einen Teil der Arbeitslosen aufsaugen und ihnen Beschäftigung geben, sondern von denen wir auch für das Land einen großen Vorteil schaffen könnten. Die Leitha in der Gegend zwischen Kittsee und Parndorf ist in einem Zustande, daß die Regulierung dringend notwendig wäre. Wenn wir dieses Gebiet regulieren, würden wir 1600 Katastraljoch eines Bodens gewinnen, den wir höchstwahrscheinlich in ganz Österreich nicht haben; es ist dort ein fetter, schwarzer Humusboden, der der Landwirtschaft des Burgenlandes sehr bedeutend zugute käme und das Ernährungsdefizit, das wir haben, bedeutend bessern könnte. Das Burgenland und die ganze Republik hätten nicht nur den Vorteil davon, daß Arbeitslose während einer scharfen Wirtschaftskrise beschäftigt werden, sondern wir würden auch einen sehr guten Boden dadurch gewinnen. Wir könnten auch an den Ausbau unserer Straßen schreiten; wie dringend dieser ist, beweist, daß keine Landtags-sitzung vergeht, in der nicht der eine oder andere Kollege diesbezüglich Klagen vorbringen und Anträge stellen würde.

Wir müssen also unsere Arbeitslosen beschäftigen, damit sie nicht gezwungen sind, auszuwandern und sich wo anders eine neue Existenz zu suchen. Allerdings darf man die Frage nicht von dem Standpunkte betrachten, wie sie vor zirka drei oder vier Wochen in der „Reichspost“ behandelt wurde, die damals geschrieben hat, es sei ganz gut, daß die Zahl der Arbeitslosen steige, denn dadurch werde die Arbeitsintensivität erhöht, es werde dann keine schlimmen und faulen Arbeiter geben, denn es werden an ihre Stelle bessere Arbeiter gesetzt werden können, also solche, wie sie sich der Herr Unternehmer vorstellt, Arbeiter, von denen der Unternehmer glaubt, daß sie in allem und jedem seines Willens sein werden, die zuverlässig sind, weil sie fürchten müssen, aus ihrem Posten zu fliegen und dann vielleicht monatelang ohne Arbeit herumgehen und mit der Familie hungern müßten. Der Arbeiter soll also mürbe werden und in seinen Bestrebungen nach einer besseren kulturellen und wirtschaftlichen Lage bescheiden werden, er soll mit einem Worte wieder in sein altes Sklavenjoch zurückkehren. Ich möchte hier mit aller Entschiedenheit sagen und behaupten, daß diese Spekulation, uns auf diese Weise durch das kaudinische Joch zu zwingen, nutzlos sein wird, denn der Arbeiterschaft wird es auch fernerhin gelingen, die Errungenschaften hochzuhalten. Wenn Sie objektiv sein wollen, dann werden Sie diese Bestrebung der Arbeiterschaft unterstützen, denn das sind genau dieselben Bestrebungen, die das Bürgertum, vor zirka 200 oder 300 Jahren im Kampfe gegen den mittelalterlichen Feudalismus gehabt hat, und sie werden dann mit uns den Weg suchen, die Arbeiterschaft aus dieser Krise zu führen, in der wir uns befinden. Sie sollten unsere Bestrebungen nach Schaffung einer produktiven Arbeitslosenfürsorge unterstützen, damit wir gemeinsam einen Weg aus dieser schweren Krise finden.

Ich möchte nur noch einzelne Dinge, die im Landesvoranschlag einer besondern Besprechung wert find, kurz erwähnen.

Ich möchte im Anschluß an das, was ich soeben gesagt habe, auf das 3. Hauptstück „Öffentliche Sicherheit“ verweisen, das den Schub und die Zwänglinge behandelt. Wir haben im Finanzausschusse

die Aufklärung bekommen, daß das Land bis jetzt keine Ausgaben in der Richtung gehabt hat, weil die Anforderungen an das Land bis jetzt noch nicht fertiggestellt sind. Diese Argumentation wird sicherlich, das bezweifle ich keinen Augenblick, richtig sein. Aber es wird sich in der Zukunft zeigen, daß auch aus diesem Titel dem Lande verschiedene Ausgaben erwachsen werden. Und da möchte ich darauf verweisen, daß man diese Sache nicht nur vom bürokratischen Standpunkte betrachten darf, sondern daß gerade hier sehr viele soziale Momente hineinspielen, denn es handelt sich um Menschen, die durch Arbeitslosigkeit in diese Verhältnisse hineingezwungen wurden. Diese Leute sind so arm, daß sie sich eine Bahnfahrt nicht leisten können und daher zu Fuß auf der Wanderschaft Arbeit suchen müssen. Dadurch, daß sie keine feste Einnahme haben, sinken sie immer tiefer, sie verelenden und fallen schließlich der öffentlichen Sicherheit zur Last, so daß man hier nach sozialen Momenten vorgehen muß und diese Menschen nicht als Verbrecher behandelt, sondern ihnen hilft, um in geordnete Arbeitsverhältnisse wieder zurückkommen zu können. Wenn es uns gelingt, die Wirtschaftskrise zu überwinden, wird uns das nicht so stark belasten.

Zum Hauptstück „Gewerbeförderung“ möchte ich bemerken, daß ich, als ich den Voranschlag in die Hand bekam, sofort der Meinung war, daß 800.000 K zu wenig sind. Im Finanzausschuß ist uns gesagt worden, daß eigentlich für diese 800.000 K keine Anforderung vorhanden ist und daß man diesen Betrag nur aus finanztechnischen Gründen eingestellt hat. Wir sind der Meinung, daß man auf diese Weise wirkliche Gewerbeförderung nicht betreiben kann — ich möchte da nur auf das desolante Fortbildungsschulwesen im Burgenland hinweisen —, und hat daher unsere Partei beantragt, diese Post um 2 Millionen Kronen zu erhöhen, welcher Antrag auch im Finanzausschuß angenommen wurde.

Beim 10. Hauptstück ist auch der Antrag unserer Partei, 250 Millionen für Wohnungsfürsorge einzusetzen, angenommen worden und kann das Land diesbezüglich sehr viel leisten, wenn es das Geld dazu verwendet, von den Besitzern, im Wege der Gemeinden, in Ritzing usw. Bauplätze anzukaufen und dieselben den Baulustigen zur Verfügung stellt, wodurch die Wohnungsnot auch in den ländlichen Gemeinden sehr stark gemildert werden kann.

Die Wohnungsfürsorge ist zum Teil Bundessache und sind schon eine Reihe von Wohnungsfürsorgegesetzen auf das Burgenland ausgedehnt worden und es soll auch schon der Bau von Arbeiterwohnungen in Neudörfel, Neufeld usw. geplant sein. Die Wohnungsnot ist ein sehr schwerwiegendes soziales Problem, das besonders durch den Krieg und seine Folgen ungeheuer verschärft worden ist. Die Lösung wird in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kaum möglich sein, wir müssen uns aber eine Milderung dieser Not sehr angelegen sein lassen.

Das hätte unsere Partei zu dem vorliegenden Landesvoranschlage zu bemerken; wir haben nicht sosehr eine Kritik dieses Voranschlages, der ja nur mehr ganz kurze Zeit gelten wird, im Auge, sondern unsere Partei — die ja in diesem Hause sehr stark ist — will darauf hinweisen, wie sie sich eine Finanzpolitik, die von sozialen Momenten geleitet wird, vorstellt.

Es ist selbstverständlich — und die Bevölkerung des Burgenlandes hat dies ja ausgedrückt —, daß nicht nur die Finanzpolitik, sondern auch die Verwaltungszweige und die andere Politik in diesem Lande von der stärksten Partei dieses Landtages bestimmt werden. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Abgeordneter Pomper: Hoher Landtag! Ich als Vertreter der Bauernpartei, der Bauernschaft und des Landvolkes bin fest überzeugt, daß meine Berufskollegen auf den Einmarsch und auf die Angliederung des Burgenlandes an den österreichischen Bundesstaat mit Sehnsucht gewartet haben und zwar schon aus dem Grunde, weil die Bauernschaft der übrigen Bundesländer auf einer sehr hohen Kulturstufe steht und weil sich unser Landvolk das gleiche erhofft hat. Die Bauernschaft des Burgenlandes ist auch sehr geneigt, jede Zahlung, welche in ihren Kräften steht, zu bewilligen, wenn die Gelder in der richtigen Art und Weise verwendet werden. Wenn das Burgenland in dem heutigen Stadium stehen bleiben würde, so ist seine Selbständigkeit gefährdet, das beweisen die vielen Auswanderungen, nicht der Arbeiter — denn er ist beinahe nicht in der Lage auszuwandern —, sondern der Bürger und

kleine Bauern, sie und die Kinder von Hausbesitzern müssen nach Amerika, auswandern. Das Landvolk hängt mit großer Liebe an der heimatlichen Scholle und am Vaterlande, das beweisen diejenigen Auswanderer, die sich nach 10- bis 20-jährigem Aufenthalt in Amerika wieder in ihre Heimat begeben und sich hier ein Heim schaffen.

Um diese Übelstände zu beseitigen, wäre es in unserem Lande sehr angebracht, eine richtige Bodenreform einzuführen, denn nur sie würde die Auswanderung hemmen und man könnte dem Kleinen zu seinem Besitz usw. helfen.

Das Landvolk ist sehr gerne bereit, jede erträgliche Zahlung, welche die selbständige und autonome Verwaltung des Burgenlandes in jeder Beziehung erhalten soll, zuzusagen.

Unsere Bevölkerung ist nicht so kapitalkräftig wie unsere Brüder in den übrigen Bundesländern, die in ihrer Wirtschaft, wie bereits gesagt, auf einer viel höheren Kulturstufe als wir stehen. Aus diesen Gründen sollte der Landtag in Zukunft auf die Landwirtschaft nicht vergessen, denn nur dadurch können wir ein richtiges und festes Fundament des burgenländischen Staatsbürgers sichern und den burgenländischen Staatsbürger schaffen, nur dadurch können wir anständige und feste Steuerzahler erreichen, und nur dadurch wird unsere Selbständigkeit gesichert sein. (*Lebhafter Beifall.*)

Abgeordneter Wolf: Die Budgetdebatte bietet jedem Parlament die Gelegenheit, nicht nur die Ziffern nachzuprüfen, sondern auch Kritik an der allgemeinen Gebarung, an den Zielen und Intentionen zu üben, die in den Handlungen der Landesregierung zum Ausdruck kommen. Beim jetzigen Voranschlag aber sind wir in einer etwas andern Lage, denn wie schon einige Vorredner betont haben, ist er eigentlich mehr weniger ein Rechnungsabschluß und kein Voranschlag. Ich muß aber dem Herrn Finanzreferenten voll und ganz recht geben, daß infolge der eigenartigen Verhältnisse und der kurzen Zeit es nicht möglich war, den Voranschlag mit jener Genauigkeit aufzustellen, die mit Recht gefordert werden könnte. Wenn ich mich nun auf eine Kritik einlasse, so will ich es möglichst kurz tun, um Ihre Geduld nicht allzulange auf die Folter zu spannen. Ich möchte auf drei Gesichtspunkte hinweisen, die jeden Voranschlag leiten sollen und die auch gestern im Finanzausschüsse zum Ausdruck gebracht wurden und angeblich auch die Landesregierung geleitet haben. Bei aller Sparsamkeit, die unbedingt notwendig ist, da wir bis über den Kopf in Schulden stecken darf doch nicht außer acht gelassen werden, was zum wirtschaftlichen Gedeihen und zur Erhaltung des Landes auf dem bereits bestehenden geistigen und kulturellen Niveau und zu seiner Erhöhung notwendig ist. Ich will damit sagen, daß wohl gespart werden muß, aber nicht in der unrichtigen Art und Weise, nicht dort, wo es nicht am Platz ist. Wenn ich von diesen Gesichtspunkte die einzelnen Hauptstücke einer kurzen Kritik unterziehe, so habe ich zunächst beim Hauptstück 2, das mit „Landesverwaltung“ überschrieben ist, folgendes zu sagen: Wenn man sparen will, wo es möglich ist, so hängt damit auch die Frage der Landeshauptstadt zusammen. Wenn immer gesagt wird, diese Frage kann aus diesen oder jenen Gründen jetzt nicht geregelt werden, so möchte ich doch betonen, daß sie auch eine Frage der Sparsamkeit ist. Ich weiß nicht, ob ich richtig informiert bin, aber mir ist gesagt worden, daß das eine Gebäude der Landesverwaltung in Sauerbrunn täglich eine Million an Pachtschilling verschlingt, das sind 365 Millionen im Jahre. Hier wäre ein Punkt, wo gespart werden könnte und sollte, und darauf möchte ich im Interesse des Landes die Aufmerksamkeit der hohen Landesregierung besonders lenken. Bei einem zweiten Hauptstück, „Bildungswesen“, das mit 7.020,400.000 K dotiert ist, stehen wir auch prinzipiell auf dem Standpunkte, daß nicht dort gespart werden soll, wo das Sparen Kränkungen, Befremdung oder Schmerz hervorruft. Ich meine damit die Lage der Altpensionisten. Lehrer, die noch in der ungarischen Zeit pensioniert wurden, haben Bezüge, die bis heute nicht geregelt sind, und es muß das geradezu als beschämend für die Kultur des Landes bezeichnet werden. Mir ist ein Fall bekannt, wo ein alter Lehrer, der heute über 70 Jahre zählt und im Jahre 1904 pensioniert wurde, durchschnittlich 21.000 K im Monate bezieht. Wozu diese 21.000 K Verwendung finden sollen, das, meine Herren, würden Sie mich vergeblich fragen, ich hätte keine Antwort dafür und auch der Betroffene selbst nicht. Das ist also auch ein Punkt, wo nicht gespürt werden soll, trotz aller Bemühungen, die Sparsamkeit in den Vordergrund treten zu lassen. Bei einem andern Hauptstück, „Land- und Forstwirtschaft“, ist

das Erfordernis 47,700.000 K, das ist wohl auch ein bißchen wenig: Auch hier handelt es sich um die wirtschaftliche Stärkung des Landes, die Hebung seiner Steuerfähigkeit, aber auch des Bildungswesens und des allgemeinen Kulturniveaus. Es wurde schon von verschiedenen Rednern betont, daß wir ein Agrarierland sind, und es wäre wohl notwendig gewesen, in den Voranschlag auch einen Betrag für die Landwirtekammern einzustellen. (*Abgeordneter Wimmer: Aus welchem Anlaß?*)

Die Landwirtekammern sind berufen, in erster Linie die Aufgaben der Landwirtschaft zu fördern und ihren Fortschritt zu sichern. (*Abgeordneter Wimmer: Das wäre eine Ständevertretung!*) Allerdings eine Ständevertretung, aber um das allgemeine Wohl der Volksgemeinschaft zu sichern, oder, wenn es Ihnen besser klingt, die Interessen des Landes und damit auch der Mitglieder der Arbeiterschaft. Wenn gesagt wurde, daß das Land nur gehoben werden kann, wenn auf Seite der Landwirtschaft in erster Linie Steuerfreudigkeit zum Ausdruck kommt, so stimme ich bedingt zu, weil unsere Partei auf dem Standpunkte der Volksgemeinschaft steht und wir daher von jedem Stand und jedem Beruf ohne Ausnahme Opferfreudigkeit verlangen. Wenn ich sage bedingt, so muß ich beifügen, wie auch schon von einem Vorredner, ich glaube es war Kollege Mosler, mit Recht gesagt wurde, daß das Burgenland ein ausgesprochenes Kleinbauernland ist. Wenn wir nun von diesen Kleinbauern Opferfreudigkeit bei Abgaben und Steuern verlangen, und zwar mit Recht, so muß man es ihnen auch ermöglichen, ihre Landwirtschaft tüchtig und ordentlich zu führen. Dazu haben aber nicht nur die Arbeitgeber beizutragen, sondern auch die Arbeitnehmer. Damit allein, daß man sagt, das Burgenland ist ein Agrarland, ist es nicht getan. Rußland ist auch ein Agrarland, aber dort wütet die Hungersnot trotz des ausgezeichneten schwarzen Bodens und aller sonstigen Vorbedingungen, weil nicht so gearbeitet wird, wie gearbeitet werden soll. Ich will damit keine Partei, keinen Stand angreifen, das fällt mir nicht ein. Ich will diese Frage von einer andern Seite beleuchtet wissen, und da möchte ich sagen, daß man, wenn man das Land heben will, nicht allein von einem Stand Opfer verlangen darf, sondern von allen Ständen. (*Abgeordneter Wimmer: Selbst von den Apothekern! - Heiterkeit.*) Es ist auch im Laufe der Debatte darüber gesprochen worden, daß die Versetzungen, die bisher erfolgt sind, unnütz waren und daß man sie mit Fug und Recht hätte beiseite lassen können, wodurch dem Lande ziemlich hohe Kosten erspart worden wären. Es mag ja sein, daß etwas Wahres daran ist; aber im Zusammenhange mit dieser Frage möchte ich Sie auf die sogenannte Magyaronenfrage aufmerksam machen. Sie wissen, daß diese Frage existiert und daß wir uns darüber nicht einfach hinwegsetzen können. Das war ein sehr wichtiger Beweggrund, den wir nicht beiseite lassen konnten. Zu einzelnen Fällen, die mir auch persönlich bekannt sind, war es notwendig, daß man Leute, seien es nun Lehrer oder Beamte, aus jener Gemeinde, wo sie bisher angestellt waren, im Interesse des Landes versetzt hat. Dass für diese Übersiedlungskosten das Land aufkommen muß, ist gewiß für das Land nicht erfreulich, aber die Versetzungen waren notwendig und man konnte ihnen nicht ausweichen. Vieles ist auch damit begründet, daß es im nationalen Interesse des Landes gelegen war, diese Versetzung durchzuführen, und wenn aus diesem Grunde Versetzungen notwendig sein sollten dann wird sich unsere Partei dieser unbedingten Staatsnotwendigkeit niemals widersetzen. Denn bei allem wirtschaftlichen Fortschritt und bei der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Gedeihens, sollen wir doch niemals vergessen, daß wir ein freies Land geworden sind und daß wir bereit sind, uns diese schwer und teuer erkaufte Freiheit auch mit großen Opfern zu erhalten.

Wenn von der größten Sparsamkeit gesprochen und wenn wiederholt betont wurde, daß es notwendig ist, im Haushalte sparsam zu sein, so muß ich leider auf einige Tatsachen hinweisen, die vermuten lassen, daß sich einzelne Organe der verantwortlichen Landesverwaltung nicht in der richtigen Weise von diesem Gesichtspunkte haben leiten lassen. Man hat nicht dort gespart, wo es möglich gewesen wäre, schwere Millionen ersparen zu können. Ich will zur Illustration nur zwei verhältnismäßig kleine Fälle erwähnen, die aber charakteristisch sind für die Auffassung mancher Kreise, und wenn ich da eine Kritik anlege, so bitte ich Sie, diese nicht so aufzufassen, als würde sie böswilliger Gesinnung entspringen, denn es ist unsere Pflicht, dort, wo Übelstände sind, sie aufzudecken, wo immer sie zu finden sind. Es hat sich in Eisenstadt ereignet, daß das Bezirksbauamt einen Vertrag auf eine größere Menge von Schotterlieferung abgeschlossen hat. Es hat sich um einige Waggons gehandelt. Der Schot-

terpreis war damals bedeutend niedriger als heute. Nun geht das Landesbauamt her und stellt die Lieferung dieses bereits angeforderten Schotters ein. Wenn man den Einkaufspreis von damals und von heute vergleicht, so muß ich sagen, daß das Dinge sind, die nicht unbedingt notwendig sind und daß bei diesem Anlasse nicht gespart wurde. Es wird sich nämlich herausstellen, daß hier ein Schaden von ungefähr 60 Millionen sich ergibt. (*Ruf bei den Sozialdemokraten: Wieviel ist das an Goldkronen?*) Das kann ja leicht ausgerechnet werden. Diese 60 Millionen Kronen vergleichen Sie mit dem Goldwerte von damals und heute, und dann werden Sie sehen, welcher Schaden daraus erwachsen ist. (*Zwischenrufe.*) Sicherlich war das kein richtiges Vorgehen, denn wenn man auch den scheinbar hohen Betrag in Betracht zieht, so ist es doch keine Ersparnis bei Dingen, die später viel höher gezahlt werden müssen. Ähnliche Fälle haben sich wiederholt auf dem Gebiete des Bauwesens ereignet. Ich habe gestern in der Ausschußsitzung Gelegenheit gehabt, auf die Herstellung der Straße in Edelstal zu verweisen. Dort handelt es sich um eine Straße von 1 bis 1/2 Kilometer Länge, also um eine verhältnismäßig geringe Strecke. Vertreter des Landesbauamtes sind hingekommen, und man hat ihnen angeboten, daß aus dem in der Nähe der Gemeinde gelegenen Steingruben durch fünf Jahre unentgeltlich Schotter bezogen werden kann, daß ferner die Gemeinde bereit ist, das Fuhrwerk und die Arbeitskräfte beizustellen, man solle nur endlich einmal die unfahrbar gewordene Straße herstellen. Leider ist aber bis jetzt nichts geschehen. Auf diese Weise spart man nicht, im Gegenteil, auf diese Weise wird alles, was noch billig hätte gemacht werden können, verteuert.

Das waren die hauptsächlichlichen Momente, die ich namens meiner Partei zum Landesvoranschlag vorbringen wollte. Gewiß ist nicht alles so, wie es sein sollte, und wenn man die Kritik bei den Haaren heranziehen will, so könnte man noch manche Ausstellungen machen. Aber das hieße zum Fenster hinausreden, und das tun wir prinzipiell nicht, weil wir unserer Anschauung nach zum Arbeiten da sind und nicht dazu, um unsere mehr oder weniger schlecht gelungenen Reden in den Zeitungen zu lesen, oder um uns vor die Wähler hinzustellen und zu sagen, daß alles haben wir im Landtage vorgebracht. Die richtige Aufgabe der Volksvertretung ist, zu arbeiten, und zwar hauptsächlich dort, wo die Hoffnung auf Erfolg besteht, und nur das zu kritisieren, was wirklich zu vermeiden gewesen wäre. Damit schließe ich und glaube den Standpunkt meiner Partei richtig vertreten und den Interessen des Landes gedient zu haben.

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat das Wort der Herr Landesrat Dr. Ratz.

Landesrat Dr. Ratz: Der Herr Abgeordnete Wolf hat hier zur Kenntnis gebracht, daß für das Verwaltungsgebäude in Sauerbrunn eine hohe Miete gezahlt wird, und hat gemeint, daß 1 Million täglich ausgegeben wird. Ich möchte demgegenüber feststellen, daß es sich hier um Gebäude handelt, die von der Bundesverwaltung gemietet worden sind, daß das Pönale für einen Monat 1 Million Kronen beträgt und daß die autonome Landesverwaltung mit der Mietfrage sich noch nicht befaßt hat. Die autonome Verwaltung benutzt von allen diesen Räumen nur fünf. Weiters möchte ich noch auf die Schwierigkeiten der mittleren Straßen verweisen. Auch da liegt kein Verschulden der Landesregierung vor; es ist, wie der Herr Finanzreferent ausführen wird, der Bundeskredit einige Zeit gesperrt gewesen, und dadurch war es der Landesregierung nicht möglich, Straßenbauten durchzuführen.

Wenn man die verschiedenen Sach- und Personalauslagen fachlich überprüft und in Erwägung zieht, daß das Verwaltungsgebiet des Burgenlandes etwa dem von zwei ehemaligen ungarischen Komitaten entspricht, so muß man unwillkürlich dem Herrn Finanzreferenten beistimmen, wenn er als leitendes Motiv das „Sparen und abermals sparen“ ausdrücklich betont.

Wir müssen uns bewußt sein, daß die Bundeszuschüsse allmählich restringiert werden, daß die Steuerschraube in Tätigkeit kommen wird und daß uns bei eintretender Geldknappheit die Verhältnisse selbst zwingen werden, jede überflüssige Personal- und Sachausgabe zu vermeiden.

Ich glaube, daß alle Parteien, die Überzeugung haben, daß wir uns in unserer bisherigen Tätigkeit von dem Gedanken und dem Pflichtgefühl leiten ließen, daß wir das Land mit der Gewissenhaftigkeit eines pater familias zu verwalten haben und ich bin direkt erstaunt, daß — obwohl ich weiß, daß es

wohlmeinend war — der Herr Abgeordnete Wolf hier zwei Fälle vorgebracht hat, von denen er wissen muß, daß die Folgerungen nicht ganz richtig sind, denn bezüglich des Straßenbaues bestehen noch ungarische Gesetze, und dann ist die Kategorisierung der Straßen im Lande noch nicht erfolgt (*Rufe: Eine Bauordnung schaffen!*)— das wird auch geschehen —, weshalb die dazu berufenen Organe es nicht verantworten können, wenn sie ohne separate Bewilligung größere Arbeiten auf Gemeindewegen durchgeführt hätten.

Was die Schotterbelieferung anlangt, so stehen mir Daten momentan nicht zur Verfügung, ich kann jedoch den Herrn Abgeordneten versichern, daß die diesbezüglichen abgeschlossenen Verträge den damaligen Verhältnissen entsprochen haben, so daß hiedurch dem Lande kein Heller Schaden erwachsen ist.

Abgeordneter Gangl: In diesem Hause wurde schon oft die Bemerkung gemacht, daß das Burgenland ein Neuland und infolgedessen in günstigen Verhältnissen ist, weil die Burgenländer sich ihr Haus ausbauen und einrichten können, wie sie wollen.

Diese Behauptung, ist nicht ganz richtig, denn das Burgenland ist kein Neuland, im Burgenlande müssen wir ein neues Gebäude errichten, denn das Burgenland ist sozusagen der Teil eines andern Landes gewesen, das seine Wirtschaftsverwaltung und sein Kulturzentrum hat. Von diesem Zentrum sind an der Peripherie liegende Teile abgeschnitten und einem Bundesstaat angeschlossen worden. Sie wurden zu einem Verwaltungsganzen, zu einem Lande zusammengeschlossen, wo die Grundlagen einer vernünftigen, gesicherten und richtigen Verwaltung gefehlt haben.

Bei einer solchen Konstellation ist nun dieses Land neu einzurichten, wozu noch die furchtbare Wirtschaftskrise im Burgenland und in Österreich kommt, so daß ein jeder vernünftig denkende Mensch, der in die politische und wirtschaftliche Entwicklung einen gründlichen Einblick hat, sich mit der Frage beschäftigen muß, mit der sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Leser befaßt hat, ob dieses Land existenzfähig ist oder nicht. Es gibt manche, die ganz einfach behaupten: „Das Land ist nicht existenzfähig, es muß an die zwei Verwaltungskörper Niederösterreich und Steiermark angegliedert werden.“

Es ist die Frage, ob dadurch die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden und nicht noch neue in Niederösterreich und Steiermark entstehen. Die einfache Teilung ist nicht die einzige Lösung und Medizin, sie wäre nur ein Umgehen des Übels.

Wenn wir unter den heutigen schwierigen Verhältnissen im Burgenlande die ganzen Einrichtungen eines Landes schaffen und die Grundlagen zur Entwicklung legen wollen, so müssen diejenigen, die in diesem Lande wohnen, ihr Scherflein dazu beitragen. (*Lebhafte Zustimmung.*) Die Steuerzahler müssen die Steuern dazu zahlen und diejenige, die keine Steuerzahler und Arbeiter sind - Arbeiter sind wir wohl alle - müssen durch ihre geistige und manuelle Arbeit dazu beitragen, daß solche Verhältnisse geschaffen werden, daß dieses Land als selbständiges Land bestehen kann. (*Lebhafter Beifall.*) Wenn sehr häufig davon gesprochen worden ist, daß hier sehr viel zu machen und viel Neues einzurichten ist, so dürfen wir nicht vergessen, daß sehr viele Einrichtungen hier sind, welche sich verbessern und ergänzen ließen, die man aber sehr häufig ganz außer acht läßt. (*Landeshauptmannstellvertreter Leser: Zum Beispiel die konfessionelle Schule!*) Ganz richtig, ich habe nicht daran gedacht, wenn mir ein Faden gegeben wird, bin ich sehr dankbar. Die konfessionelle Schule ist auch für Staat und Land eine Erleichterung gewesen, (*Abgeordneter Mosler: Wieviel Zwischenrufe sollen wir noch machen?*) das ist ganz Ihnen überlassen, vielleicht nur so viele, bis meine Rede so lang als die ihre wird. Es kommt also sehr häufig vor, daß man Einrichtungen ganz einfach beiseiteschiebt, ohne sich mit Verbesserungen zufriedenzustellen, die nicht so viel wie neue Einrichtungen kosten. Wir müssen uns nach der Decke strecken, und wenn ich arm bin, so muß ich mit Wasser kochen. Es sind einige Wirtschaftsschulen da, die gewiß nicht erstklassig sind. Die Schule in Apetlon hat zum Beispiel 30 Joch Grund zur Verfügung, es besteht ein schöner Weingarten und es wäre die Gemeinde bereit, in Zukunft Opfer zu bringen, man gibt sich aber mit dem Gedanken ab, diese Schule aufzulassen, weil sie hinsichtlich des Verkehrs nicht gut gelegen ist. Dann ist die Schule in Nickelsdorf, auch eine Wirt-

schaftsschule, über die auch sonderbare Gedanken bestehen. Bei Neueinrichtungen und Aufhebungen kommt man immer mit den Wünschen der Bevölkerung. Wenn wir uns aber immer nach den Wünschen der Bevölkerung richten wollen, wird nie Ordnung im Lande sein. (*Landesrat Hoffenreich: Das ist Ansichtssache; wir glauben, den Willen der Bevölkerung entsprechen zu müssen!*) aber nur den vernünftigen Willen. (*Landesrat Hoffenreich: Das ist Urteilssache!*) Lieber Herr Landesrat, Sie werden für jede Richtung einen Willen finden, bei jeder Partei. Wenn ich heute nach Nickelsdorf gehe, so finde ich Leute, die sagen, die Schule ist eine großartige Einrichtung, es wäre ein Verbrechen, wenn sie nicht erhalten bleibt, andere werden wieder sagen, sie ist ein so großes Übel, daß wir froh wären, wenn sie verschwindet. (*Landesrat Hoffenreich: Dann müßte man sich nach der Mehrheit richten!*) Das kann man nicht immer. Das Mehrheitsprinzip hat sich schon sehr schlecht bewährt, was sie ja in Ihrer Parteibewegung auch sehen können, wo man nicht immer nach den Wünschen der Mehrheit gehen kann, sondern es oft so einrichten muß, daß man der Mehrheit eben den Willen aufzwingt. (*Lebhafte Zustimmung rechts.*) Es ist auf der ganzen Welt so, daß die Persönlichkeiten führen, und nicht umgekehrt. Gerade das Beispiel von Rußland zeigt das (*Abgeordneter Mosler: Das russische System ist auch deshalb zusammengebrochen, das Rußland von heute ist nicht mehr das Rußland von gestern!*) Wir stehen eben in verschiedener Weltanschauung. Sie in der des Materialismus, wir aber in der des Geistes, und der inhaltsreichen Hauptsachen. Und deshalb müssen Sie den Massen nachgeben, wir aber nicht. (*Abgeordneter Mosler: Sie haben früher das Gegenteil gesagt!*) Nein, ich habe immer dasselbe behauptet. (*Abgeordneter Koch: Mosler tut immer verdrehen!*) In jeder Partei sollen die führenden Männer alles mit ruhigen Augen ansehen und prüfen, und wenn Sie etwas sehen, was Ihrer Gemeinde nicht gerade angenehm ist, wenn es aber für das allgemeine Volkswohl ist, so sollen Sie auch den Mut haben, es durchzusetzen. Wenn wir uns nicht immer nach dem Willen einzelner Gegenden richten, so können wir manches besser machen. Es ist richtig, was Kollege Mosler gesagt hat, daß sich im Burgenlande solche Verhältnisse entwickelt haben, daß viele nicht mehr existieren können und gezwungen sind, auszuwandern. Nicht wenige begrüßen das mit Freuden und sehen darin sogar einen wirtschaftlichen Vorteil, ich stimme aber mit ihm vollkommen überein, daß wir das von unserem Standpunkt als Übel betrachten müssen. Denn das Land verliert initiative Geister und auch eine Menge von Arbeitskräften. Viele gehen auch zugrunde (*Zustimmung*), viele werden ausgenutzt und müssen durch wirkliche sklavische Arbeit andern Leuten Vorteil bringen. (*Abgeordneter Mosler: Sie sind der Kulturdünger für Südamerika!*) Deshalb ist es auch Sache der Regierung, diese Verhältnisse mit sehr vorsichtigen Augen zu betrachten, damit solche Auswüchse sich nicht noch weiter verbreiten. Es werden bestimmt Leute da sein, von denen man sagen wird, wenn du gehst, hast du ja recht, deine Freiheit darf nicht eingeschränkt werden, vielleicht kommst du mit größerem Gesichtskreis und materiell gekräftigt wieder zurück. Ich war aber sehr betrübt, wie ich in Güssing herumgefahren bin und gesehen habe, daß es sozusagen fast nichts anderes ist als eine Reklameanstalt für die Auswanderung. (*Zustimmung.*) Ich möchte die Landesregierung auf diese Übelstände aufmerksam machen und bitten, diese Unternehmung dort ein wenig zu kontrollieren, damit nicht wie in den neunziger Jahren so viele Leute zugrunde gehen müssen. (*Ruf links: Da sind wir einig, da muss man Ordnung machen!*) Jede Neueinrichtung eines Hauses verursacht bestimmt viel Mühe und Arbeit. Das Allerschwerste hat aber jener, der das Ganze finanzieren muß. Anschaffungen zu machen, ist doch noch leichter, als das nötige Geld zu beschaffen. Ich würdige unseren Landeshauptmannstellvertreter, daß er, soweit es unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, für die ordentliche Führung der Geschäfte sorgte und die für die neuen Institutionen nötigen Mittel aufbringen konnte. (*Beifall.*) Es ist das kein idealer Kostenvoranschlag und, obwohl der Landeshauptmannstellvertreter unserer Partei angehört, wird er nicht beleidigt sein, wenn ich das sage, ich bin auch überzeugt, daß er es selbst als Opfer betrachtet, daß er auf diesem Posten bleibt. Ich wünsche ihm, daß er alle Schwierigkeit überwindet, und wir wollen ihn unterstützen, daß er die Aufgaben eines Finanzreferenten wirklich erfüllen kann.

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Walter.

Abgeordneter Gangl (*zur Geschäftsordnung*): Ich möchte, bevor der Herr Landesrat spricht, klarstellen, ob jene Mitglieder der Landesregierung, die nicht Abgeordnete sind, das Recht haben, außer dem Rahmen ihres Referats zu sprechen.

Präsident: Auf Grund der Geschäftsordnung des Nationalrates, die auch für uns gilt, hat jedes Mitglied der Regierung das Recht, im Hause zu reden. Kollege Gangl hat sicherlich auch Gelegenheit gehabt, die Geschäftsordnung zu studieren, weil ja auch seine Partei ein Exemplar bekommen hat, und er würde bei aufmerksamem Lesen das sicher herausgefunden haben.

Abgeordneter Gangl: Es steht aber in der Übergangsverordnung, daß die Geschäftsordnung des Nationalrates sinngemäß auf den burgenländischen Landtag anzuwenden ist. Sinngemäß, das heißt, daß wir uns auch nach den übrigen Ländern richten könnten, wo kein Mitglied der Landesregierung sprechen darf, außer zu seinem Referat. Ich habe gegen den Herrn Landesrat Walter keinerlei Animosität, aber wir müssen prinzipiell zu dieser Frage Stellung nehmen.

Landesrat Walter: Hohes Haus! Bevor ich vom landwirtschaftlichen Gesichtspunkte zum Vorschlag spreche, werde ich auf die Einwendungen, die Herr Abgeordneter Gangl gegen eine Verordnung des Landeskulturamtes erhoben hat, erwidern. Es ist von einem Abgeordneten des hohen Hauses seinerzeit einmal festgestellt worden — und ich möchte heute darauf zurückkommen, weil derselbe analoge Fall vorliegt —, daß eine gewisse Partei in einer gewissen Hinsicht nicht vertragsfähig sei. Der Herr Abgeordnete Gangl hat erklärt, daß der Fall von Apetlon hinsichtlich der Ersparungsmaßnahmen nicht zu rechtfertigen wäre. Ich stelle fest, daß seine beiden Kollegen in der Landesregierung, der Herr Landesrat Ratz und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Stesgal, dieser Verfügung ihre Zustimmung erteilt haben. Ich kann nicht annehmen, daß die Regierungsvertreter, die der Partei des Herrn Abgeordneten Gangl angehören, einer Bestimmung zustimmen, die zum Gegensatze zur Klubmeinung des Herrn Abgeordneten Gangl steht.

Nun hat der Herr Abgeordnete Gangl auf einen Zwischenruf erklärt, daß ihm die Meinung der Mehrheit nicht maßgebend sei. Meine sehr geehrten Herren!. Das kann unter Umständen richtig sein und hier stimme ich ihm vollends bei, denn dem Landeskulturamt und insbesondere mir ist die Meinung der Fachleute maßgebend. Ich möchte auf diesen Fall nicht weiter zurückkommen, weil sich aus fachlichen Gründen diese Maßnahmen als notwendig erwiesen haben.

Von verschiedenen Seiten ist heute bereits betont worden, daß deshalb, weil die Realsteuern jetzt den Ländern überwiesen und auch von den Ländern aufgebracht werden müssen, um die Ausgabenseite des Landes zu bedecken, ein großer Teil der Lasten der Bauernschaft aufgebürdet werden wird, und daß man mit Recht von unserer Bauernschaft erwartet, daß sie die Lasten auf sich nehmen werde. Der Herr Abgeordnete Mosler hat gemeint, daß sich das Wort Agrarier nicht mit dem Worte Landwirt deckt, denn er wünscht die kleinen Bauern nicht hinzuzuzählen. Das ist meiner Ansicht nach nicht richtig, da ich auch die Dienstboten im weitesten Sinne des Wortes als Agrarier deklamieren möchte. (*Zwischenrufe.*) Jeder, der an der Schaffung tierischer oder pflanzlicher Rohstoffe, die die Bedürfnisse der Menschen befriedigen, werktätig beteiligt ist, bezeichnen wir als Agrarier und ich zähle daher auch die Kleinbauern und letzten Endes auch die Landarbeiter zu diesen (*Ruf bei den Sozialdemokraten: Das ist Ansichtssache!*) Ich möchte doch wissen, wohin der Herr Abgeordnete Mosler die Kleinbauern zählt? (*Abgeordneter Mosler: Zu den Proletariern, zu den Besitzlosen!*) Das ist hinwiederum Ihre Ansicht. Nun wurde erklärt, daß in der nächsten Zeit an die Landwirte besonders hohe Anforderungen, insbesondere in bezug auf die Steuerleistung gestellt werden. Es dürfte Ihnen sicher bekannt sein, daß kürzlich die Agrarier sämtlicher Bundesländer klar zum Ausdruck gebracht haben, daß sie sich der Notwendigkeit nicht verschließen werden, in den schweren Tagen, die unser Vaterland heute durchzumachen hat, jene Opfer zu bringen, die notwendig sind, um dem Staat aus seiner Notlage zu helfen. Bei dieser Gelegenheit wurde aber auch erklärt, daß diese Opfer nicht so groß sein, dürfen, daß die Produktion darunter leidet, und das dürfte doch allen ohne Unterschied der Partei einleuchtend

sein. Es ist klar, daß man für einen Stand, sei es die Industrie oder die Arbeiterschaft oder — wie hier — die Landwirtschaft, die Steuerlasten nicht so hoch hinaufschrauben darf, daß die Produktion darunter leidet, denn dann geht die Produktion zurück und es kann nicht das erreicht werden, womit man gerechnet hat. (*Landesrat Hoffenreich: Sie glauben also, wenn die Grundsteuer höher wird, dann wird weniger produziert?*) Ich habe schon betont, daß die Grundsteuer die ungerechteste Steuer ist. (*Landesrat Hoffenreich: Warum?*) Sie haben gefragt, ob die Produktion geringer wird, wenn die Grundsteuer zu hoch bemessen wird? Unter Umständen ja, ganz zweifellos. (*Landesrat Hoffenreich: Warum?*) Herr Kollege Hoffenreich, ich glaube, Sie sind wohl auch nicht der Meinung, daß der Produktion dadurch geholfen wird, wenn man die Landwirtschaft hypothekarisch belastet. (*Neuerliche Zwischenrufe und Unruhe.*) Wir sind nicht im Prinzip gegen eine Erhöhung der Grundsteuer, im Gegenteil, das fällt uns nicht ein, wir wissen auch, daß die Abschaffung der Grundsteuer im gegenwärtigen Augenblick unmöglich ist. Zweifellos wäre es gerechter, an Stelle der Grundsteuer die Einkommensteuer zu setzen, denn es ist klar und allgemein bekannt, daß auch unproduktive Gebiete in die Grundsteuer fallen. Ich möchte auch nicht wiederholen, was ich schon des öfteren gesagt, habe, daß besonders bei uns im Burgenland die Grundsteuer ungerecht bemessen ist. (*Landesrat Hoffenreich: Aber meine Frage haben Sie noch immer nicht beantwortet. - Abgeordneter Burgmann: Wir sind doch nicht in einer Schule, wo man Fragen stellt, wir sind keine Schulbuben!*) Ja, Herr Kollege, zweifellos leidet sie darunter und Sie haben diese Antwort auch schon aus den Worten des Herrn Abgeordneten Meixner gehört. Ich könnte Ihnen dasselbe wiederholen, was er gesagt hat. Denn Ihre Steuerpolitik führt zur Proletarisierung gerade der Kleinen, die Sie angeblich schützen wollen. (*Zwischenrufe und Unruhe.*) Sie veranlassen mich, eine Gegenfrage zu stellen. Wie heben wir die Produktion in der Landwirtschaft? Hiezu gibt es zwei Wege, die begangen werden müssen. Der eine ist die rein agrarischpolitische Behandlung der Frage, und der andere, den das Landeskulturamt in der nächsten Zeit einzuschlagen haben wird, der ist, alle jene Maßnahmen zu treffen, die in bezug auf die Förderung der Landeskultur entsprechend sind. Dieses ziemlich reichhaltige und umfassende Programm, das sich auf alle Gebiete der Landeskultur erstreckt, ist gewiß sehr interessant, aber mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit muß ich auf dessen Besprechung verzichten.

Es wurde schon festgestellt, daß das Burgenland in der Hauptsache als ein agrarisches Land angesehen werden muß und daß die Besitzverhältnisse des Burgenlandes keine idealen sind. Wenn ich mich recht erinnere, hat der Herr Abgeordnete Mosler erklärt, daß der große Grundbesitzer in nationaler und sozialer Beziehung eigentlich ein Fremdling im Lande ist. Der Herr Abgeordnete Mosler hat auf diese Weise wohl eine Tatsache festgestellt, uns aber nicht den Weg gezeigt, wie eine solche Tatsache aus der Welt zu schaffen wäre. Es ist einmal von der Bauernpartei ein Initiativantrag im Landtag eingebracht worden, es möge der Landtag, der zu 90 Prozent aus agrarischen Vertretern, besteht, an die Nationalversammlung herantreten, damit diesen Übelständen im gesetzlichen Weg abgeholfen werde, wobei man an eine gesetzliche, aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Expropriation gedacht hat. (*Landesrat Hoffenreich: Der Abgeordnete Duld!*) Der Abgeordnete Duld macht es aus bestimmten Gründen nicht. Da Sie mich parteipolitisch apostrophieren, so muß ich Ihnen als Parteipolitiker antworten. Duld macht es deshalb nicht, weil er nicht zum Fenster hinausreden will. (*Gelächter links.*) Wir wissen ganz genau, daß der Antrag heute nach der Parteizusammensetzung in der Nationalversammlung selbstverständlich verschleppt oder abgelehnt würde, gradeso wie es der Mehrheit der Anträge des Abgeordneten Stocker ergangen ist. (*Rufe links: Ihr seid in der Mehrheit!*) Wir sind nicht in der Mehrheit, weil wir nicht in der Regierung sitzen. Herr Abgeordneter Mosler, Sie wissen, daß wir gradeso wie Ihre Partei, zum Beispiel gegen die Zwangsanleihe gestimmt haben, daß wir also Bundeskanzler Seipel nicht Gefolgschaft leisten müssen. Wir haben uns dieselbe Unabhängigkeit wie Sie bewahrt. (*Rufe links: Wir werden sehen, was die Wiener sehen werden!*) Dasselbe wie ich. Deshalb ist sich die Bauernpartei in der Nationalversammlung bewußt, daß sie absolut nicht in der Lage ist, dieses Programm durchzuführen. Sie wissen ja, welches Schicksal den Anträgen Stockers nach dem Revolutionsjahr beschieden waren; sie wurden so abgeändert, daß sie heute bedeutungslos sind: Ich verweise da auf die Wiederbesiedlung. (*Rufe links: Warum gehen Sie dann mit den Groß-*

deutschen und den Christlichsozialen?) Immer dann wenn wir es für zweckmäßig halten. Im übrigen können Sie sich im burgenländischen Landtag nicht beklagen. (*Zwischenruf des Abgeordneten Müller.*) Wir schließen uns weder der sozialdemokratischen Partei, noch der christlichsozialen-großdeutschen Mehrheit im Parlament an, weil wir es für nötig halten, eine selbständige, unabhängige Richtung zu verfolgen. Die Parteien, die hier vertreten sind, würden zweifellos auch der agrarpolitischen Seite, die im Burgenland etwas Spezifisches ist, nicht ausweichen, weil eben im Burgenlande die Besitzverhältnisse anders wie in den übrigen Ländern sind, und da verweise ich auf Privatgespräche, die vielleicht nicht so bedeutungslos sind, als es scheinen mag. Führende Männer der sozialdemokratischen und christlichsozialen Partei haben allgemein anerkannt, daß gerade im Burgenlande mehr als in jedem andern Lande eine gesunde, nach wirtschaftlichen Grundsätzen durchgeführte Bodenreform notwendig ist. Es mögen vielleicht meine Äußerungen nicht zuversichtlich klingen, vielleicht werden mir Vorwürfe gemacht werden, aber ich zweifle, daß eine Enteignungspolitik in den nächsten Jahren greifbar sein wird.

Vielleicht werden sich die parteipolitischen Verhältnisse zugunsten der Bauernschaft in der nächsten Zeit etwas verschieben, erst dann wird es möglich sein, eine Bodenreform durchzuführen. Wir werden aber nicht daran denken, nach bolschewistischem Muster zu enteignen, ohne daß wir dem augenblicklichen Besitzer etwas vergüten, denn was dem Großgrundbesitzer passiert ist, kann vielleicht in späterer Zeit auch dem Kleinen passieren. (*Zustimmung.*) Wir halten an den Eigentumsprinzipien fest, solange das im Interesse der gesamten Volkswirtschaft als notwendig erscheint. Nun erscheint es im Interesse der Volkswirtschaft, nicht notwendig, daß heute der schädliche Latifundienbesitz im Burgenland weiter aufrechterhalten bleibt.

Nun wurde gestern erklärt, daß das Burgenland zum großen Teil mit Proletariern, Kleinbesitzern besetzt und besiedelt ist, die schließlich und endlich, um sich eine anständige Existenz zu sichern, über den Ozean oder in die Industrie abwandern müssen. Ich muß da ein Gebiet streifen, das unter dem Namen Landflucht Leutenot usw. bekannt ist. Wenn wir eine Bodenreform durchführen, so schaffen wir dieses Übel aus der Welt, insofern wir trachten, die Leutenot und Landflucht dadurch zu verhindern, daß wir den Dienstboten bodenständig, daß wir ihn am Boden interessiert machen, und wir machen ihn dann interessiert, wenn wir ihn zum selbständigen Besitzer machen. (*Frau Abgeordnete Zull macht Zwischenrufe.*) Sie werden vielleicht wissen, daß in Deutschland nach der Revolution versucht wurde, den Heimkehrern im Wege der Innenbesiedlung ein Mittel zu geben, das sie in die Lage versetzen sollte, mit Hilfe von Staatskrediten selbständige Besitzer zu werden. Das wäre zweifellos auch für das Burgenland ein ganz interessanter Weg, der allenthalben das lebhafteste Echo im ganzen Land auslösen würde; es ist auch beim großen Wahlgange gefordert und versprochen worden, bisher aber hat sich nichts Greifbares gezeigt.

Anläßlich der heutigen Budgetdebatte, wo wir alle unsere Freuden und Schmerzen austauschen können, würde es sich empfehlen, wenn alle Parteien - und gerade die größte Partei würde sich zweifellos ein großes Verdienst im Burgenland erwerben - in diesem Sinne eine Gewissenserforschung machen würden, sie würden dadurch am allerbesten, den Wünschen der proletarisierten Landwirte entgegenkommen, und dann würden auch alle übrigen papierenen sozialpolitischen Maßnahmen, deren besonderer Freund ich nicht bin, vollkommen überflüssig sein. (*Abgeordneter Mosler: Also Expropriation der Expropriateure!*) Sie sind sehr witzig! (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Wir wollen nach ökonomischen Grundsätzen expropriieren und wollen ihre Unterstützung, wir wollen daß die großen Parteien damit einverstanden sind, und ich glaube, es müßte sich doch ein Weg finden lassen, der uns diesem Ziele näher führt, und ich glaube auch, daß sich die sozialdemokratische Partei dem nicht verschließen dürfte. Andererseits haben wir die Befürchtung, daß die christlichsoziale Partei sich niemals wird mit solchen Plänen befreunden können. Es hat sich gezeigt, daß die christlichsoziale Partei, selbst wenn es sich um Großgrundbesitze handelte, die schlecht bewirtschaftet waren, selten Geneigtheit zeigte, zugunsten der kleinen Landwirte einzuschreiten. Ich mache aufmerksam, daß selbst das Wiederbesiedlungsgesetz - das nicht als Expropriationsgesetz aufzufassen ist, sondern eigentlich, nur eine Zurückführung jener Grundstücke in das Eigentum der Bauern bedeutet, die früher infolge einer unklugen

Agrarpolitik verkauft und zu Jagdzwecken verwendet wurden - so durchgeführt wurde, daß es heute keine Bedeutung mehr hat. (*Zwischenrufe des Abgeordneten Gangl.*) Herr Abgeordneter Gangl, Ihre Partei hat beim Pachtgründeablösungsgesetz gezeigt, daß sie dieser Frage am liebsten ausweichen möchte. Der Herr Abgeordnete Stocker hat seinerzeit verlangt, daß Pachtgründe, die 30 Jahre in den Händen eines Pächters waren, in sein Eigentum übergehen sollen. Ihre Partei hat es für notwendig befunden, diese Grenze auf 40 Jahre hinaufzusetzen. Nun sind die Großgrundbesitzer selten so unvorsichtig, daß sie ihre Pachtgründe immer in derselben Hand lassen! Sie suchen sich selbstverständlich den Pächter aus, der am meisten bietet. Wir haben ja solche Beispiele im Burgenland genug. Wir haben es im Güssinger Bezirk gesehen, daß in Steingraben ein Großgrundbesitzer so hohe Forderungen an die Kleinbauern stellte, daß sie sie einfach ablehnen mußten, weil sie den Pachtzins nicht zu zahlen in der Lage waren. Es bedurfte langer Verhandlungen, der Herr Graf hat sich dabei sehr ablehnend verhalten und erst durch Hinweis auf die politischen Verhältnisse war es möglich, eine Einigung zu erzielen. (*Zwischenrufe und Widerspruch*) Wenn noch keine Einigung erzielt wurde, so beweist dies nur, daß das Verhalten der Großgrundbesitzer direkt provozierend auf die Bauernschaft wirkt. Das Landeskulturamt befaßt sich gegenwärtig mit einem Entwurf, der ein Kompromiß in der Agrarfrage darstellt und ich fühle mich verpflichtet, dies dem Landtag zur Kenntnis zu bringen. Weil für die großen agrarpolitischen Maßnahmen nicht der Landtag, sondern die Nationalversammlung zuständig ist, hat sich das Landeskulturamt auf einen anderen Weg besonnen. Es ist beabsichtigt, jene Grundstücke, die nicht das Erträgnis liefern, das man von ihnen erwartet, unter eine gewisse Kontrolle zu stellen, sie höher zu besteuern und endlich eventuell die Zwangspacht in Anwendung zu bringen. Der Landtag wird sich daher vielleicht in nächster Zeit mit einem Zwangspachtgesetz befassen und Kollege Gangl wird dann Gelegenheit haben, zu beweisen, daß ich in dieser Frage seiner Partei zu Unrecht zu wenig getraut habe. Die Zwangspacht hat sich in den Nachbarländern, besonders in der Tschecho-Slowakei ziemlich bewährt, und dieses Muster dürfte auch für das Burgenland vorbildlich werden. Nach unserer Ansicht könnte dadurch der Kompetenzstreit zwischen Nationalversammlung und Landtag behoben werden, weil das Eigentumsrecht des Grundes nicht angetastet wird.

Nun komme ich auf das zurück, womit ich begonnen habe, daß die Landwirtschaft sich nicht ablehnend verhält, wenn es sich darum dreht, auch aus ihr jene Summen herauszuholen, die die anderen Stände dem Staate opfern. Nur muß ich aber aufmerksam machen, ich befürchte sehr, daß die Steuerlasten unserer Bauernschaft im Verhältnis zu jenen der übrigen Bundesländer im nächsten Jahre ungemein hohe sein werden, weil uns eigentlich die erwerbssteuerpflichtigen Unternehmungen zum großen Teil fehlen. (*Ruf: Wir sind keine Industriewurzen!*) Aber auch die Landwirtschaft ist keine "Wurzen". Gerade in der Kriegszeit war sie durch die Zwangsbestimmungen im Verhältnis zur Industrie in einer ungünstigeren Lage. Diese Zwangswirtschaft wurde auch nach dem Kriege fortgesetzt, bis man endlich zur jetzigen Preispolitik zurückgekehrt ist, die für die Volkswirtschaft jedenfalls besser ist, selbst nach der Meinung Ihrer Leute. Nun haben Sie gesehen, daß gerade nach dem Wiederaufbauprogramm auch die Landwirtschaft ihren Teil beitragen abermals Gelegenheit haben wird. (*Ruf: Bescheiden!*) Während die Industrie auch ferner durch Schutzzölle vor der Konkurrenz des Auslandes gesichert sein, ja sogar noch Exportprämien erhalten wird, wird schon jetzt gegen eine eventuelle Zollpolitik der Landwirtschaft in letzter Zeit derart Sturm gelaufen, wie man es seit Hohenblums Zeiten nicht mehr erlebt hat. Die Landwirtschaft hat bis jetzt keine Schutzzölle gefordert, aber sie wird sich vorbehalten, sie dann zu fordern, wenn sie sie braucht und in Bedrängnis kommen sollte. Sie können daher der Landwirtschaft allerdings das Zeugnis der Bescheidenheit ausstellen.

Das sind in großen Umrissen die Punkte, womit sich das Landeskulturamt in nächster Zeit zu beschäftigen gedenkt. Dazu kommt aber noch etwas Wesentliches, die Hebung des Weinbaues im nördlichen Teile und des Obstbaues im südlichen. Es sind schon heute Ansätze zur Förderung des Weinbaues im nördlichen Burgenland da, was um so mehr zu begrüßen ist, weil die Landwirte so viel leichter in der Lage sein werden, die neuen Lasten zu ertragen, die doch für die bloßen Körndlbauern unerträglich werden könnten. (*Abgeordnete Zull: Der steuerfreie Haustrunk!*) Was sagen Sie zu den Leuten in den Brauereien? (*Abgeordnete Zull: Sie müssen das Bier bezahlen!*) Aber sie haben keine

Steuer zu entrichten.

Sie werden es schon entschuldigen, Frau Abgeordnete Zull, daß der Bauer, der im Sommer durch zehn Stunden und länger arbeitet, seine vertrocknet am Gaumen klebende Zunge mit einem steuerfreien Trunk netzen kann. (*Ruf: Die Arbeiter in den Fabriken haben keinen steuerfreien Trunk!*) Sie haben doch Gelegenheit, sich überall des Kracherls zu bedienen. Auf dieses wertvolle Getränk muß aber die Bauernschaft verzichten, da es nicht oder schwer möglich ist, dasselbe auf die Felder mitzunehmen, es bleibt uns daher nur der Most oder Wein. Im übrigen weiß ich nicht, ob diese These richtig ist, daß die Arbeitskraft durch einen mäßigen Weingenuß gehoben wird, das wird jedenfalls von der Bauernschaft behauptet und man will an dieser These festhalten. (*Zwischenrufe.*) Ich bin kein unbedingter Anhänger des Alkohols, aber auch kein großer Freund fanatischer „Temperenzler“. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Zudem ist der Haustrunk zumeist sehr wässriger oder essiger Qualität. Übrigens ist die Menge so gering, daß sie gar nicht in die Waagschale fällt wie zum Beispiel beim Schnaps. Es sind nur 25 Liter im Jahre steuerfrei. Es ist bezeichnend, daß Dinge, die geeignet erscheinen, der Landwirtschaft eines anzuhängen, herausgehoben und im hellsten Theaterlicht der Welt preisgegeben werden.

Die Bauernschaft des Burgenlandes wird sich auch die Frage vorlegen, ob das Burgenland als solches existenzfähig ist oder nicht. Wenn ein Land nicht existenzfähig ist, dann sind wir der Meinung, daß ein solches Land auch nicht existenzberechtigt ist, und da kommen wir zu einer anderen Frage, die auch dieses Haus wird beschäftigen müssen, nämlich, ob das Burgenland als solches bestehen können. (*Abgeordneter Wolf: Gewiß!*)

Der Herr Abgeordnete Wolf bejaht diese Frage, es wird sich aber erst in der nächsten Zeit zeigen müssen, ob unser Land tatsächlich existenzfähig ist, und da frage ich Sie, meine Herren, würden Sie die Autonomie eines Landes aufrechterhalten wollen, wenn die Bauernschaft, das Gewerbe und die Industrie so besteuert werden müßten, daß sie darunter zusammenbrechen würden? Ich behaupte nein! Denn das Land ist dann eben nicht existenzberechtigt. Wenn wir aber heute schon darüber sprechen, so erscheint das vielleicht nicht zeitgemäß, aber es kann der Tag kommen, wo sich die Bauernschaft, die Gewerbetreibenden und die Industrie die Frage werden vorlegen müssen, ob die Autonomie aufrechterhalten bleiben soll oder nicht. Da können dann Gefühlsmomente, wie sie vielleicht bei meinem Kollegen Wolf besonders in die Waagschale fallen, nicht berücksichtigt werden. Da dürfen nur wirtschaftliche Grundsätze berücksichtigt werden. Es ist ja ganz schön, ein selbständiges, autonomes Burgenland zu haben, das vielleicht historische Grenzen hat. Wir müssen aber dazu auch einen eigenen Verwaltungsapparat haben, der sehr kostspielig ist, eine eigene Landesregierung mit einem gewissen Stab von Angestellten und alle jene Einrichtungen in verwaltungstechnischer Hinsicht, wie sie die anderen Ländern im Laufe von Jahrhunderten geschaffen haben. Wohlfahrtsinstitutionen, Krankenhäuser, Anstalten, die sich jahrzehntelang bewährt und einen hohen Kulturwert haben und sich in sozialer und kultureller Hinsicht nunmehr auswirken. Ich erwähne neben den großen Krankenhäusern noch das Verkehrswesen der Nachbarländer, die Schulen und verweise da zum Beispiel anderseits darauf, daß in Eisenstadt wohl eine Bundesmittelschule existiert, die aber keine Lehrmittel besitzt, Sie sehen daraus, daß die Bevölkerung des Burgenlandes in der nächsten Zeit eine kolossale Steuerbelastung wird auf sich nehmen müssen und wenn sich dann herausstellt, daß die Nachbarländer eine geringere Besteuerung haben, denn womit sollen wir unsere Bahnen und Straßen bauen, beziehungsweise instandhalten, um das Land wirtschaftlich zu erschließen, dann wird man nicht davon absehen können, das Volk über die Entscheidung zu befragen. Ich bin nicht derjenige, der heute schon diese Frage aufrollt und ins Volk tragen will. Diese Frage ist heute vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Leser aufgerollt worden, der in seiner Rede erklärt hat, die Leute werden sich doch fragen müssen, ob unser Land existenzfähig ist. Damit ist nun diese Frage wie ein Gespenst vor dem Herrn Abgeordneten Wolf gestanden. (*Zwischenrufe und Heiterkeit.*) Nun ist dieses Gespenst vielleicht heute noch harmlos, denn wir müssen uns heute mit realen Dingen befassen. Schließend möchte ich dem hohen Haus die Versicherung geben, daß das Landeskulturamt bestrebt ist, zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion das möglichste zu veranlassen, und zwar auch mit den geringen Mitteln, die ihm jetzt zur

Verfügung stehen. Wir wollen nur dort Landes- oder Staatsmitteln in Anspruch nehmen, wo der gute Wille der Bevölkerung mangels ausreichender Mittel versagt. Das Landeskulturamt muß sparsam umgehen, denn es beabsichtigt, die Leute selber zur Mitarbeit heranzuziehen, die Selbsthilfe zu propagieren, eine Angelegenheit, die Sie heute noch gelegentlich der Beantwortung einer Anfrage hören werden.

Abgeordneter Gangl: Hoher Landtag! Ich habe mir während der Rede des Herrn Landesrates Walter die Frage gestellt, ob der Herr Landesrat Walter berechtigt ist, über Dinge außerhalb seines Ressorts zu sprechen. Ich habe zuerst vermutet, daß er uns eine Information über sein Ressort geben will und hätte diese Frage nicht gestellt, wenn der Herr Landesrat hier von seinem Platze gesprochen hätte, Nachdem er aber vom Referententische gesprochen hat, war ich erstaunt, daß er nicht von seinem Ressort sprach.

Präsident: Ich nehme an, daß der Herr Landesrat Walter vom Regierungstische aus gesprochen hat, weil seinerzeit gesagt wurde, daß die Redner vom Rednertische aus sprechen sollen, damit sie die Stenographen besser verstehen können. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Gangl wird mit dieser Aufklärung zufrieden sein.

Abgeordneter Hoffenreich: Hohes Haus! Vom Standpunkte der sozialdemokratischen Partei ist es notwendig, auf die Ausführung verschiedener Redner noch in der Generaldebatte Antwort zu geben.

Der Herr Abgeordnete Koch hat in einem Zwischenrufe gemeint, man soll den Mieterschutz aufheben, denn damit wird die Bautätigkeit aufleben. Ich würde dem Herrn Abgeordneten Koch einmal empfehlen, das einmal den Leuten in einer Versammlung, die die christlichsoziale Partei einberuft, offen zu sagen (*Abgeordneter Mosler: Daß sie Zehntausende Zins zahlen müssen!*) recht geschwind würde er sich aus dem Saale hinausbeeilen müssen. (*Ruf: Das Mieterschutzgesetz gilt nicht für das Burgenland!*) Es gibt ungarische Vorschriften, die ziemlich ähnlich den österreichisches sind.

Der Herr Abgeordnete Wolf hat bezüglich der Versetzungen gemeint, daß das Staatsinteresse durch das Treiben der Magyaronen gefährdet werden könne. Ich bin gewiß bestrebt, dem nationalen Prinzip zum Durchbruche zu verhelfen, ich bin kein Chauvinist, ich bin aber der Ansicht, daß man Leute, die es mit der deutschen Sache ehrlich meinen, arbeiten läßt, und man kann den Leuten, die früher im ungarischen Dienste waren und dem Ungarischen Staate Treue gelobt haben und für den ungarischen Staat waren, das heute nicht mehr vorwerfen. Wenn sich die ungarfreundlichen Umtriebe während der österreichischen Herrschaft vollzogen haben, dann wird gegen diese ehemaligen Beamten einzuschreiten sein.

Herr Abgeordneter Gangl hat sich gegen die Regierung der Mehrheit gewendet, er hat den Faszi-
stenstandpunkt vertreten, daß die Minderheit von intelligenten und geistig führenden Menschen dazu berufen sei und nicht die breite Masse des Volkes. (*Abgeordneter Gangl: So habe ich nicht gesprochen!*) Sagen Sie es noch einmal! (*Abgeordneter Gangl: Ich habe gesagt, man muß nicht immer, wenn man die tatsächlichen Einrichtungen betrachtet, das machen, was zufällig die Mehrheit anbefiehlt!*) Was heißt das "zufällig"? (*Abgeordneter Gangl: Sagen wir für eine Wirtschaftsschule ist eine Mehrheit, in einem anderen Monat eine andere, die dagegen ist, und da habe ich gesagt, daß die Regierung sich nicht darnach richten soll!*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter Gangl, ich kann nur feststellen, daß Herr Abgeordneter Hoffenreich das Wort hat.

Landesrat Hoffenreich (*fortfahrend*): Der Herr Abgeordnete Gangl möchte das jetzt harmlos darstellen, er hat auf die ganze Welt hingewiesen, daß es sich überall zeigt. daß die führenden Geister die Regierung ergreifen und ihren Willen durchsetzen.

Mit der Politik werden Sie nichts Großes aufstocken, das mag jetzt einen Augenblick lang bestehend erscheinen, ich mache aber aufmerksam, daß es Zeiten gegeben hat, wo es umgekehrt gewesen

ist (*Rufe links: Das haben wir miterlebt!*) und wo sich in Österreich die christlichsoziale Partei an den demokratischen Gedanken festgeklammert hat und die Sozialdemokraten bat, bei der Mehrheit zu bleiben. Man muß eine Politik machen, die auch dann gilt, wenn der Bolschewismus oder der Faschismus in der Nachbarschaft ist. Eine Politik zu machen, wie gerade die Weltlage ist, das ist keine auf richtige und ehrliche Politik.

Viel wichtiger sind die Ausführungen des Herrn Landesrates Walter zu denen ich Stellung nehmen muß, und ich bedauere nur, daß er das Weite gesucht hat. Er hat von der Enteignung des Großgrundbesitzes gesprochen, er hat die Frage des Eigentums am Großgrundbesitz und die Stellung seiner Partei zur Grundverteilung überhaupt aufgerollt.

Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß die Produktionsmittel, die Mittel der großen Massenerzeugung sowohl industrieller als auch landwirtschaftlicher Produkte überhaupt nicht in das Eigentum einzelner Personen gehören, sondern daß die großen Fabriken und die großen Grundbesitze in die Hand der Allgemeinheit gehören. (*Lebhafter Beifall.*) Wir halten es für ein Unrecht, daß einzelne Menschen über das Leben und Einkommen vieler Tausender verfügen und daß sie von den Massenerzeugungen für ihre Taschen den Profit ziehen und die Allgemeinheit nichts davon hat, daß sie den Mehrwert der Arbeit — sei es in der Fabrik oder im Großgrundbesitz — in ihre Tasche stecken und daß andere profitieren, die nichts arbeiten.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß der Großgrundbesitz und die Fabriken in das Eigentum der Allgemeinheit des Staates, Landes oder der Gemeinde gehören. (*Abgeordneter Koch: Kommunismus! - Lebhafter Widerspruch links.*) Wenn Sie das Kommunismus nennen, dann sage ich Ihnen: In der Hinsicht bin ich Kommunist und sind wir es alle.

Wir anerkennen nicht die Heiligkeit des Eigentums an den großen Produktionsmitteln, im Gegenteil, sobald wir die Macht haben werden, wird dieses Eigentum denen, die es jetzt haben, weggenommen. (*Beifall. Abgeordneter Koch: Da kommen die Bauern auch dran!*) Nein! Wie die große Revolutionswelle im Jahre 1918 die Sozialdemokratie im Aufstieg und der Kommunismus damals in Rußlands usw. war, hat die Sozialdemokratie durch ihre Führer von der Parlamentstribüne erklären lassen: Das Eigentum der kleinen und mittleren Bauern werden wir nie antasten, weil wir dazu keine Ursache haben. Es hat keinen Sinn, ein Eigentum, das mir dazu dient, den Mann und seine Familie zu ernähren, wegzunehmen. (*Beifall.*) Nun zur Frage der Aufteilung, die Herr Landesrat Walter gestreift hat.

Wenn man die Bodenverteilung im Burgenland ansieht, so ist sie, das wird jeder zugeben, keine ideale, und es ist unerträglich, daß die Leute, die Arbeiter auf dem flachen Lande, nicht einmal, wie die Arbeitenden in den Städten, das Recht auf einen Schrebergarten, wo sich jeder sein bißchen Gemüse anbauen kann, haben. Diese Pachtgründe muß man den Leuten geben.

Was die Bodenverteilung im allgemeinen anbelangt, da stehen wir Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß diejenige Art die beste ist, bei der am meisten erzeugt wird. Dort wo der Hektarertrag beim Großgrundbesitz größer als beim Bauer ist, soll er sozialisierter Großgrundbesitz sein, wo aber der Hektarertrag der Bauern größer ist — das hängt natürlich auch von örtlichen Verschiedenheiten ab - und wo der Großgrundbesitz seine volkswirtschaftliche Sendung nicht erfüllt, dort gehört er aufgeteilt.

Der Herr Landesrat Walter hat gemeint, die Bauernpartei stünde im Parlament allein da, weil die Großdeutschen und Christlichsozialen gleichfalls die Aufteilung des Bodens nicht wollen. (*Landesrat Walter: Nicht nur deshalb!*) Nun, ich hoffe, daß nach der Vereinigung der Bauernpartei mit der Großdeutschen Partei sich die Bauernbündler wenigstens auch auf den großdeutschen Teil des Nationalrates erstrecken wird. (*Ruf: Das haben Sie in der "Neuen freien Presse" gelesen!*) Auch , wo anders. Der Herr Landesrat Walter tut, als ob die Bauernpartei die einzige Partei wäre, die dem Großgrundbesitz wehe tun will, nun da kann ich ihm ein Beispiel erzählen, das ich gestern aus dem Brief eines Gemeindeverwaltungskommissärs, der ein Sozialdemokrat ist, über das Verhältnis der Bauernpartei zum Großgrundbesitz erfahren habe. In einer Gemeinde im Pullendorfer Bezirke werden die Waldnutzungen vergeben, und zwar Streu- und Abfallholz. Da hat nun der Vertreter des Großgrundbesitzes mit dem Vertreter der Bauernpartei ein Übereinkommen geschlossen, wonach die Sozialdemokraten von

dieser Nutzung ausgeschlossen und dieselbe nur Mitgliedern der Bauernpartei gegeben werden soll. Wenn sie wirklich so gefährlich für den Großgrundbesitz wären, hätte man sie doch auch ausgeschlossen. Wie ernst die Großgrundbesitzer ihre Drohung nehmen, sieht man daraus. Herr Landesrat Walter hat richtig bemerkt, daß die Grundsteuer speziell im Burgenland außerordentlich hoch sein wird, weil uns die Industrie fehlt, die anderswo als Steuerquelle benutzt wird. Eine Abgabe vom elektrischen Strom wird im Burgenlande wenig tragen, eine Gassteuer gar nichts, weil kein Gaswerk hier ist. In Wirklichkeit wird also die Grundsteuer fast die einzige Steuerquelle sein. Nun hat er gemeint, die Leute werden dann nachdenken, ob es sich überhaupt noch auszahlt, für dieses Land so viele Steuern zu zahlen, ob es nicht eine billigere Art der Verwaltung gebe. Ich bin überzeugt, der Herr Landesrat Walter hat da recht. Diese Frage werden sich alle vorlegen, die dann die höheren Steuern werden zahlen müssen. Ich will aber nun auf die Kernfrage zurückkommen, auf die hohen Verwaltungskosten. Sie kommen daher, weil man diese kleine Republik Österreich in so viele selbständige Länder aufgeteilt hat (*Lebhafte Zustimmung.*), weil das kleine Land, das bequem von Wien aus hätte verwaltet werden können, auch der Herrschsucht und dem Machtdünkel einiger Provinzgrößen entgegenzukommen, in selbständige Länder zerschlagen wurde und überall ein großer Hofstaat von Beamten für diese Provinzgrößen geschaffen werden mußte. Schließlich wird man sich auch im Burgenland die Frage überlegen müssen, wenn man sich überhaupt über die autonomen Steuern den Kopf zerbrechen will, ob man diese Steuern für den Hofstaat des Rintelen oder des Hr. Buresch ausgeben soll und ob es nicht ein Verbrechen der Christlichsozialen und großdeutschen Partei und der Bauernbündler ist, daß sie diese Republik aus Feindschaft gegen die Arbeiterklasse zerschlagen haben. (*Beifall und Händeklatschen*), so daß wir in ganz Europa zum Gespött geworden sind, weil lauter kleine Teile, in denen jeder Landeshauptmann förmliche Paraden mit den Heimwehren abhält, geschaffen wurden, nur damit die Provinzadvokaten ihre Gebühren beziehen und ihr Amt haben und sich an die Brust schlagen können: wir sind Steirer, Tiroler usw. Wir als Vertreter der Arbeiterschaft können, ohne nationalistisch zu sein, nur eines sagen: wir sind Deutsche. Solange der Anschluß an Deutschland aber nicht möglich ist, wollen wir die einheitliche zentralistische Republik, die unserem Volke solche Steuern erspart. (*Beifall.*)

Ich kann als Mitglied der Landesregierung ruhig sagen, ich würde gern auf meine Stelle als Landesrat verzichten und zu der eines Bezirkskommissärs zurückkehren, wenn es gelänge, die Sache vernünftig einzurichten und diese kleinen Provinzen und Sondergebilde wieder zu einem vernünftigen einheitlichen Staate zu machen. (*Lebhafter Beifall.*)

Landeshauptmann-Stellvertreter Leser: Zum Meritum der Ausführungen des Herrn Landesrates Walter hat den Standpunkt unserer Partei bereits mein Freund Hoffenreich bekanntgegeben. Ich möchte also nicht so sehr zum Meritum, sondern sozusagen zur geschäftsmäßigen Form sprechen, in der Herr Landesrat Walter gesprochen hat, über Fragen, zu deren Behandlung er nach meiner Ansicht nicht berechtigt war. Ich weiß nicht, ob die Geschäftsordnung es einem Mitgliede der Landesregierung, das nicht imstande war, sich das Vertrauen der Bevölkerung derart zu erringen, daß sie ihn als Abgeordneten herein geschickt hätte, der vielleicht nur aus einem Verlegenheitsakt einer Partei, gefördert durch politische Aktionen fremder Leute, in die Landesregierung gekommen ist, gestattet, in Angelegenheiten, die nicht sein Ressort betreffen, zu sprechen. Ich weiß nicht, ob er nach der Geschäftsordnung dieses Recht hat, aber ich weiß, daß er es nach der parlamentarischen Praxis nicht hat. Das wollte ich feststellen, bevor ich auf einen Teil seiner Ausführungen zurückkomme. Der Herr Landesrat Walter hat sehr gut zu vermengen gewußt, was scheinbar in sein Ressort gehört und was vielleicht gern ein anderer gesagt hätte, was er aber selbst sagen wollte, und hat uns eine Art Risotto, ein mixtum compositum von eigentümlichen Parteiansichten und Regierungsansichten vorgelegt. Ich glaube, daß die Mehrheit dieses Hauses auch der Meinung ist, daß ein Regierungsmitglied, das nur das Mandat hat, in der Regierung zu sitzen, auch nur über Regierungsansichten zu sprechen hat. Und dann fühle ich mich verpflichtet zu sagen, daß es doch auch Mitglieder der Landesregierung gibt, die die Worte des Herrn Landesrates Walter nicht als richtig betrachten und sich mit seiner Ansicht nicht solidarisch er-

klären. Der Herr Landesrat Walter hat über die Teilungsfrage gesprochen. Mein Freund Hoffenreich hat den Standpunkt unserer Partei dazu ausführlich bekanntgegeben. Ich möchte aber trotzdem im Zusammenhang mit der Form, in der der Herr Landesrat gesprochen hat, auch einige Worte darüber sagen: Ich weiß nicht, ob der Herr Landesrat gerade über diese Frage zu sprechen berechtigt war, denn dann hätte er unbedingt die Legitimation eines Abgeordnetenmandats haben müssen. Abgesehen davon ist die Teilungsfrage etwas, was wir Sozialdemokraten für vernünftig betrachten. Mein Freund Hoffenreich hat gesagt, daß die sozialdemokratische Partei die sogenannte Bundesverfassung der Republik Österreich als keine glückliche Konstruktion betrachtet. Ich kann mir wohl einen wirklichen Bundesstaat vorstellen, der territorial nicht größer ist, als die kleine Republik Deutschösterreich. Ich verweise auf das Beispiel der Schweiz, die eine wirkliche Bundesrepublik ist. Aber das, was wir die Bundesrepublik Österreich nennen, ist eigentlich keine Bundesrepublik, das ist das typische österreichische Kompromiß zwischen dem zentralistischen Staatsgedanken und dem bundesverfassungsmäßigen Gedanken. (*Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!*) Eine Verfassung, die einerseits einem Landeshauptmann dem Landtage gegenüber, wie es in Steiermark der Fall war, erlaubt, dem Landtage, der ihn gewählt hat, zu sagen; „Das geht Sie gar nichts an, das ist eine mittelbare Bundesangelegenheit“ und wo dann derselbe Landeshauptmann, wenn er als Organ der Bundesregierung auftritt und von der Bundesregierung einen Auftrag erhält, derselben Bundesregierung wieder sagen, kann: „Meine Herren von der geehrten Bundesregierung, das geht mich einen Schmarren an, denn ich bin der Häuptling des autonomen Landes so etwas, meine Herren, kann ich nicht anders nennen als eine schlamperte Sache, als ein echt österreichisches Kompromiß. Das ist das Ergebnis der österreichischen Torheit und der Unfähigkeit einen Gedanken in logischer Weise bis ans Ende durchzudenken. Von diesem Standpunkte betrachten wir auch die Trennungsfrage. Wie schon der Herr Abgeordnete Hoffenreich gesagt hat in dem Moment, wo die Bundesverfassung in ihrer heutigen Form zugunsten einer zentralen Verfassung liquidiert wird, werden wir der Selbständigkeit des Burgenlandes keine bittere Träne nachweinen. Aber daß wir uns deshalb trennen sollen, um die ausgeprägteste Ländertrottelei wie sie durch Rintelen verkörpert ist, zu nähren, das tun wir nicht, dazu sind wir Burgenländer nicht da.

Das ist der Zweck gewesen, warum der Herr Landesrat Walter diese Frage hier ausgerollt hat, ohne es vielleicht gewollt zu haben. Wenn von dieser Seite immer wieder die Trennung des Burgenlandes propagiert wird, wird sie nicht vom höheren Standpunkt aus propagiert, den wir vor Augen haben, wenn wir die Autonomie eines Landes betrachten, auch dann wenn es unser eigenes Land ist, sondern sie wird deswegen propagiert, weil die allerschlechtesten Verkörperung des Ländergedankens, die in Steiermark herrscht, dort vom Landeshauptmann Rintelen verkörpert wird. Deshalb ist auch über die Trennungsfrage mit den Herren aus der Steiermark und ihren Delegierten hier in diesem Lande kein Wort zu reden.

Landesrat Walter: Hohes Hans! Ich möchte aus agrarpolitischen Rücksichten auf die Antwort des Herrn Abgeordneten Hoffenreich zurückkommen. Er hat die Ansichten seiner Partei über die Bodenreform klargelegt und unter anderem erklärt, daß seine Partei unter Umständen geneigt sei, einer partiellen Bodenreform zuzustimmen. Nun möchte ich gerne an den Herrn Abgeordneten Hoffenreich folgende Frage richten: Würde die sozialdemokratische Partei auch dann in der Nationalversammlung einer wenigstens teilweisen Bodenreform zustimmen, wenn Ihr Agrarprogramm, das die Überführung des Großgrundbesitzes in das Staatseigentum fordert, dies Ihnen verbieten würde?

Bevor ich die Antwort des Herrn Abgeordneten Hoffenreich abwarte, kann ich erklären, daß die agrarischen Vertreter zweifellos einer teilweisen Enteignung und Überführung gewisser Teile des bisherigen Großgrundbesitzes in das Eigentum der kleinen Landwirte zustimmen würden. Allerdings könnten die Bauern einer solchen beipflichten. Sie wären aber nicht einverstanden, daß die Enteignung des Grundbesitzes in die Verwaltung des Staates erfolgt, denn wir alle wissen recht gut, daß der allerschlechteste Kaufmann der Staat ist. (*Abgeordneter Mosler: Der kapitalistische Staat!*) Ich möchte auf diesen Zwischenruf hin nicht auf jenen Staat hinweisen, der sozialistisch verwaltet wird. (*Abgeordneter Mosler: Welcher Staat ist das?*). Der Endeffekt des sozialdemokratischen Gedankens ist doch

der Kommunismus. Allerdings bin ich davon überzeugt, daß auch Sie mit der Verwaltung Rußlands nicht einverstanden sind. (*Ruf bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!*) Sie unterscheiden eben zwischen dem Kommunismus und dem Bolschewismus obwohl wir da eine Ähnlichkeit nicht verkennen können. (*Abgeordneter Mosler: Kommunismus und Bolschewismus sind doch dasselbe!*) Gut, daß Sie das eingestehen! Mir können die Auswirkung des Kommunismus in volkswirtschaftlicher Beziehung heute nicht beurteilen ich glaube aber schon, daß seine Auswirkung dem Bolschewismus gleichschauen würde.

Es ist auch davon gesprochen worden, warum die Bauernschaft Österreichs föderalistisch, nicht zentralistisch gesinnt und auch, nicht gewillt sei, sich von Wien aus zentralistisch verwalten zu lassen. Die Bauernschaft hat eben schon vor dem Kriege ziemlich böse Erfahrungen mit der zentralistischen Verwaltung des Staates gemacht. Wir haben damit insbesondere nach dem Krieg böse Erfahrungen gemacht. Obwohl Österreich nicht zum geringen Teil Agrarland ist, so hat die Nationalversammlung — bis zum heutigen Tage — keine allzu bemerkenswerte agrarfreundliche, sondern zu allermeist eine einseitige Konsumentenpolitik an den Tag gelegt und was in Wien an Fehlern begangen wurde, konnten die Länder mit Mühe zurechtleimen. (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Wir würden uns schon selbst erhalten können, wenn wir nicht die Steuern für die Finanzpolitik, zum Beispiel eines Breitner in Wien, zahlen müßten. (*Zwischenrufe und Unruhe bei den Sozialdemokraten.*) Die Stadt Wien läßt sich doch vom Bunde Zuschüsse zahlen, denn sie kann heute nicht so viele Einnahmequellen finden, daß sie daraus die Ausgabenseite bedecken könnte. Das sind doch Bundeszuschüsse, die auch von den Ländern geleistet werden. (*Abgeordneter Mosler: Weil eben alle wichtigen Steuerquellen der Bund hat!*) Das ist eben die zentrale oder, besser gesagt, die doppelgeleisige Bundesverwaltung. Wir würden auf die Bundesmittel verzichten, wenn die Bundesverwaltung so wäre, wie sie in der Schweiz ist, also dann, wenn wir eine auch in budgetärer Hinsicht selbständige autonome Kantonalverwaltung hätten. (*Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.*) Die Bundesverfassung ist doch auch mit Ihrer Hilfe zustande gekommen. (*Landesrat Hoffenreich: Warum machen Sie nicht das Bezirksverwaltungsgesetz?*) Wir haben augenblicklich keine Ursache, uns damit zu beschäftigen. (*Landesrat Hoffenreich: Weil Sie reaktionär sind!*)

Die Beschuldigung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Leser, daß ich ein erwachender Steirer und ein Knecht der Rintelenpolitik sei, muß ich zurückweisen, denn sie dürfen nicht glauben, daß ich aus egoistischen Motiven zu dieser Frage Stellung nehme. Ich habe gesagt, daß man sich mit diesem Problem vertraut machen müssen und nicht gesagt, daß Parteiangehörige Teilungspolitik betreiben. Das burgenländische Volk hat sich zur Zeit der Wahlbewegung mit dem Gedanken vertraut gemacht und ihn nicht als non possumus empfunden.

Wenn gesagt wird, daß Regierungsmitglieder kein Recht haben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, so kann ich Sie versichern, daß nicht Abgeordnete in dieser Frage entscheiden werden, sondern das Volk und Sie können überzeugt sein, daß Sie die Volkesstimme unter Umständen, wenn es notwendig sein wird, so deutlich vernehmen werden, daß Sie sich dieser vox populi auch nicht verschließen werden können.

Abgeordneter Wolf: Es ist heute eine Frage angeschnitten worden, die ich auch von seiten meiner Partei nicht unbeantwortet lassen möchte.

Ich halte es für nicht ganz glücklich, wenn über die Selbständigkeit eines Landes jemand das Wort ergreift, der kein Burgenländer ist. Gewiß hat er das Recht dazu, aber wenn man ein bißchen nicht nur politisch, sondern menschlich empfindet, so wird man es nicht für glücklich erachten, daß jemand eine Frage aufwirft, von der man mindestens voraussetzen muß, daß sie viele der Bodenständigen unangenehm und schmerzlich berührt. Vielleicht wäre es daher besser gewesen, wenn man diese Frage nicht aufgeworfen hätte. Es ist von der Möglichkeit gesprochen worden, daß das Land in solche Verhältnisse kommen könnte, daß es für das Land, für die Bevölkerung eine Frage der leichteren Existenz werden wird, sich darüber schlüssig zu werden, ob es ein selbständiges und autonomes Land, mit eigener Landesregierung usw. bleiben oder ob es an Niederösterreich oder Steiermark angeschlossen

werden will.

Ich glaube die richtige Meinung zum Ausdruck zu bringen, wenn ich sage: für uns bodenständige Burgenländer — von denen immer auch von internationalen Parteien, wenigstens zu passenden Gelegenheiten, behauptet wird, daß sie eine ausgesprochene Heimatsliebe, eine Liebe zur Scholle und Geburtsstätte haben — ist nicht die Hauptfrage, ob wir einen sogenannten Landeshauptling, eine eigene Landesregierung, eine eigene Landesverwaltung haben, denn wir verstehen unter Autonomie nicht diese schließlichen Äußerlichkeiten, sondern wir legen Wert auf diese Autonomie deshalb, weil wir verlangen müssen, daß in unserer Verwaltung solche Leute mitsprechen, die für unsere Verhältnisse Sinn und Verständnis machen, die uns verstehen, die aus diesem Boden hervorgegangen und auf demselben aufgewachsen sind und die für die speziellen Bedürfnisse des Landes Verständnis haben. (*Landesrat Hoffenreich: Bezirksverwaltung!*) Ob das in Form einer Landesregierung, einer Kreisverwaltung oder in irgendeiner anderen Form geschieht, ist für uns eine Frage zweiter Ordnung. (*Landesrat Hoffenreich: Aber das Andere ist billiger!*) Es ist uns nicht darum zu tun, hier als Landesabgeordneter sitzen und eventuell unnütze Schwätzerei vollbringen zu können, sondern es ist uns darum zu tun, daß dieses Burgenland, daß unser arbeitendes Volk blühe und gedeihe. Das ist für uns der Kern der Frage und darum müssen wir Wert darauf legen, daß in allen Stellen, die von Wichtigkeit in der Entscheidung über derlei Fragen sind, Männer sitzen, die in erster Linie Sinn für unsere Leiden und Schmerzen und für alles, das wir als burgenländische Deutsche mit Recht erwarten dürfen und müssen, haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Berichterstatter Stesgal (*Schlußwort*): Da in der Debatte zuweilen auch vom Budget gesprochen wurde, erlaube ich mir noch einiges zu bemerken.

Vor allem muß ich feststellen, daß die einzelnen Posten im Einvernehmen mit den betreffenden Fachreferenten eingestellt wurden, daher diese die Verantwortung tragen. Es wurde auch die Selbständigkeit des Burgenlandes berührt und es ist nicht zeitgemäß, wenn wir nach fünfmonatiger Selbstverwaltung davon sprechen, ob das Burgenland lebensfähig ist oder nicht. Wir wissen nicht, ob wir die Summen aufbringen werden, das muß erst die Zeit lehren. Ein Zeitraum von fünf Monaten kann nicht ausreichen, um das feststellen zu können, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern, werden wir es schon selbst sagen. Was die Auswirkung des Sanierungsprogramms auf das Burgenland anlangt, so habe ich schon auf der Länderkonferenz unsere Wünsche vorgebracht, ich brauche da nur auf die Tagesblätter zu verweisen und ich bin überzeugt, daß der Sanierungsplan an den Patriotismus unserer Bevölkerung große Anforderungen stellen wird. Ich bin auch überzeugt, daß die Bevölkerung im Bewußtsein dessen, was durch den Sanierungsplan in der letzten Zeit wenigstens nach außen hin erreicht wurde und daß die Hoffnung besteht, daß wieder Ruhe im Staate sein wird und daß es wieder zu einem gedeihlichen Arbeiten kommen wird, bereit sein wird, Opfer zu übernehmen.

Präsident: (*Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte.*) Angenommen.

Ich möchte vorschlagen, die Abstimmung hauptstückweise vorzunehmen. (*Zustimmung.*)

Berichterstatter Stesgal: 1. Hauptstück „Landesvertretung“. Gesamterfordernis 227,001.000 K, Bedeckung keine.

Abgeordneter Dr. Wagast: Hohes Haus! Wenn ich den Voranschlag in die Hand nehme und studiere, kommt es mir vor, wie wenn ich einen schönen roten Apfel aufschneide, aus dem aber dann nicht das herauskommt, was ich erwartete, ein gesundes Obst, sondern ein verfaultes, ungenießbares; auch hier ungenießbare Ziffern. Solche finde ich zum Beispiel bei dem „Sachlichen Aufwand“ für „Kurzschriftaufnahme der Verhandlungen“. Da sind 14 Millionen Kronen eingestellt, im ersten gedruckten Voranschlage waren es 20 Millionen Kronen. Für „Druckkosten und Schreibhelfe“ sind 21 Millionen eingestellt, früher waren es 5 Millionen. Also im Verlaufe von kurzen vier Wochen eine so kolossale Differenz. Der Herr Referent mußte doch wissen, daß sich in einigen Wochen die Ver-

hältnisse nicht so krass ändern werden. Was ist die Veranlassung dieser Änderung? Bei dem ordentlichen Erfordernisse für den Personalaufwand könnten wir die Frage stellen, ob nicht die Zahl der Abgeordneten für dieses Land zu groß ist, wenn wir sie aber mit der in anderen Ländern vergleichen, so finden wir im Verhältnisse keine so große Differenz. Wir könnten uns schon heute mit der Frage befassen, ob nicht ein Abbau auch im Burgenlande notwendig, ist und ob dieser Abbau nicht bei den Landesräten beginnen könnte. Bei der Landesregierung sind heute schon sieben Landesratsstellen. Unsere Partei hat sich mit dieser Frage schon beschäftigt und ist zu dem Beschlusse gekommen, daß es wünschenswert wäre, wenigstens zwei Landesräte abzubauen. Ich möchte das hohe Haus ersuchen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Ich stelle keinen formellen Antrag, aber es wird einen günstigen Eindruck auch auf die untergeordneten Beamten machen, wenn sie sehen, daß der Abbau oben beim Kopfe beginnt. Die Landesräte werden zwar nicht aus Landesmitteln bezahlt, sondern vom Bunde, aber mittelbar sind auch wir daran interessiert und es wäre wirklich zu wünschen, daß diese Durchführung gelänge. Dies würde nicht nur hier, sondern auch sonst überall einen günstigen Eindruck machen.

Berichterstatter Stesgal: Bezüglich der Kurzschriftaufnahme bemerke ich nur, die Einstellung der 20 Millionen Kronen war auf Vermutungen aufgebaut, da Rechnungen nicht vorgelegen sind. Jetzt liegen die Rechnungen von der 1. bis 9. Sitzung vor und haben über 7 Millionen Kronen ergeben. Wir konnten uns daher ausrechnen, daß wir mit 14 Millionen Kronen auskommen werden. Was die Druckkosten und Schreibhelfe betrifft, so sind damals keine Rechnungen vorgelegen; jetzt haben wir aber diese Rechnungen schon bezahlt. (*Abgeordneter Dr. Wagast: Wer führt das durch?*) Das Ökonomet in Sauerbrunn.

Präsident: Abstimmung über das 1. Hauptstück, Angenommen.
2. Hauptstück "Landesverwaltung".

Berichterstatter Stesgal: Gesamterfordernis 2.047,000:000 K, Bedeckung 1.186,462.500 K

Abgeordneter Pratl: Hohes Haus! Es ist schon in der Vorberatung festgestellt worden, daß dieser Voranschlag mehr oder weniger eine Ziffernzusammenstellung ist, deren Entstehung uns im allgemeinen unbekannt erscheint: Es sind Beträge eingesetzt, an denen sich nichts ändern wird. Aber doch muß festgestellt werden, daß zum Beispiel in diesem Hauptstück unter Post Nummer 6 als „Sonderentlohnungen und Aushilfen“ im ersten Voranschlag ein Betrag von 2 Millionen eingesetzt war, der dann im endgültigen Voranschlag auf 22,700.000 K erhöht wurde. Was dieser Betrag eigentlich bedeutet, wissen wir nicht, denn der Herr Referent hat uns darüber keine Aufklärung gegeben. Wir sollten aber doch wissen, aus welchen Teilbeträgen sich diese Summe zusammensetzt und ich möchte dem Herrn Referenten darüber um Aufklärung ersuchen. Ferner ist hier ein Betrag für Papier, Druckkosten und Buchbinder von 13,300.000 K eingesetzt, der im ersten Entwürfe mit 3,200.000 K eingesetzt war. Es ist ja ganz klar, daß die Druckkosten und alle anderen Arbeiten sich in der letzten Zeit sehr verteuert haben, aber wenn schon ein solcher Betrag hier bewilligt werden soll, so möchten wir doch nachträglich feststellen, daß bei derartigen Vergebungen von Arbeiten die öffentliche Ausschreibung vorerst erfolgen soll und daß nicht auf Grund einer uns unbekanntenen Manipulation mit einzelnen Unternehmungen derartige Beträge eingesetzt werden. Im allgemeinen möchte ich zu diesem Hauptstücke der Erwartung Ausdruck geben, daß künftighin etwas detaillierter solche Summen eingesetzt werden und daß der Voranschlag nicht Beträge enthält, von denen man nicht weiß, wie sie entstanden sind. Wenn der Landtag so hohe Beträge beschließen soll, dann wollen wir auch wissen, unter welchen Voraussetzungen diese Beträge entstanden sind. Es sollen doch nicht die einzelnen Posten des Voranschlages Hausnummern sein, sondern Beträge, von denen man annehmen kann, daß mit ihnen das Auskommen gefunden werden wird.

Nachdem dieses Budget schon in der kürzesten Zeit abläuft, erwarten wir bei der nächsten Auf-

stellung des Landesvoranschlages, daß die einzelnen Zusammenstellungen etwas genauer gehandhabt werden.

Abgeordneter Mosler: Hohes Haus! Es hat schon mein Kollege Dr. Wagast beim ersten Hauptstück angedeutet, daß die Zahl der Mitglieder unserer Landesregierung abgebaut werden, soll. Diese Sache ist insofern unrichtig gewesen, als sie zum. 2. Hauptstücke gehört, weil hier die Post über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung enthalten ist. Ich habe auch vermißt, daß der Herr Finanzreferent vom Standpunkte der Finanzlage des Landes sich zu diesem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Dr. Wagast geäußert hat und ich möchte ihn ersuchen, das jetzt zu tun. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß erst kürzlich im Tiroler Landtage vom Abgeordneten Dr. Gruener der Antrag gestellt wurde, die Zahl der Abgeordneten und auch der Mitglieder der Landesregierung herabzusetzen, und zwar soll die Zahl der Abgeordneten auf 25 herabgesetzt werden. Wenn man bedenkt, daß das Burgenland größer ist als das Land Tirol, dann muß man wohl sagen, daß die Zahl der Abgeordneten des Burgenlandes entsprechend größer sein muß. Es ist aber kein Zweifel, daß die Zahl unserer Landesregierungsmitglieder zu hoch ist und daß man hier einen Abbau vornehmen könnte, wodurch Ersparnisse erzielt werden würden. Ich möchte also die Landesregierung ersuchen, baldigst zu dieser Frage Stellung zu nehmen und einen entsprechenden Beschluß im Einvernehmen mit dem Landtage zu fassen.

Berichterstatter Stesgal: Hohes Haus! Ich bin sehr gerne bereit, der Anregung des Herrn Abgeordneten Mosler nachzukommen. Ich habe auch selbst den Antrag gestellt, die Zahl der Mitglieder der Landesregierung und auch die Zahl der Abgeordneten herabzusetzen und habe diesen Antrag damit begründet, daß der allgemeine Wunsch nach der größten Sparsamkeit besteht und daß es unsere Pflicht ist, mit gutem Beispiel und mit Ersparungen voranzugehen, wenn es sich darum handelt, den Bestand des Burgenlandes und der Republik Österreich zu sichern. Ich bin überzeugt, wenn wir daran gehen, die Zahl der Mitglieder des Hauses und der Landesregierung zu verringern, dann wird nicht nur in unserem eigenen Lande, sondern auch außerhalb desselben der gute Wille erkennbar sein. Man wird ersehen, daß es uns ernstlich darum zu tun ist, die schwierige Lage Österreichs zu berücksichtigen.

Was die Ersparnisse bei unserer Landesverwaltung anlangt, so kann ich mich darauf berufen, daß bei uns die doppelgeleisige Landesverwaltung nicht besteht und dadurch ziemlich große Ersparungen erzielt werden. Wir haben in unserem Lande die autonome Landesverwaltung allein, während in anderen Ländern eine doppelgeleisige Verwaltung besteht und dadurch ein bedeutend größerer Verwaltungsapparat notwendig ist als bei uns: Was die Landesregierung und den Landtag anlangt, so will ich gern einen solchen Antrag vertreten und es dann der Erwägung des hohen Landtages anheimstellen, wie er sich zu dieser Frage stellen wird.

Was nun noch die Äußerung des Herrn Abgeordneten Pratl anlangt, so muß ich mich dagegen verwahren, daß sogenannte „Hausnummern“ im Voranschlag enthalten wären. Ich habe wiederholt und auch in der Ausschußberatung erwähnt, wie diese Zahlen entstanden sind. Zur Zeit der Aufstellung des Voranschlages sind uns noch keinerlei Grundlagen zur Verfügung gestanden, während wir heute auf eine viermonatige Verwaltungstätigkeit zurückblicken können. Wir haben jetzt schon Rechnungen vorliegen und wissen, was wir auszugeben haben werden. Wir wissen, was wir während dieser vier Monate ausgegeben haben, und können uns annähernd berechnen, was wir in den Monaten November und Dezember noch brauchen werden.

Was die Sonderentlohnung und Aushilfen betrifft, so sind diese für solche Dienstleistungen bestimmt, die nicht vorgesehen waren. Es sind die Gebühren für die Stenographen, die nur zeitweise beschäftigt sind, für Überstunden und Leistungen, die nicht vorgesehen sind. Ich kann auch auf die Voranschläge anderer Länder hinweisen, die auch derartige Posten enthalten. Eine präzisere Aufstellung des Voranschlages ist mir nicht bekannt; ich kann auf die Voranschläge von Niederösterreich und Steiermark hinweisen, wo ähnliche Posten, enthalten sind. Eine detaillierte Aufstellung dieser Post im Voranschlag ist selbstverständlich nicht gut möglich. Übrigens möchte ich bemerken, daß das nicht

der Zweck eines Voranschlages ist und daß Sie die detaillierten Zahlen aus dem Gebarungsausweis erfahren werden. Sie werden im Jänner oder Februar den Gebarungsausweis bekommen und werden dann Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, zu welchen Zwecken die einzelnen Beträge verwendet wurden. Der Voranschlag ist nur die Grundlage, gewissermaßen ein Rahmen, der andeutet, in welchem Ausmaße die Wirtschaft des Landes sich abspielen soll; da kann man also von detaillierten Zahlen nicht sprechen, weil das mit dem Begriffs des Voranschlages sich nicht vereinigen läßt.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Pratl, diese Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über das 2. Hauptstück des Voranschlages, und bitte ich die Mitglieder des hohen Hauses, welche mit dem 2. Hauptstück einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das 2. Hauptstück ist genehmigt.

Wir gelangen nunmehr zum. 3. Hauptstück.

Berichterstatter Stesgal: Hohes Hans! Das 3. Hauptstück betrifft die öffentliche Sicherheit. Das Erfordernis beträgt: Für Schub, und zwar für Fuhr- und Begleitungskosten 120.000 K, für Verpflegung 170.000 K, für Bekleidung und Reinigung 75.000 K, für ärztliche Untersuchung 2000 K, für Kanzleierfordernisse 3000 K, zusammen 370.000 K, ferner Schubkosten für burgenländische Schüblinge aus Fremdländern 180.000 K und für die Unterbringung burgenländischer Zwänglinge und Besserungsbedürftiger 1,200.000 K. Zusammen beträgt das Erfordernis 1,700.000 K. An Rückersätzen sind eingestellt: Rückersätze aus dem Vermögen burgenländischer Schüblinge für Schüblinge von fremden Ländern 10.000 K und aus dem Vermögen burgenländischer Zwänglinge und Besserungshedürftiger ebenfalls 10.000 K.

Ich bitte um die Genehmigung.

Abgeordneter Stockinger: Hohes Haus! Nach den Informationen, die wir im Finanzausschusse bekommen haben, hat das Land noch keine Ausgaben für das Schubwesen. Wir müssen aber das wirtschaftliche Elend unserer Bevölkerung durch die steigende Arbeitslosigkeit und durch die Abwanderung der Arbeiter nach fremden Gebieten, um dort Arbeiten zu suchen, berücksichtigen. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto tiefer sinkt der Arbeitslose in den Sumpf des Lumpenproletariats. Nicht sie sind daran schuld, sondern die ohnmächtigen Verhältnisse, wenn die öffentliche Sicherheit sich damit beschäftigen muß. Das beste wäre allerdings die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Deshalb möchte ich auch die so niedrig eingesetzten Ziffern beurteilen. Für ärztliche Untersuchung sind 2000 K und für Kanzleierfordernisse 3000 K eingesetzt. (*Abgeordneter Koch: Wir haben ohnehin eine Million dazugegeben!*) Ich glaube, bei diesen Wanderarbeitern, welche in eine elende Lage kommen und unglücklicherweise gezwungen sind, per Schub wohin geführt zu werden oder in eine Zwangsarbeitsanstalt oder in eine Schubstation hineingesteckt zu werden, wo sie nicht sicher sind, vom Ungeziefer aufgefressen zu werden, sollte man vom rein menschlichen Standpunkte mehr soziale Zwecke verfolgen. Es sind schon verschiedene Leute, die nicht ins Verbrecheralbum, gehören, nicht durch eigenes Verschulden sondern durch die mißliche Lage hineingetrieben worden, und deshalb möchte ich vom demokratischen Standpunkte wünschen, daß diese Leute etwas menschenwürdiger behandelt werden.

Abgeordneter Mosler: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß wir mit dem Schubwesen bisher noch wenig zu tun gehabt haben, vielleicht kann das in der nächsten Zukunft anders sein. Auch wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nicht verschlechtern würden, so muß doch, wie in normalen Zeiten, ein gewisses Erfordernis für diese Dinge eingestellt werden, damit nach gewissen sozialen Momenten vorgegangen werden kann.

Herr Abgeordneter Koch hat in einem Zwischenruf betont, daß ohnehin um eine Million mehr in diesem Hauptstück eingesetzt wurden ja, aber diese eine Million betrifft lediglich „Verpflegskosten an fremde Länder“, alle anderen Posten sind in diesem Hauptstück gleichgeblieben. Wenn nur ein

schwerkranker Schübling der ärztlichen Hilfe bedarf — es wird niemand auf dem Standpunkt stehen daß er krepieren soll - so wird der Betrag von 2000 K, der für die ärztliche Untersuchung eingesetzt ist, weit überschritten werden. Ähnlich steht es auch mit anderen Posten dieses Hauptstückes und ich möchte den Herrn Finanzreferenten ersuchen, daß er beim künftigen Voranschlag auf diese Dinge gebührend Rücksicht nimmt. Selbstverständlich ist es, wie der Herr Abgeordnete Stockinger gesagt hat, daß gerade bei dieser Sache sehr viele soziale Momente hineinspielen und daß diese Menschen, die oft unverschuldeterweise in Arbeitslosigkeit geraten sind, monatelang durch eine starke Wirtschaftskrise in Arbeitslosigkeit verharren und von ihrem früheren Arbeitsort wegwandern müssen, um eine andere Arbeit zu suchen, dadurch in Not und Elend geraten und unter Umständen die öffentliche Sicherheit beschädigen. Man darf hier nicht am unrichtigen Ort sparen und die Leute in Verhältnisse bringen, die menschenunwürdig sind.

Abgeordneter Dr. Wagast: Die Schubfrage ist im Burgenlande speziell jetzt in eminenter Weise eine Emigrantenfrage und wird es auch noch eine geraume Zeit sein.

Wir sind an der Grenze Ungarns und aus dem Kerker kommen jetzt Flüchtlinge verhungert hieher, werden hier gefangen und eingeliefert und ist der Fall schon öfter vorgekommen, daß sie bald wieder zurückgeliefert worden sind. Die armen, ausgehungerten Leute kommen hieher, sie haben keine Kleider, kurz und gut nichts, sie sind zu verpflegen und ist auf unsere Intervention wiederholt Erleichterung gewährt worden.

Das sind oft Idealisten. Mussolini ist noch vor einiger Zeit aus der Schweiz abgeführt worden, er ist Idealist gewesen, und wenn ich auch Mussolini nicht lobe, so sind solche Leute doch politische Vorkämpfer einer Idee.

So ist es auch hier. Die Leute haben monatelang im Horthy-Banditenlager ihre Gesundheit aufgeopfert, sie kommen unter schweren Opfern in dieses Land und erwarten hier Zuflucht, sie dürfen nicht mißhandelt werden sondern es soll für Kost und die Rettung ihres Lebens gesorgt werden; daher ist es wünschenswert, daß wenigstens im kommenden Voranschlage diesbezüglich besser vorgesorgt werde.

Abgeordneter Koch! Da heute schon größere Gemeinderechnungen aufliegen, so wurde schließlich noch eine Million dazugegeben. Was die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Wagast betrifft, so ist gestern und heute schon viel über die Auswanderung gesagt worden, und es ist nichts dagegen zu sagen, wenn man Mitleid hat, aber ich möchte nur noch feststellen, daß die Arbeitslosigkeit noch immer eine größere wird und daß die Arbeitslosigkeit dadurch noch ärger wird, wenn Fremde beschäftigt werden und die Einheimischen keine Arbeit bekommen. Ich habe nichts gegen die Freizügigkeit, ich möchte nur nicht, daß unsere Leute nach Amerika gehen müssen, während die aus Zalaegerszeg hier Arbeit finden. Was die Schüblinge betrifft, so schicken eben die Bezirksverwaltungen die Leute einfach zu den Gemeinden und dadurch entstehen die großen Auslagen. Die Gemeinden haben nicht gewußt, daß das Land das zahlen wird und erst wie wir die Revisionen in den Gemeinden machten, ist man auf die großen Rechnungen gekommen.

Berichterstatter Stesgal: Wie ich bereits im Finanzausschusse, bemerkte, ist diese Ziffer eigentlich nur als Evidenzpost eingestellt. Wir haben seinerzeit an die Bezirksverwaltungen geschrieben, sie sollen uns die Auslagen bekanntgeben, es ist aber keine Antwort gekommen und deshalb haben wir nun diesen Betrag eingestellt. Ich glaube nicht, daß es zu wenig ist. Für die Unterbringung burgenländischer Zwänglinge und Besserungsbedürftiger wurden die 1,200.000 K deshalb eingestellt, weil wir zwei bis drei Zwänglinge in Graz haben, für die wir diesen Betrag bis auf eine Kleinigkeit bereits bezahlten.

Präsident (Abstimmung): Hauptstück 3 ist angenommen. Hauptstück 4; „Bildungswesen“.

Berichterstatter Stesgal: Gesamterfordernis 7,025,400.000 K Bedeckung 4.089,750.000 K.

(Dritter Präsident Dr. Wagast übernimmt den Vorsitz.)

Abgeordneter Burgmann: Hier wird ein Kapitel angeschnitten, bei dem es am wenigsten angezeigt und Gelegenheit geboten ist, Ersparnisse zu machen. Was wir für die Schulen verwenden, ist gut angelegtes Geld für unsere Zukunft. Besonders aber ist es nicht am Platze, zu sparen bei den Ärmsten der Armen, den Pensionisten. Bei den Lehrerpensionisten ist bisher wirklich gespart worden. Ich war vor einigen Tagen in Sauerbrunn wie das Lehrerbesoldungsgesetz beraten wurde, und hörte, daß eine Besserung eintreten wird, aber die Altpensionisten werden auch nach dem neuen Gesetz noch anders behandelt, als die, die jetzt erst in Pension gehen. Ich weiß, daß die Begründung ist, daß das auch in anderen Ländern der Fall ist. Ich sehe aber durchaus nicht ein, daß das auch gerechtfertigt ist, und möchte schon dafür eintreten, wenigstens den Versuch zu machen, die Altpensionisten ebenso zu behandeln wie die neuen. Diese Leute haben die schwersten Zeiten mitgemacht. Vor 30 bis 40 Jahren waren die Verhältnisse noch ganz anders. Diese Leute haben Not und Elend gelitten bei jämmerlicher Bezahlung und sollen nun auch in ihren alten Tagen schlechter daran sein als die anderen.

In einem anderen Punkt wären aber nach meiner Ansicht große Ersparungen möglich, nämlich bei den Materialausgaben für die Schulen, besonders für die Beheizung. Wenn die Schule das Geld für die Beheizung im Sommer bekäme, könnte sie das Beheizungsmaterial um die halben Kosten anschaffen. Im Sommer hätten wir zum Beispiel um 100.000 K einen Kubikmeter Holz bekommen, wenn wir ihn etwa im August hätten anschaffen können, jetzt kostet er 240.000 K. Darauf mache ich besonders aufmerksam, daß die Beheizungsgelder zur rechten Zeit angewiesen werden sollten.

Abgeordneter Mosler: Ich möchte darauf hinweisen, daß wir hier für einen wichtigen Zweig etwas tun könnten, für das Volksbildungswesen. Als das Burgenland noch bei Ungarn war, ist die Volksbildung aus magyarisch-nationalen Gründen stark vernachlässigt worden, weil es nicht im Interesse der Magyaren war, die burgenländischen Bewohner zu bilden, weil man genau wußte, daß ein gebildetes Volk sich nicht so leicht national und wirtschaftlich unterdrücken lassen wird, wie es hier im Burgenland unter der magyarischen Herrschaft gewesen ist. Als wir das Burgenland übernommen haben, haben wir auch die Verpflichtung übernommen, die Bevölkerung dieses Landes auch in geistiger Beziehung höher zu bringen und wir haben deshalb die Pflicht, für das Volksbildungswesen soviel zu tun, als es überhaupt möglich ist, damit unser Volk durch erhöhte geistige Bildung sich auch wirtschaftlich emporraffen kann. Die geistige Ausbildung, die während der nationalen Unterdrückung dem Volke unmöglich gemacht wurde, wird sich auch in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung günstig auswirken. Es ist ein allgemein bekanntes Wort, daß den Krieg vom Jahre 1866 der deutsche Schulmeister gewonnen hat. Ich möchte hier das Wort prägen und sagen, daß die Friedensverträge von Saint-Germain und Versailles in dem Momente zerrissen sein werden, in dem wir unser Volk so hoch gehoben haben werden, daß es alle andern Völker wirtschaftlich, national und kulturell überragen und über ihnen stehen wird. Nur in diesem Sinne ist diese Sache möglich.

Bei diesem Hauptstück ist ein Betrag von fünf Millionen für die Errichtung und Erhaltung von Volks- und Schülerbüchereien eingesetzt. Es ist der Wunsch aller Parteien - wie ich bei dieser Gelegenheit mit Vergnügen feststelle -, daß hier ein größerer Betrag eingestellt werden soll, nicht nur, um nach außen zu wirken, sondern um auch zu zeigen, daß wir bereit sind, in dieser Beziehung alles zu tun, was nur möglich ist. Es ist aus diesem Grunde im Finanzausschüsse beschlossen worden, daß dieser Betrag auf fünf Millionen erhöht werde, nachdem ursprünglich nur 500.000 K eingesetzt waren. Ich erwarte auch vom Herrn Finanzreferenten, daß er im nächsten Voranschlag gerade für diese Bestimmung einen höheren Betrag einsetzen wird, denn auf diesem Gebiete hat gleichfalls die Teuerung verheerend gewirkt. Die Teuerung hat leider Gottes das deutsche Volk von seiner geistigen Höhe herabgedrückt, denn es ist heute so gut wie ausgeschlossen, sich ein gutes Buch zu kaufen. Tausende und tausende von unseren Volksgenossen, die sich vor dem Kriege ein Buch kaufen konnten, sind heute nicht mehr in der Lage das zu tun, weil sie die dazu notwendigen Beträge nicht mehr aufbringen können. Das müssen wir in Berücksichtigung ziehen und deswegen hier solche Beträge einsetzen, mit

denen man für diesen Zweck wirklich etwas erreichen kann. Um 600.000 K kann ich mir nicht sehr viele Bücher kaufen. Auch mit fünf Millionen wird man nicht viele anschaffen können, insbesondere, wenn man Volks- und Schülerbüchereien erst errichten will. Dabei muß ich noch darauf verweisen, daß hier auch eine Post für die Lehrerbüchereien eingesetzt ist und daß wir ein lebhaftes Interesse daran haben, daß unsere Lehrer geistig so hoch stehen, daß sie unseren Schülern wirklich etwas bieten und sie lehren können. Wir müssen daher alles aufbieten, daß für diese Post jene Beträge eingestellt werden, die für den angestrebten Zweck unbedingt notwendig sind.

Ich möchte zum Schlusse noch darauf hinweisen, daß in der letzten Post „Kunst“ an Unterstützungen 400.000 K eingesetzt sind. Wir haben nichts gegen diesen Betrag einzuwenden, möchten aber wissen, wozu dieser Betrag verwendet werden soll, damit nicht etwa das Gerücht auftaucht, daß er einseitig verwendet wird. Wir wollen dieser Post nicht entgegengetreten, aber wir wollen dabei zeigen, daß wir für alle Kunstbestrebungen, sei es von welcher Seite immer, ein reges Interesse haben.

Abgeordneter Wolf: Hohes Haus! Ich möchte an die Worte des Herrn Vorredners anknüpfen, der gesagt hat, daß die Friedensverträge von Saint-Germain und Versailles von unserer Jugend einst zerrissen werden sollen. Ich will das durch ein Wort ergänzen: das wird geschehen durch eine national denkende Jugend und ich hoffe dabei auch die vollste Zustimmung der ansonsten international orientierten sozialdemokratischen Partei zu finden. Denn auch diese Partei hat hier im Hause zu unserer größten Freude wiederholt betont, daß sie deutsch gesinnt ist. (*Landesrat Hoffenreich: National, aber nicht nationalistisch!*)

Wenn ich von der Ertüchtigung der Jugend bei dieser Gelegenheit spreche, so möchte ich auf ein Kapitel hinweisen, das besonders dann in Betracht kommt, wenn es sich eben um die Zerreißung dieser Schandfriedensverträge handelt. Denn zerrissen werden 'diese Verträge nicht durch Kongresse und Friedensverhandlungen, sondern nur durch die Tatkraft eines tüchtigen Volkes. (*Landesrat Hoffenreich: Herr Magister, dann müssen Sie aber mit dem Gewehr vorangehen!*) Ich kann Sie versichern, ich werde nicht zurückbleiben. Wenn wir ohne parteipolitische Rücksichtnahme bei nüchterner Betrachtung die Sache ansehen, dann muß es uns klar werden, daß durch schöne Worte uns keine Hilfe gebracht werden wird, denn wenn schöne Worte das vermöchten, dann hätte diese Hilfe während der vergangenen vier Jahre schon kommen müssen. Diese Hilfe kann nur durch die Tat erfolgen und dazu gehört eine tüchtige, gesunde und kräftige Jugend. Eben deshalb möchte ich auf ein Gebiet hinweisen, das bei uns im argen liegt und das ist das Turnwesen. Das Turnwesen ist im Burgenlande, besonders in den Volksschulen arg vernachlässigt. Wenn wir anstreben, daß eine tüchtige Jugend herangezogen werden soll — und da betone ich, eine körperlich, geistig und sittlich tüchtige Jugend - dann müssen wir unser Turnwesen heben, denn der Hauptwert des deutschen Turnens liegt nicht nur in der Kräftigung der Muskel, sondern darin, daß die Jugend auch geistig und sittlich erzogen wird. Daraus können wir ersehen, daß die Förderung des Turnwesens in unserer Heimat von großer Wichtigkeit ist und darum möchte ich bitten, auf diesen Zweig des Volksbildungswesens besondere Aufmerksamkeit zu richten. Ich konstatiere gleichzeitig mit Freude, daß die Landesregierung sich bereit erklärt hat, in dieser Hinsicht das möglichste zu tun.

Landesrat Prof. Walheim: Ich möchte nur mit einigen Worten auf die hier vorgebrachten Wünsche zurückkommen. Der Herr Abgeordnete Burgmann hat das Elend der Altpensionisten hervorgehoben. Uns ist dieses Elend wohl bekannt und ich habe in besonders krassen Fällen durch Gewährung von Vorschüssen Abhilfe zu schaffen gesucht. Wenn die Durchrechnung der Altpensionisten noch nicht erfolgt ist, so müssen Sie, meine Herren, berücksichtigen, daß die Lehrer nicht allein behandelt werden können, sondern nur im Zusammenhange mit der ganzen Besoldungsfrage. Das Besoldungsgesetz regelt auch die Frage der Altpensionisten. Ich bedaure gleichfalls, daß die Altpensionisten schlechter gestellt sein sollen, als jene, die erst jetzt in Pension gehen.

Wir können aber nicht anders vorgehen als die anderen Länder. Wenn aber der hohe Landtag eine günstigere Fassung in dieser Hinsicht beschließen sollte, so bin ich mit diesem Schritt gewiß einver-

standen. Das Volksbildungswesen im Burgenland ist noch ein sehr weites Arbeitsfeld. In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, daß wir bereits vom Kultusministerium in Wien aufgefordert wurden, Vorschläge wegen Ernennung eines Volksbildungsreferenten zu erstatten. Die Landesregierung wird sich damit in einer ihrer nächsten Sitzungen beschäftigen und wegen Ernennung des Schulreferenten auch die Vorschläge erstatten.

Wenn hier eine verhältnismäßig geringe Post für die Anschaffung von Büchern eingesetzt ist, so hat das darin seinen Grund, daß vorderhand noch ungarische Bestimmungen gelten, wonach Einschreibgebühren an Schulen eingehoben werden, die wir heuer durch Regierungsbeschluß erhöht haben und wodurch sehr namhafte Beträge eingegangen sind, die von den verschiedenen Lehrkörpern für die Anschaffung von Büchern verwendet wurden.

Das Turnwesen wurde in Ungarn nicht berücksichtigt. Wir hatten bereits im Finanzausschusse Gelegenheit, über die Zustände im Turnwesen zu reden. Es liegt arg darnieder. Wir haben im ganzen Burgenlande nur fünf Turnsäle, die zum Teil geleert und geplündert sind, da die Ungarn alle Turngeräte mitgenommen haben, unter anderem auch aus diesem Gebäude, wo die Militäroberrealschule untergebracht war. An den konfessionellen Schulen wurde das Turnen nicht gepflegt, von den Staatsschulen hat nur ein halbes Dutzend Turngeräte, die unvollkommen sind. In Pinkafeld, wo eine Schülerwerkstätte besteht, war einer der dortigen Lehrer in seiner Jugend Tischler und die Schüler haben unter Anleitung dieses Lehrers die Turngeräte selbst verfertigt. Ich habe in der Landesregierung seinerzeit den Antrag gestellt, in den Landesvoranschlag 20 bis 90 Millionen zur Anschaffung von Turngeräten für unsere Schulen einzusetzen, man hat versprochen, diesen Betrag zu Anfang des nächsten Budgetjahres flüssig zu machen und wir werden trachten, unsere Volksschulen mit den notwendigsten Turngeräten zu versehen. Wir werden auch bestrebt sein, die Turnvereine in jeder Richtung zu unterstützen, dessen kann ich Sie versichern. (*Beifall.*)

Berichterstatter Stesgal: Ich habe den Ausführungen des Herrn Professors Walheim nichts mehr hinzuzufügen.

Dritter Präsident (*Abstimmung*): Das 4. Hauptstück, ist angenommen. 5. Hauptstück: „Landesvermögen“.

Berichterstatter Stesgal: Erfordernis 5 Millionen, Bedeckung 8 Milliarden.

Dritter Präsident (*Abstimmung*): Angenommen. 6. Hauptstück: „Landesmittel.“

Berichterstatter Stesgal: Erfordernis 5.543,000.000 K, Bedeckung 3.832,500.000 K. Dann möchte ich auch um Annahme des folgenden, vom Finanzausschüsse genehmigten Antrages bitten (*liest*):

„Die beiden Kredite im 6. Hauptstück, Zweig 3 im Betrage von 5.542.000.000 K und im 9. Hauptstück, außerordentliches Erfordernis im Betrage von 1,400,000:600 K werden als zweijährige Kredite erklärt.“

Dritter Präsident: Ich bitte wer für das 6. Hauptstück und den Antrag des Referenten ist, wolle sich von den Sitzen erheben. Angenommen.

Berichterstatter Stesgal: Das 7. Hauptstück "Land- und Forstwirtschaft" weist ein Erfordernis von 47,700.000 K und eine Bedeckung von 2 Millionen auf.

Präsident Wimmer: Im 7. Hauptstück finden wir eine ganze Menge Punkte aufgezählt, die allerdings nicht besonders dotiert sind, nichts finden wir aber für die Arbeiterschaft, die in der Landwirtschaft tätig ist.

Wenn ich auch anerkenne, daß im Punkt 1, der vom Bildungswesen: „Verbreitung von Bildungs-

mitteln", „Wanderunterricht" spricht, 1 Million Kronen eingestellt ist - von der bis jetzt nichts ausgegeben ist und in den nächsten sechs Wochen auch nicht mehr viel gebraucht werden wird - so muß diese Post im nächsten Jahr doch ganz anders dotiert werden, da wir wünschen, daß das Bildungswesen in der Landwirtschaft die größte Verbreitung finde und es möglich gemacht werden muß, daß die Kinder unserer Kleinbauern und Landarbeiter, die die Fähigkeit dazu haben, eine höhere Schule zu besuchen, die den Zweck hat, tüchtige Landwirte heranzubilden. Wenn für diese Kinder die Mittel von deren Eltern nicht aus eigenem aufgebracht werden können, so müssen Landesmittel da sein, damit sie diese Schulen besuchen können. Wir sind daran interessiert, daß unsere Land- und Forstwirtschaft die tüchtigsten und besten Kräfte hervorbringt, weil dieser Zweig einer der wichtigsten im Staate ist, von dem es abhängen wird, ob wir als selbständiger Staat existenzfähig bleiben. Infolge der Zusammensetzung unseres Nationalrates, wo die Bauernvertreter einen überragenden Einfluß ausüben (*Landesrat Walter: Die Christlichsozialen!*) — ich unterstreiche das „christlichsozial", auch die Parteifreunde des Herrn Landesrates Walter unterscheiden sich nicht besonders von den andern — werden alle sozialpolitischen Angelegenheiten der Landarbeiterschaft nicht im Nationalrat behandelt, sondern den Ländern überwiesen, die Landarbeiterschaft ist ausschließlich darauf angewiesen, wie stark in den Landtagen die Vertreter der Arbeiter sind und wie groß die Einsicht unserer Gegner für das Notwendige ist. Es ist bei uns bis jetzt für die Landarbeiter nichts geschehen, weil wir schon bei dem ersten Versuche, die dienstlichen Verhältnisse der Landarbeiter in gesetzliche Bahnen zu lenken, auf den hartnäckigsten Widerstand der agrarischen Kreise gestoßen sind. Als wir einen Gesetzentwurf einbrachten, der wahrscheinlich, wenn er angenommen worden wäre, unsere Landwirtschaft nicht im geringsten gefährdet hätte, wurde dieser damit beantwortet, daß man einen andern unterbreitete, der den unseren vollständig erschlägt. So ist es gekommen, daß im Burgenlande das Arbeitsverhältnis der Landarbeiterschaft bis jetzt nicht gesetzlich geregelt werden konnte. Es wird gerade jetzt im Herbst, in der sogenannten arbeitsschwachen Zeit, bitter empfunden, daß keine gesetzliche Handhabe da ist, um der Arbeiterschaft Schutz zu bieten. Wir haben eine Macht, die unserer Organisation, mit der wir die Arbeiter gegen Unternehmerwillkür schützen können, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß nicht immer und ausschließlich die Macht der gewerkschaftlichen Organisation es sein soll, die den Unternehmer zur Erkenntnis dessen bringt, was er den Arbeitern gegenüber für Pflichten hat. Wir wollen eine gesetzliche Handhabe haben, dieselbe ist im Interesse der Arbeitgeber ebenfalls gelegen. Mit einsichtigen Unternehmern haben wir nie Konflikte, mit denen ist immer eine friedliche Einigung möglich, aber das sind wenige; gerade das Burgenland scheint kein geeigneter Boden zu sein, wo diese Herrschaften besser gedeihen würden. Es ist ausgeschlossen, daß die Landarbeiter weiter Heloten bleiben, sie müssen genau dieselben Rechte bekommen, wie die industrielle Arbeiterschaft, und zwar in gesetzlicher Form. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung ist heute auf die Landarbeiterschaft nicht anwendbar, weil die agrarischen Vertreter im Abgeordnetenhaus die Gesetze so machen, daß ihre Arbeiterschaft nicht einbezogen wird. Wir werden nicht früher ruhen, bevor nicht die ganzen sozialpolitischen Angelegenheiten der Landarbeiter vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft an das Ministerium für soziale Verwaltung übertragen werden. Wenn dort ein noch so reaktionärer Minister sitzt, so wird er doch den notwendigen Dingen leichter zugänglich sein, weil er wenigstens die Materie beherrscht und sich um alle diese Dinge kümmert, während das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft diese Fragen als Anhängsel betrachtet und sich darum nur kümmert, wenn wieder einmal ein Rippenstoß von irgendeiner Seite kommt. Die bäuerlichen Vertreter müssen sich einmal zu der Erkenntnis durchringen, daß es auch in ihrem Interesse ist, die landwirtschaftlichen Arbeiter auf das gleiche Niveau zu heben, auf dem die industrielle Arbeiterschaft heute ist. Wenn von der Hebung unserer Landwirtschaft die Rede ist, müssen wir zugleich sagen, daß sie nur dann wirklich erfolgen kann, wenn das wirtschaftliche und geistige Niveau der Landarbeiterschaft bedeutend gehoben wird. (*Zustimmung.*)

Sie werden nur dann arbeitsfreudige und arbeitswillige Arbeiter bekommen, wenn die Arbeiter halbwegs anständig leben können, und wenn sie entsprechend herangebildet werden und verstehen, daß sie nicht ein stummes Werkzeug der landwirtschaftlichen Maschinerie sind, sondern ein lebendiges

Glied der Gesellschaft, das im Dienste der Allgemeinheit seine Arbeit leistet. Je höher das geistige Niveau der Arbeiter, desto besser auch für die Landwirte. Von uns wird alles getan werden und kein Mittel unversucht bleiben, das eine Hebung des geistigen und materiellen Niveaus der Landarbeiter bewirkt. Wir wissen, daß dort, wo es nicht vertraglich geregelt ist, noch immer eine übermäßig lange Arbeitszeit besteht, die Landwirte fürchten, daß wie wir zur Macht gelangen würden, der Achtstundentag auch für sie kommt. Diese Furcht ist unbegründet, denn wir wissen, daß bei den heutigen Produktionsmitteln und Arbeitsmethoden in der Landwirtschaft mit der achtstündigen Arbeitszeit nicht auszukommen ist. Es würde aber auch den Bauern nicht schaden, wenn sie eine kürzere Arbeitszeit hätten und die freie Zeit zu ihrer Ausbildung benutzen könnten, weil dann ihr geistiger Horizont größer wäre, als heute. Das kann aber nur geschehen, wenn sie sich von ihrer alten Produktionsmethode freimachen und zu einer modernen übergehen. Wenn damit dem Boden mehr abgerungen werden kann als früher, dann werden sie auch die kürzere Arbeitszeit akzeptieren können. Wir stehen mitten im Leben drin und wissen woran die Landwirtschaft krankt, wir würden die Interessen unserer Leute viel weniger wirksam vertreten können, wenn wir nur Aktenmenschen wären und uns um das wirkliche Leben der Arbeiter nicht kümmern würden. Ich möchte nochmals hervorheben, daß die österreichische Bauernschaft im ureigensten Interesse sich dazu wird bequemen müssen, eine moderne Feldbestellung vorzunehmen. Viele glauben, daß in demselben Momente, wo sie sich einer vernünftigen Bewirtschaftung ihres Grundes und Bodens widmen, ihre Besitzrechte gestört werden könnten. Wir werden trotzdem zur Planwirtschaft und zur großen genossenschaftlichen Bewirtschaftung kommen müssen, und zwar im Interesse unserer ganzen Volkswirtschaft. Ich bin zwar kein Katholik, aber ich war früher einer und habe auch die Bibel gelesen. (*Heiterkeit und Zwischenrufe*) Der Herr Abgeordnete Gangl lacht darüber, daß es noch welche gibt, die die Bibel kennen. (*Zwischenrufe.*) Ich kann mich erinnern, daß in der Bibel ein Kapitel über die sieben fetten und die sieben mageren Jahre steht.

Vergessen Sie nicht, meine Herren, daß die sieben fetten Jahre auch für Sie nicht ewig dauern werden und daß diesen, besonders wenn Seipels Finanzplan durchgeht, sieben magere Jahre folgen werden. (*Zwischenrufe.*) Der Seipel ist viel gescheiter als ihr, er hat euren Leuten nachgegeben und Ihnen den Sanierungsplan mundgerecht gemacht, aber ob es der Seipel ist oder ein Seiperl (*stürmische Heiterkeit.*), der das machen wird, eines ist sicher, daß er sich von dem Obervormund, der da vom Ausland kommt, die entsprechenden Aufträge wird geben lassen und Ihnen dann der Brotkorb entsprechend höher gehängt werden wird. Wenn dann die mageren Jahre kommen, wird man sich zu einer modernen Bewirtschaftung verstehen müssen. Die Opfer, die auch die Landwirtschaft bringen muß, werden nicht von der Arbeiterschaft allein, sondern sie werden von den Bauern ebenfalls gebracht werden müssen. Sie werden es auch so können, wenn sie unsere Landwirtschaft auf neuzeitliche moderne Grundlagen stellen. (*Rufe: Das geschieht schon sehr oft. - Abgeordneter Gangl: Siehe Neusiedler Bezirk!*) Zum Teil besteht ja eine solche im Lande, es ist aber nicht bestimmend, ob ein Teil schon sehr gut die Landwirtschaft betreibt, entscheidend ist, daß die überwiegende Mehrheit so arbeitet. Es muß eben der größte Teil der Landwirtschaft zu modernen Produktionsmitteln übergeführt werden. Wir wissen, daß die niederösterreichischen Bauern — das sei zu ihrer Ehre gesagt — hier an der Spitze marschieren und dadurch imstande sind, ihren Interessen am besten zu dienen.

Soweit es an uns liegt, werden wir jederzeit für die Förderung der Landwirtschaft eintreten, da das auch im Interesse der Arbeiter gelegen ist. Wir wollen, daß unsere Landwirte auskömmlich leben können und daher nicht schwerer belastet werden dürfen, als sie ertragen können. Wir werden uns aber jederzeit und mit allen Mitteln dagegen wehren, daß sie sich ihren Verpflichtungen, die sie gegenüber dem Staat und dem Lande haben, in irgendeiner Form entziehen. (*Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.*)

Landesrat Walter: Es ist mir von seiten des Herrn Präsidenten Wimmer der Vorwurf gemacht worden, daß ich hauptsächlich Schuld daran trage, daß das Burgenland heute noch keine Landarbeiterordnung besitzt. (*Ruf: Da hat er wirklich nicht unrecht!*) Ich möchte den hohen Landtag darauf aufmerksam machen, daß auf die Initiative des Herrn Abgeordneten Wimmer allerdings in einer der ersten

Sitzungen ein Antrag eingebracht wurde, die Landesregierung möge sich mit dem Entwurf einer Landarbeiterordnung befassen. Das ist auch geschehen, und ich glaube, daß die Herren der sozialdemokratischen Partei, die einen eigenen Entwurf ausgearbeitet haben, wissen, daß die Sache nicht so einfach zu machen ist und daß ein derartiger Entwurf nicht in einem Tag und auch nicht in einer Woche fertigzustellen ist, wenn man nicht gerade das Schema eines andern Landes übernehmen will. Nun hat sich aber etwas ganz Sonderbares und im parlamentarischen Leben sonst nicht Übliches ereignet, das hier festgehalten werden muß. Während der erste Antrag der sozialdemokratischen Partei dahin gelautet hat, die Landesregierung möge sich mit dem Entwurf einer Landarbeiterordnung befassen, hat es dieselbe Partei für notwendig befunden, einen eigenen Initiativantrag, der ihren programmatischen Grundsätzen entspricht, auszuarbeiten und im Landtag einzubringen. Nun haben wir trotzdem den Entwurf, den ich verfaßt habe, den verschiedenen Parteien des Landtages zur Kenntnis gebracht.

Ich, weiß nicht, ob die verschiedenen Klubs dazu Stellung genommen haben, jedenfalls ist die Angelegenheit auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen zurückgestellt worden. Sie haben Ihren Entwurf im Ausschusse nicht und ich habe meinen Entwurf nicht in der Regierungssitzung zur Verhandlung gebracht. Ich glaube aber, wir sind alle darin einig, daß wir einer Landarbeiterordnung schon in der allernächsten Zeit nicht entbehren können und auch nicht entbehren wollen. Über die Grundfragen sind wir uns einig, und Sie wissen genau, daß Ihr Entwurf geeignet ist, den Explosionsstoff zur Entzündung zu bringen; ich bin überzeugt, wenn gegenseitig private Verhandlungen eingeleitet, daß wir auch zu einem Einverständnis kommen werden.

Herr Präsident Wimmer hat betont, daß eine Zeit kommen werde, wo man auch den besitzenden Agrariern den Brotkorb etwas höher hängen wird; da mache ich aufmerksam, daß der Brotkorb des besitzenden Agrariers im Burgenlande heute schon ziemlich hoch gehängt ist.

Ich glaube nicht, daß Seipel ein Ränkespiel betreiben wird, daß er eine Irreführung begehen wird in dem Sinne, daß er die agrarischen Forderungen nicht so berücksichtigen würde, wie man es den Landwirten schon zugesagt.

Alle Forderungen sind heute noch nicht bewilligt worden, aber jedenfalls wird Bundeskanzler Seipel — auf dessen Meinung es nicht ankommt, sondern, es kommt auf die Meinung der Mehrheit und der Regierung an — den Agrariern den Brotkorb nicht so hoch hängen, daß dadurch die Produktion gedrosselt wird, denn dann würden die nichtbesitzenden Proletarier mit den besitzenden „Agrariern“ verhungern. (*Abgeordneter Hoffenreich: Wenn die Landwirtschaft belastet ist, ist sie gezwungen, intensiver zu produzieren, um weiter leben zu können!*) oder sie beschränkt die Produktion auf die Familie (*Abgeordneter Mosler: Dann kann er nicht die Steuern zahlen!*), dann wird der Bauer die Dienstboten entlassen und sie werden arbeits- und brotlos werden. (*Widerspruch.*) Die Landarbeiterfrage ist nicht etwas Besonderes in dem Kapitel Landwirtschaft, sondern das Landvolk ist eine Einheit. (*Widerspruch links.- Abgeordneter Mosler: Die Klassengegensätze sind noch noch schärfer als in den Städten!*) Die haben Sie künstlich konstruiert, aber die Landwirtschaft ist und bleibt eine Einheit, und wir alle sind an dem Wohlergehen dieser Einheit interessiert. (*Ruf links: Je mehr der Großgrundbesitzer Steuern zahlen muß, desto mehr muß er arbeiten!*) Er kann auch maschinell arbeiten oder billigere Arbeitskräfte importieren. Das ist in Deutschland und Frankreich der Fall gewesen, so daß ihre Leute dort sich veranlaßt sahen, einen Zoll für die Arbeitskräfte in Erwägung zu ziehen (*Abgeordneter Mosler: Das ist kapitalistisch!*) Freilich, Sie sagen, daß diese Verbilligung der Arbeitskräfte den Großgrundbesitzern zugute kommt, andererseits rasonieren Ihre Genossen aber über die hohen Preise landwirtschaftlicher Artikel.

Heute ist nicht der Tag dazu, daß wir uns mit dem Meritum dieser Frage beschäftigen. Bei Behandlung dieser Frage wird es vielleicht zu scharfen Auseinandersetzungen kommen, aber es wird sich ein Weg finden müssen, weil wir in der Landarbeiterfrage eben vor einem Nichts stehen. Es ist klar, daß eine Landarbeiterordnung den spezifischen Verhältnissen des Landes angepaßt sein muß und daß mit derselben keine Experimente gemacht werden dürfen, wie sie in dem sozialdemokratischen Entwurfe vorgesehen sind, zum Beispiel eine sieben- bis neunstündige Arbeitszeit dürfte im Burgenland als ein Experiment bezeichnet, werden. (*Rufe links: Das ist ja der Durchschnitt! Zu Weihnachten wird man*

ja nicht sieben Stunden arbeiten!) Etwa zur Erntezeit? (*Heiterkeit.*) Daraus ist nur zu entnehmen, daß durch gegenseitige Aussprache leicht eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielt werden kann.

Abgeordneter Meixner: Wir burgenländischen Landwirte sind nicht daran schuld, daß wir nicht auf dem hohen Niveau der niederösterreichischen Landwirte stehen. Der niederösterreichische Landwirt konnte die jeweilige Nachkriegskonjunktur entsprechend ausnutzen, er konnte Investitionen in seiner Wirtschaft machen, wir aber haben den Kommunismus gehabt, für uns war das nicht möglich. Was dann unsere Finanzverhältnisse gegenüber andern Bundesländern anlangt, so haben wir das Sowjetgeld gehabt, wo wir 75 Prozent eingebüßt haben, außerdem wurden 50 Prozent von dem gesetzlichen Gelde durch die Abstempelung eingezogen, und es war uns ganz unmöglich, die nötigen Maschinen anzuschaffen und Verbesserungen in der Produktion zu machen.

Dem Herrn Abgeordneten Till wird es bekannt sein, daß die Ungarn noch im letzten Moment die Leitha regulieren wollten, nachdem aber kein Geld mehr da war, konnte man aber nicht einmal mehr dies tun. Was die Arbeiterschaft betrifft, so ist sie leider nicht so organisiert wie in Niederösterreich. Die niederösterreichischen Arbeiter haben pro Joch Rüben für das erstemal Behacken 7000, dann 11.000 und dann 9000 K bekommen. Was würde im Burgenlande bezahlt? 8 bis 10 Kilogramm Weizen pro Tag. Man kann auch nicht immer sagen: Mehrproduktion, die Produktion kann gehoben werden durch intensivere Wirtschaft. Oft ist das Gegenteil der Fall, das hängt von den örtlichen Verhältnissen ab. Man kann nicht in einer 20 Kilometer von der Bahn entlegenen Wirtschaft Mehrproduktion einführen, man muß so arbeiten, daß die Produkte an Ort und Stelle aufgearbeitet werden können. Darum muß auch das Bildungswesen entsprechend ausgebaut werden, dann wird man auch den Arbeitgebern die Sache erleichtern. Die meisten Missverständnisse im Burgenland entstehen nach meiner Ansicht durch die Unwissenheit in bezug auf die Wirtschaftsweise.

Wo die Dreifelderwirtschaft besteht, kann man sich selbst ausrechnen, welches Kapital da verloren geht.

Wenn Herr Landesrat Hoffenreich sagt, man könnte infolge der Intensivierung mehr Arbeiter einstellen, so geht das nur bis zu einem gewissen Grade, denn sonst belastet man nur die Landwirtschaft: Wenn einer 1000 Joch und nicht das nötige Betriebskapital hat, so wird er mit seinem Grund nichts machen können. Es nutzt auch nichts, wenn jemand durch Bodenreform 10 Joch Grund bekommt, er braucht ja auch Pferde, einen Pflug und sonstigen Besitz, und wenn er das alles anschafft, ist er so belastet, daß er, wenn er auch alles verkauft, noch Schulden hat.

Ich kann auch nicht dem Herrn Vorredner Wimmer zustimmen, der sagt, wenn die Arbeiterschaft ihre Forderungen erreicht, wird man besser wirtschaften, darauf kann ich nur sagen: man müsse den Arbeitsgrad der Arbeiter heben.

Dritter Präsident: Bevor ich dem nächstem Redner das Wort gebe, möchte ich die Redner ersuchen, vom Referententisch aus zu sprechen, weil dies die Arbeit der Stenographen bedeutend erleichtert.

Abgeordneter Koch: Nachdem die Christlichsozialen wirklich eine Partei aller Stände sind, fühle ich mich verpflichtet, auch im Namen der Bauernschaft zu sprechen. Ein kleiner Bauer bin ich ja auch. Ich danke dem Herrn Präsidenten dafür, daß er es offen ausgesprochen hat, daß die Bauern 16 Stunden arbeiten müssen. (*Zwischenrufe.*) Das wird doch keinen Widerspruch erregen, wenn ich ihm danke. Trotzdem der Kleinbauer aber 16 Stunden arbeitet, wird ihm der Brotkorb nicht viel niedriger gehängt. Trotzdem ich ein Kleinbauer bin, kann ich nicht dick werden. (*Heiterkeit.*) Der Sieben- bis Achtstundentag ist vielleicht notwendig für Leute, die unter der Erde arbeiten müssen oder neben einem heißen Kessel stehen, und die habe ich immer bedauert, aber bei der Landarbeit muß man auch an die schöne Zeit denken und sie ausnutzen. Ich kenne Kleinbauern, die zur Zeit der Heu- und Fruchternte noch Leute aufnehmen müssen - und so Arbeitgeber werden. Werden diese Leute dann nur sieben Stunden arbeiten oder 16 wie der Kleinbauer selbst? (*Abgeordneter Wimmer: Lesen Sie nur unsere Verträge,*

dann werden Sie eines Besseren belehrt werden!) Ich rede nur von der Verordnung, die kommen soll. Ich muß es auch sehr anerkennen, daß der Herr Präsident unseren Herrn Bundeskanzler Seipel für sehr geschickt gefunden hat, das ist auch eine Anerkennung für unsere Partei, da unser Oberster, noch gescheiter ist als die andern. *(Heiterkeit.)* Ich erkenne auch an, daß der Herr Präsident betont hat, daß der niederösterreichische Bauernstand am besten organisiert ist. Er hat seine Lagerhausgenossenschaften, und ist daher imstande gewesen, zu einer Zeit, wo wir im Burgenlande nicht imstande waren, uns Kunstdünger zu beschaffen, den Mitgliedern durch das Lagerhaus Kunstdünger beizustellen. Der Herr Präsident hat vollkommen recht, wenn er sagt, es wäre besser, weniger Theorien zu betreiben; er hat darauf verwiesen, daß in Österreich die sechs Millionen Meterzentner, die uns zur Ernährung fehlen, durch eine bessere Bodenbewirtschaftung eingebracht werden könnten, so daß wir nichts einführen müßten. Ich habe darüber auch in Gemeinden gesprochen, wo sehr viele Sozialdemokraten waren. Ich habe dort Versammlungen abgehalten, wobei es vorher geheißen hat, daß ich hinausgeschmissen werde. In Wirklichkeit aber ist nicht einmal ein Zwischenruf gemacht worden *(Landesrat Hoffenreich: Wenn Sie geschickt reden, ist es selbstverständlich!)*

Ich möchte auch bemerken, daß wir in Mattersdorf, nachdem wir uns dem Niederösterreichischen Bauernbund angeschlossen haben, eine Lagerhausgenossenschaft gegründet haben. *(Landesrat Hoffenreich: Ihr macht aus der wirtschaftlichen Organisation immer gleich eine Parteiorganisation!)* Wir machen es so wie Ihr es mit den Arbeitergewerkschaften macht.

Da handelt es sich auch immer nur um Politik. Wir haben es also von euch gelernt. *(Heiterkeit.)*

Wir haben in unserem Bezirke Meterzentner Kunstdünger eingeführt, und ich glaube, daß wir damit eine höhere Produktion erreichen werden. *(Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.)*

Das wird sich erst zeigen, aber wir sind in dieser Beziehung nicht immer hinter den Sozialdemokraten zurück: *(Landesrat Hoffenreich: Und die 8.000, die bei der Wahl nicht bei uns auf der Listen waren!)* Das war nicht so gefährlich . . . *(Landesrat Hoffenreich: In Mattersdorf waren allein 400!)* denn auch von den größten Bauern waren nicht alle darauf, es waren sogar einige darauf, die nicht in Mattersdorf gewohnt haben. Überhaupt habt Ihr dabei keinen größeren Schaden gehabt als wir.

(Landesrat Hoffenreich: Dann war einer dabei der zu spät gekommen ist. - Zahlreiche Zwischenrufe und Unruhe.) Das war der Herr Landesrat selbst, der mit dem Wahlkommissär beinahe handgemein geworden wäre. Ich glaube, daß wir hier einen Obstruktionskampf haben, ich sehe aber, daß es in Wirklichkeit sich um eine Prüfung für die sozialdemokratischen Abgeordneten handelt, ob jeder von ihnen reden kann oder nicht. *(Landesrat Hoffenreich: Sie haben vorzüglich geredet, Sie haben einen Einsen bekommen! - Lebhaftige Heiterkeit.)* Ich möchte also nur betonen, daß der burgenländische Kleinbauernstand zu bedauern ist und daß keiner von ihnen um 16.000 K schnapsen kann, während andere schon um 20.000 K geschnapst haben. Ich will nicht sagen, welcher Partei sie angehört haben, aber von unserer Partei waren sie nicht und Bauernbündler waren sie auch nicht. *(Stürmische Heiterkeit.)*

Wir haben noch einige Kapitel zu besprechen, und deswegen glaube ich, daß ich schließen soll. Der Herr Präsident wird mit mir zufrieden sein, daß ich ihn gelobt habe; er ist ja unser Oberbonze und soll deswegen bedenken, wenn wir Gesetze über die Landarbeiter machen wollen, daß dabei die Bauern berücksichtigt werden müssen, weil unser Brotkorb ohnedies schon zu hoch hängt. *(Beifall bei den Christlichsozialen.)*

Abgeordneter Enzenberger: Hoher Landtag! Ich kann die Haltung einer kleinen Agrarpartei in dieses Frage wohl begreifen. Ein kleiner Bauer hat gewöhnlich sehr viele Kinder und ist nicht imstande, einem jeden seiner Kinder eine eigene Wirtschaft zu hinterlassen. Seine Anderen müssen also als Landarbeiter hinausgehen. Ich möchte aber aufmerksam machen, daß solche Glücksringe für die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht allzu stark geschmiedet werden sollen, denn sonst würden diese kleinen Bauern trachten, von einem solchen Glücksringe loszukommen. Es kommen in dieser Hinsicht sehr viele Beschwerden vor, ich muß aber zugeben, daß ich selbst Landwirtschaften kenne, wo die Leute sehr gut besoldet werden, namentlich dort, wo die Wirtschaft in der Nähe eines Großagrariers gelegen ist. Dann darf man nicht vergessen, daß der Mann nebst seiner Wohnung auch 4 Klafter Holz,

16 Meterzentner Frucht, dann 2 Liter Milch täglich und 1 1/2 Joch Feld hat. Überdies hat er noch Bezüge an Geld, weshalb ein solcher Arbeiter sich nicht zu beklagen braucht. Wenn er aber auch diese Vorteile hat, so läßt er sich doch manchmal verlocken und fängt an zu streiken, und wie schaut dann die Sache aus. Der Arbeiter kann dann seinen Dienst verlieren und an seine Stelle kommt irgendein Professionist, ein Schneider oder Schuster, der die landwirtschaftliche Arbeit nicht gelernt hat und nur vom Sehen aus glaubt, daß er es leisten kann, mit einem Paar Ochsen oder Pferden auf das Feld zu fahren. Er versteht es gar nicht, er weiß nicht, daß zum Beispiel ich als Kleinagrарier drei bis vier Fuhren heimführen muß, weil der Glücksring zu groß geschmiedet wird für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Man kann vielleicht selbst hineinspringen und landwirtschaftlicher Arbeiter werden.

Ich kann nur ein Gesetz begrüßen, wenn es gut für die landwirtschaftlichen Arbeiter gemacht wird, jedoch in der Art, daß sie es verstehen werden und daß sie nicht leichtsinnig und faul werden. Das wäre für sie selbst und die Landwirtschaft ein großer Nachteil. (*Beifall.*)

Dritter Präsident: Ich möchte aufmerksam machen, daß wir in der Spezialdebatte sind.

Abgeordneter Till: Auf Grund dieser Mahnung verzichte ich auf das Wort.

Dritter Präsident: Da der Herr Berichterstatter auf das Schlußwort verzichtet, schreiten wir zur Abstimmung über das 7. Hauptstück. (*Geschieht.*) Angenommen.

Berichterstatter Stesgal: Bei Hauptstück 8 „Gewerbeförderung“ sind 2,800.000 K eingesetzt.

(*Präsident Wimmer übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Koch: Wir haben gestern im Ausschusse den ursprünglichen Betrag um 2 Millionen erhöht, das war auch selbstverständlich, denn im Burgenlande sind im kleinsten Bezirke beinahe 1000 Gewerbetreibende vorhanden. Ein ganzes Jahr hänge ich schon daran, mit für die Gewerbetreibenden etwas zu machen, habe aber nichts erreichen können. In erster Linie muß das Gewerbe in Genossenschaften zusammengelegt werden; diesbezüglich wurden schon schwere Kämpfe geführt, verschiedene Deputationen gingen bis zum Handelsminister und glaubte man, daß ehestens Genossenschaften im Burgenland aufgestellt werden. Es ist uns versichert worden, daß das Gesetz halb und halb der Landesregierung übersendet worden ist und daß ehestens Genossenschaftsinspektoren angestellt werden. Seit dem sind schon vier bis fünf Wochen vergangen und man spürt nichts, vielleicht wird das noch ein halbes Jahr dauern. Das Gewerbe braucht eine Genossenschaft, sonst müßte man es parteipolitisch vereinigen. Ich bin nur nicht klar, ob der Genossenschaftsinstruktor vom Land oder vom Bunde bezahlt wird. (*Ruf: Vom Bund!*) Wir könnten ihn mit dem präliminierten Betrag ohnehin nicht bezahlen. Auf jeden Fall möchte ich bitten, daß im nächsten Budget mehr für die Gewerbetreibenden gesorgt wird. Im Burgenlande haben die Gewerbetreibenden höchstens zwei Lehrbuben und Gesellen, und sie sind viel schlechter daran als die Industriearbeiter, die wenigstens gegen Krankheit versichert sind. (*Abgeordneter Mosler: Sie können sich ja auch freiwillig versichern lassen!*) Wenn man die Genossenschaften im Frühjahr aufgestellt hätte, so hätte man jetzt schon die Genossenschaftskrankenkassen. Wir haben sogar schon die Statuten eingereicht, sind aber noch nicht bestätigt. Man hat gesagt, es geschieht deshalb nichts, weil die Rechtsangleichung im Burgenlande noch nicht erfolgt ist.

Im ganzen Burgenland ist keine Gewerbe- und Fortbildungsschule, und als ich in der Verwaltungsstelle war, habe ich den Antrag gestellt, daß für das Baufach eine Schule errichtet werde. Nichts ist geschehen, und es wird sich nichts machen lassen.

Abgeordneter Mosler: Ich finde es etwas sonderbar, wie gestern die Gewerbeförderung behandelt wurde; es wurde gar nicht viel darüber gesprochen. Von den Christlichsozialen wurde kein Wort gesagt, im Gegenteil wurde vom Finanzreferenten, der auch Mitglied der christlichsozialen Partei ist, schon

früher gesagt, daß diese 800.000 K eingestellt wurden, ohne eigentlich zu bemerken, wofür sie sind, nur aus finanztechnischen Gründen. Dasselbe war auch gestern im Finanzausschusse. Man ist über die Sache einfach hinweggegangen. Erst als wir Sozialdemokraten den Antrag stellten, die Post auf 2,800.000 K zu erhöhen, sind die christlichsozialen Gewerbetreiber lebendig geworden. Ich tue das andern Kollegen gegenüber gewöhnlich nicht, aber nachdem Kollege Koch die Gewohnheit hat, persönlich zu sprechen, muß ich sagen, daß er heute nichts anderes vorgebracht hat, als was ich gestern im Finanzausschusse zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages sagte. Wenn Herr Abgeordneter Koch meint, es sei für dieses Hauptstück keine Bedeckung da, so wird sie für diese zwei Millionen wohl leicht zu beschaffen sein. Im übrigen möge er sich den Kopf des Finanzreferenten nicht zerbrechen; wenn der Finanzreferent gestern der Erhöhung zugestimmt hat, wird er sicherlich auch eine Bedeckung haben. In einem hat Kollege Koch recht, wenn er meint, daß die Regierung in Wien, die damals, wie er mit den verschiedenen Deputationen dort war, geradeso christlichsozial und großdeutsch war wie heute, in bezug auf die Gewerbeförderung im Burgenlande sehr viel versäumt hat und daß die soziale Rechtsangleichung nicht nur für die industrielle Arbeiterschaft, sondern auch für die Bauern und Gewerbetreibenden förmlich sabotiert wurde. Wir haben eine ganze Reihe gewerblicher Gesetze, die im einzelnen vielleicht nicht so modern sind, wie sich manche vorstellen, aber für das Burgenland sicherlich eine Verbesserung bedeuten würden. Es wäre höchst notwendig, daß diese Dinge sofort gemacht werden, weil sie es ermöglichen würden, einen entsprechenden gewerblichen Nachwuchs heranzubilden. Man könnte viel über die soziale Stellung des Kleingewerbes sprechen, warum es seit zehn Jahren diesen ungeheuren Rückgang aufweist: einerseits durch das Emporkommen des Kapitalismus, dessen übermächtige Konkurrenz der Gewerbestand nicht aushält, und andererseits, weil die Maßnahmen des Staates verfehlt sind. Aber auch das Kleingewerbe hat verfehlt, dafür einzutreten, daß ein moderner Nachwuchs herangebildet wird, der der übermächtigen großindustriellen Industrie ein entsprechendes Gegengewicht bietet. Zum Teile wenigstens ermöglichen dies die gewerblichen Gesetze in Österreich, die leider das Burgenland noch nicht hat. Ich habe im Finanzausschusse gesagt und sage es auch hier wieder, daß sich durch diese Post sicherlich sehr viel im Burgenlande wird tun lassen, was deshalb wünschenswert ist, weil das hiesige Kleingewerbe besonders stark getroffen wird durch das wirtschaftliche Elend unserer Zeit und dadurch, daß wir ein reines Kleinbauernland sind, wo naturgemäß der Kleingewerbestand eine viel schlechtere Existenz hat, als in Industrieländern mit größerer Kaufkraft, Exportmöglichkeit und der Möglichkeit, die Waren in gediegener Weise herzustellen. Wir legen auch großen Wert darauf, daß das gewerbliche Bildungswesen ausgebaut wird, um die wirtschaftliche Konkurrenzmöglichkeit zu sichern, und dies kann nur geschehen, wenn auch der Nachwuchs ein entsprechender ist. Nun möchte ich auch einige Worte über die Krankenkassen sagen. Der Herr Abgeordnete Koch hat gemeint, daß die genossenschaftlichen Krankenkassen vorzuziehen seien. Alle Fachmänner, nicht nur die sozialdemokratischen, wissen, daß eine Krankenkasse heute nur leistungsfähig ist, wenn sie eine große finanzielle Tragfähigkeit hat. Gehen Sie nach Österreich und schauen Sie sich unsere großen Krankenkassen an, die Sanatorien, Lungenheilstätten, Wöchnerinnenheime und viele andere Heilstätten haben, die ihren Mitgliedern auch die Medikamente, Spezialbehandlungen mit Röntgenstrahlen und dergleichen bieten. Das kann natürlich nur dann sein, wenn man die vielen kleinen Krankenkassen eines Landes in eine große zusammenzieht.

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Wir sind bei der Gewerbeförderung.

Abgeordneter Mosler: Kollege Koch hat über die Krankenkassen gesprochen, und ich muß ihm antworten, was ihm recht ist, muß mir billig sein. Wir haben zum Beispiel in Wiener-Neustadt in letzter Zeit alle genossenschaftlichen Krankenkassen aufgelöst und eine große Kreiskrankenkasse gebildet. Ich kann es nicht begreifen, daß man hier an Stelle der Landeskrankenkasse Bezirks- und Genossenschaftskrankenkassen setzen will, von denen keine leistungsfähig sein würde. Ich bemerke hiebei, daß jeder freiwillig Mitglied werden und die Einrichtungen dieser Kasse mitgenießen kann.

Landesrat Dr. Ratz: Der erste Schritt der gewerblichen Rechtsangleichung ist die Einführung des österreichischen Genossenschaftswesens auf Grund der Angleichung des 7. Hauptstückes des österreichischen Gewerberechtes, nach welchem die Organisierung und Konstituierung der Genossenschaften erfolgt. Wenn Herr Abgeordnete Koch vielleicht mit Recht klagt, daß die Genossenschaftsinstruktoren bisher hier noch nicht erschienen sind, so kann ich ihn beruhigen, ich habe persönlich beim gewesenen Minister Angerer die Sache urgirt, so daß die vom Bunde bezahlten Instruktoren demnächst im Land erscheinen und die Organisierung der Genossenschaften sichern werden. An den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mosler möchte ich das eine richtig stellen:

Der Betrag, der ursprünglich mit 800.000 K eingesetzt war, wurde dann auf 2,8 Millionen Kronen erhöht, was teilweise auf meine Initiative zurückzuführen ist. Ich rechne mir das nicht als Verdienst an; wir haben diesen Antrag gestellt, weil bei dieser Summe uns der Gedanke gelehrt hat, einen Grundstock für die so sehr erwünschte Gewerbeförderung zu schaffen, und ich glaube, daß in dieser Beziehung alle Parteien des Hauses eines Sinnes und daß alle Herren der Ansicht sind, daß wir unserem heimischen Gewerbe, welches auf eine ruhmvolle Vergangenheit zurückblickt, dadurch eine schönere Zukunft schaffen werden. Obwohl das Gewerbewesen zum überwiegenden Teil eine Bundessache ist, so hat das Land auch hier ein sehr schönes Tätigkeitsgebiet. Ich habe schon im Finanzausschusse darauf hingewiesen, daß die Errichtung einer Gewerbeförderungsinstitution den Gegenstand unserer vollsten Aufmerksamkeit bilden soll und ich hoffe, daß wir schon demnächst zur Durchführung dieser Idee werden schreiten können. Ich bitte diese meine Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort, ich bitte demnach die Mitglieder des Hohen Hauses, welche für das 8. Hauptstück stimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das 8. Hauptstück ist genehmigt. Wir schreiten nunmehr zum 9. Hauptstück.

Berichterstatter Stegal: Das 9. Hauptstück betrifft das Verkehrswesen und die öffentlichen Bauten. Das Erfordernis beträgt: 1. Rate für den Bau der Straße Rust- Mörbisch 120.000.000 K, Baubeiträge zu andern Landesstraßen 1.260.000.000 K, zusammen 1.400.000.000 K; als Bedeckung stehen dem gegenüber die Beiträge der Gemeinden und Anrainer zum Bau der Straße Rust—Mörbisch 20.000.000 K.

Ich bitte um Ihre Genehmigung.

Frau Abgeordnete Zull: Hohes Haus! Wenn ich mich zum 9. Hauptstück "Straßenpflege" zum Worte gemeldet habe, so geschah es, weil es wünschenswert wäre, daß im nächsten Voranschlag auch ein Betrag für die Herstellung der Straße nach Pinggau eingesetzt werde. Diese Straße wird, solange die Bahn nicht fertiggestellt ist, ausschließlich von Burgenländern befahren und daher ist es Wunsch der Bevölkerung und Pflicht des Landes, daß diese Straße vom Burgenlande hergestellt werde. Es ist daher notwendig, daß im nächsten Voranschlag dafür eine entsprechende Post eingesetzt wird.

Abgeordneter Schneider: Hohes Haus! Es ist im Burgenlande bemerkenswert, daß fremde Bauunternehmer und Straßenmeister angestellt werden. So hat sich in Wolken-Prodersdorf ein Straßenmeister gemeldet, der bis heute noch nicht weiß, ob sein Gesuch berücksichtigt wurde. Ich möchte ersuchen, daß im Landesbauamt die Gesuche burgenländischer Leute mehr berücksichtigt werden, um nicht gezwungen zu werden, sich in der Fremde Arbeit zu suchen.

Landesrat Dr. Ratz: Ich kenne nicht den Inhalt des durch Herrn Abgeordneten Schneider erwähnten Gesuches. Aber ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, daß die Heranziehung der heimischen Arbeitskräfte eine selbstverständliche Pflicht und Aufgabe der Landesbaudirektion bildet. (*Ruf: Die auch eingehalten werden sollte!*) Gewiß, die auch eingehalten wird. (*Ruf: Es werden Leute von hier nach Kärnten geschickt!*)

Abgeordneter Vas: Hohes Haus! Diese Post im Hauptstücke 9 des Voranschlags hat mich sehr interessiert. Es ist hier die Rede vom Bau der Straße von Rust nach Mörbisch. Es sind über Straßenbauten schon sehr viele Anträge, darunter auch Dringlichkeitsanträge eingebracht worden, weil es eben sehr notwendig ist, Straßen, besonders im südlichen Burgenland, auszubauen. Bisher sind solche Anträge immer im Hause behandelt worden. Gestern aber sind zwei Dringlichkeitsanträge meiner Partei dem Finanzausschusse zugewiesen worden. Ich weiß nicht, ob die Herren sich im südlichen Burgenland auskennen. Wir haben dort die Straßen von Güssing - Sulz - Fürstenfeld und Güssing - Langzeil - Heiligenkreuz, die in einem furchtbaren Zustand sind. Die Hagelschäden im letzten Sommer haben die Straßen im Güssinger und Jennersdorfer Bezirk ruiniert und unser guter Herr Landeshauptmann war mit dem Herrn Landesrat Walter in Güssing und hat Vertreter verschiedener Parteien zu einer Besprechung zusammengerufen und hat ihnen zugesagt, daß sie gewisse Beiträge aus Bundesmitteln erhalten werden. Wie ich aber später erfahren habe, hat der Finanzreferent des Burgenlandes für die durch den Hagel Geschädigten nichts heraus schlagen können, während in Steiermark, wo die Hagelschäden nicht so bedeutend waren, 700 Millionen aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt wurden. Wir im Burgenlande haben vom Bunde nichts bekommen und mußten daher mit der Selbsthilfe einsetzen.

Vor einigen Tagen traf ich mit dem Herrn Nationalrat Binder in Rechnitz zusammen und der hat mir erklärt, daß er für Rechnitz vom Finanzminister 40 Millionen erhalten hat. (Lebhafte Hört-Rufe!) Da frage ich nun, warum werden auf der einen Seite solche Beträge gegeben und auf der andern nicht? Ich möchte da doch um Aufklärung bitten. Es wurden auch gestern im Finanzausschuß für das Güssinger Spital 40 Millionen angesprochen, 20 Millionen sind schon bewilligt, und da glaube ich doch, daß man auch auf andern Gebieten, wo es dringend notwendig ist, solche Mittel zur Verfügung stellen sollte. (*Landesrat Hoffenreich: Bei den Christlichsozialen gibt es keine Korruption!*)

Berichterstatter Stesgal: Der Herr Kollege Vas hat in der Richtung zu mir gesprochen, ich möchte ihn aber aufmerksam machen, daß das Finanzministerium in der anderen Richtung ist. (Heiterkeit.) Die 40 Millionen habe ich nicht bekommen, ich bin also sicherlich unschuldig daran. Was die Hagelschäden anlangt, so habe ich mit dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Landesrat Walter mich um die Sache bemüht, wir haben aber nichts bekommen.

Landesrat Dr. Ratz: Der Herr Abgeordnete Vas hat mich persönlich apostrophiert und mir Lokalpatriotismus zum Vorwürfe gemacht. Ich bin in der Lage, konstatieren zu können, daß der amtlich festgestellte unbedingt notwendige Ausbau der Straße Mörbisch-Rust nicht mein Verdienst ist, sondern daß der Ausbau derselben durch die Verwaltungsstelle wiederholt beschlossen wurde.

Ich möchte nur noch bemerken, daß sich diese Gemeinde infolge der Grenzregulierung heute in einer trostlosen Lage befindet, indem sie ihre Produkte infolge des unfahrbaren Zustandes des Weges in einer bestimmtest Zeit nicht wegbringen kann.

Die Herren wissen, daß im Finanzausschusse die Baubeiträge zu andern Landesstraßen erhöht wurden, wodurch bis Ende des Jahres gewiß etwas geleistet werden kann.

Landeshauptmann Hofrat Dr. Rausnitz: Bezüglich der Straße Mörbisch—Rust möchte ich mich selbst als Schuldiger vorstellen. Anläßlich meines ersten Besuches von Rust und Mörbisch im März laufenden Jahres - wo Herr Dr. Ratz noch nicht Landtagsabgeordneter, geschweige Landesrat und Referent für das Bauwesen war - ist zufolge meiner Initiative ein Antrag wegen dieses Straßenbaues an das Bundesministerium ergangen, also zu einer Zeit, wo die ganze Angelegenheit noch als Bundesangelegenheit, betrachtet worden ist, weil Mörbisch ein ungemein wichtiger Grenzort ist, der bei der schlechten Straßenverbindung vom Hinterlande ganz abgeschnitten ist. Außerdem hat Mörbisch in der Anschlußzeit sich so vorzüglich gehalten, daß mich schon die Dankbarkeit dazu getrieben hat, für eine rasche Verbindung beider Ortschaften Sorge zu tragen. Daß es, trotzdem Herr Landesrat Dr. Ratz Bürgermeister von Rust war und jetzt Straßenbaureferent ist, noch nicht zum Ausbau gekommen

ist, beweist, wie schwierig wir leider arbeiten müssen.

Präsident Wimmer: Wenn wir zum Kapitel „Bauten“ reden, so müssen wir sagen — obwohl jetzt eine ganz ansehnliche Summe eingestellt ist —, daß wir uns damit nicht zufriedengeben können, und daß wir fordern, daß im nächsten Voranschlag eine Summe dazukommt, mit der wirklich im Burgenlande die Kommunikationen so hergestellt werden können, daß die Burgenländer sagen können: „Jetzt haben wir Straßen, auf denen wir uns bei jeder Witterung ohne Lebensgefahr bewegen können.“ Gegenwärtig ist die Situation im Burgenlande so, daß jemand, wenn er eine weitere Strecke von daheim fort muß — speziell in dem unteren Gebiete —, nicht sicher ist, ob er wieder heil und gesund nach Hause kommt. Schuld daran ist sicherlich nicht die gegenwärtige Landesregierung, auch nicht der Landtag und noch viel weniger der zuständige Referent, sondern schuld, daß das Burgenland so vernachlässigt ist, ist in erster Linie, daß vier Jahre Krieg war, wo im Lande nichts gemacht wurde, und daß auch nach dem Kriege nichts gemacht wurde, als die Ungarn erfuhren, daß sie das Burgenland an Österreich auf Grund des Friedensvertrages abgeben müssen. Dadurch sind die Burgenlande beinahe ein Jahrzehnt lang punkto ihrer Straßen vollständig vernachlässigt worden, die auch früher, soviel ich aus Erfahrung weiß, nicht besonders in bezug auf Ausbau der Kommunikationen begünstigt waren.

Die für diesen Zweck eingesetzte Summe ist sicher nicht zu hoch, es wird erst dann das Burgenland aufblühen können, wenn es jene Verkehrswege hat, die es zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung braucht.

Wer von Straßenbauten etwas versteht, weiß, daß es für dieselben nicht ein Monatsprogramm und Jahresprogramm, sondern ein mehrjähriges Programm gibt und daß solche Arbeiten in einigen Stufen gemacht werden müssen, um sie so zu vollenden, wie es notwendig ist, speziell jetzt, wo wir ja an finanziellen Mitteln außerordentlich krank sind, weil wir neben den Straßen noch andere Zweige der Verwaltung haben, die ebenso verlüdert wie die Straßen sind; ich verweise da nur auf die Spitäler, Siechen- und Armenhäuser, alles liegt im argen, und es können nicht jene Summen bereitgestellt werden, um in kürzester Zeit alles so zu machen, wie es die Bevölkerung nicht nur wünscht, sondern auch braucht.

Deshalb möchte ich heute schon sagen, daß wir uns vielleicht alle miteinander im Interesse unserer Bevölkerung noch darüber beraten werden müssen, ob wir nicht im besonderen an unsere Volksgenossen im Lande appellieren und ihnen sagen sollen: „Da aus den allgemeinen Mitteln soviel herauszunehmen nicht geht, so sollen sie zu diesem Zweck im besonderen beisteuern, um Verkehrswege zu schaffen, die das Burgenland in punkto Verkehrswege zum mindesten zu einem halbeuropäischen Lande machen.“

Ich bitte, heute schon zu berücksichtigen, daß der zuständige Fachreferent der nicht mein Parteigenosse ist. und für den ich daher keine Lanze zu brechen habe, nur dann wirklich auf diesem Gebiet Ersprießliches wird leisten können — ich sage das, weil ich aus der Praxis weiß, wie derartige Dinge gemacht werden müssen —, wenn er nicht nur die Mittel bekommt, sondern auch die Unterstützung unser aller hat, das heißt, das alle Parteien ihre Wünsche der betreffenden Stelle bekanntgeben, damit der zuständige Referent an der Hand eines bestimmten Materials sich einen wirklichen Arbeitsplan machen kann, der im Interesse des Landes gelegen ist (*Lebhafter Beifall.*)

Dritter Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir schreiten daher zur Abstimmung (*Geschieht.*) - Das 9. Hauptstück ist beschlossen.

Berichterstatter Stesgal: 10. Hauptstück. Fürsorgewesen: Gesamterfordernis 839,000.000 K, Gesamtbedeckung 108,300.000 K

Abgeordneter Till: Im 10. Hauptstück wird von sozialen Fragen gesprochen. Und wenn ich namens meiner Partei überhaupt hier Kritik üben will so muß ich vor allem sagen, daß leider an den Zahlen sehr wenig mehr zu ändern ist. Worte, die man darüber verlieren würde, wären wirklich zum Fenster hinausgesprochen. Ich muß aber feststellen, daß in diesem Hause oft von sozialer Fürsorge gesprochen

wird, aber wenn die geehrten Herren Bürgerlichen das Wort Fürsorge auch nur hören, gruselt es ihnen förmlich. Ich habe mir gedacht, es ist vielleicht nur eine optische Täuschung, wenn ich meine Kollegen, die mir gegenüber oder hinter mir sitzen, betrachte, wenn ich aber das 10. Hauptstück unter eine gar nicht zu starke Brille nehme, so werden derzeit wirklich für soziale Fürsorge nur sehr wenig Mittel aufgebracht. Es wundert mich auch, daß der Herr Finanzreferent, dem man doch soziales Empfinden zumuten muß, gerade für die Ärmsten der Armen, wie Herr Kollege Wolf das immer so zynisch betont, nichts übrig hat, obwohl sie einen ziemlich beträchtlichen Teil der Bevölkerung bilden und da sind die Kriegsbeschädigten. Ich staunte und ich habe mich entrüstet, wie ich gesehen habe, daß ein so lächerlich geringer Betrag eingestellt war. Einen solchen Betrag hätten wir vielleicht im Jahr 1915 einsetzen können, aber 1922 ist er die reinste Ironie, eine direkte Blamage, und es ist besser, diese Post überhaupt zu streichen. Der Herr Finanzreferent hat wahrscheinlich selbst eingesehen, daß dieser Betrag nur lächerlich ist, er hat ihn gestrichen, ich glaube aber doch, daß während der sechs Monate Zeit genug gewesen wäre, doch etwas zu tun, wenn man das Verständnis dafür aufbringt. Nicht Dutzende, sondern Hunderte von Gesuchen liegen bei der Landesverwaltung, der Entschädigungskommission und den Invalidenämtern. Allerdings ist das Sache der Bundesregierung, aber auch das Land könnte für solche Dinge ein Sümmchen vorbereiten, um diesen Leuten karitative Unterstützungen zu geben. Ich kann dem geehrten Finanzreferenten schon mitteilen, daß das die Mißbilligung eines großen Teiles der burgenländischen Bevölkerung, von den Kriegsbeschädigten ganz zu schweigen, hervorgerufen wird. Vielleicht läßt sich doch noch etwas ändern. Sie könnten vielleicht unter einem andern Titel noch eine Verfügung treffen. Es werden sich im Laufe dieser sechs Wochen noch eine Menge Gesuche häufen, denen man doch Rechnung tragen muß, und deshalb bin ich nicht einverstanden, daß diese Post ganz gestrichen wird.

Ich möchte im Namen meiner Partei erklären, daß wir darauf bestehen, daß ein Modus geschaffen und eine Plattform gefunden werde, auf welche Weise für die Kriegsbeschädigten dieses Landes gesorgt werden könne, denn wir dürfen gegenüber den andern Ländern, wo die soziale Gesetzgebung obligatorisch zum Ausdruck kommt, nicht zurückbleiben. Ich muß feststellen, daß auf diesem Gebiet im Burgenlande leider noch nichts geschaffen worden ist. Ich möchte an die hohe Landesregierung das Ersuchen richten, sie möge in der Zukunft der Sache ein größeres Augenmerk zuwenden. In der Hauptsache handelt es sich um die Gebühren der Kriegsbeschädigten; das ist zwar eine Bundesangelegenheit, aber nachdem der Herr Landeshauptmann gleichzeitig Vorsitzender der Invalidenentschädigungskommission des Burgenlandes ist und dort gewiß einen großen Einfluß hat, so möchte ich ihn bitten, daß diese Fragen endlich geregelt werden.

Ich möchte Ihnen auch folgendes vor Augen führen: Der Apparat, den die Invalidenentschädigungskommission des Burgenlandes hat, ist viel zu kostspielig und einen solchen kann sich unser Land nicht leisten. Wenn schon abgebaut werden soll, dann soll die burgenländische Invalidenentschädigungskommission in allererster Linie drankommen. An der Spitze dieser Kommission steht ein Hofrat, dann sind noch einige Räte, darunter Bundesbahnräte dort, die von allem möglichen eine Ahnung haben, nur nicht von der sozialen Fürsorge. Vom Verkehrsministerium sind Leute hingekommen, die von diesen Sachen keine Ahnung haben. Wir müssen also einen kostspieligen Apparat bezahlen und ich glaube, daß es im Interesse des Landes gelegen wäre, diesen abzubauen. Ich möchte aber den Herrn Landeshauptmann als Vorsitzenden dieser Kommission bitten, daß dieser Abbau nicht so erfolgt, daß die Beamten der 6., 7., 8. und 9. Besoldungsgruppe, also Leute, die wirklich arbeiten, abgebaut werden, sondern es sollen jene abgebaut werden, die dort nur als Staffage dienen.

Es befremdet mich auch, daß hier die Post bezüglich der karitativen Unterstützung gestrichen wurde, so daß wir den Leuten Unterstützungen aus Landesmitteln nicht gewähren können. Es soll dafür gesorgt werden, daß die Anspruchsberechtigten ihre Renten in kürzester Zeit erhalten.

Ich kann dem Herrn Landeshauptmann da mit wertvollem Material dienen. Im Eisenstädter Bezirk sind fünf Gemeinden, die im März Eingaben gemacht haben, auf die sie im November noch keine Antwort erhielten. Einmal ist eine Anfrage gemacht worden über eine Kriegerswitwe. Die Anfrage ging an die Gendarmerie, weil die Gemeindeverwaltungskommission angeblich nicht vertrauenswür-

dig ist. Der Gendarmerieposten hat die Anfrage der Gemeinde überwiesen und diese teilt mit, daß die betreffende Kriegerswitwe 18 Joch Grund und mehrere paar Ochsen hat, also gut situiert ist. Auch in den Gemeinden Trautmannsdorf und Purbach und in anderen Gemeinden kommen solche Dinge vor. Ich möchte den Herrn Landeshauptmann ersuchen, sich darüber von der Invalidenentschädigungskommission Bericht erstatten zu lassen und Abhilfe zu schaffen. Ich möchte auch bemängeln, daß die Kriegsbeschädigten nicht so, wie es den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht, berücksichtigt werden und ich bemängle gleichzeitig, daß bei uns auf dem sozialen Gebiet überhaupt sehr wenig geleistet worden ist. Auch für die Armenfürsorge sind lächerlich kleine Summen eingesetzt worden. Man muß doch nur die große Not und unter welchen wirklich jämmerlichen Verhältnissen die Leute oft leben, in Betracht ziehen. Das Fürsorgeabgabengesetz, das im Vormonat in Kraft getreten ist, kann sich leider noch nicht auswirken und daher fehlen uns vielfach die Mittel. Es werden zwar von der Landesregierung die Mittel den Gemeinden ersetzt, es dürfte aber auch dem Finanzreferenten bekannt sein, wie die Sache in Wirklichkeit aussieht.

Ich möchte da nur auf die Gemeinde Neusiedl hinweisen; die dortigen Verhältnisse dürften dem Herrn Referenten hinreichend bekannt sein, so daß ich keine Details anzugeben brauche. Ich möchte bitten, daß bei der Zusammenstellung des nächsten Voranschlages darauf geachtet werde, wobei ich freilich zugeben muß, daß der Herr Finanzreferent diesmal keine höhere Summe im Voranschlag einsetzen konnte, weil ihm die nötigen Mittel nicht zur Verfügung gestanden sind. Es wäre aber für die Zukunft beschämend, wenn wir Sozialdemokraten als stärkste Partei im Hause dulden würden, daß für diese wichtige Frage keine größeren Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte dem Herrn Finanzreferenten noch folgendes nahelegen: Es dürfte ihm bekannt sein, daß in der Gemeinde Ritzing vor nicht allzulanger Zeit die Wohnungsbedürftigen, da in der Gemeinde große Wohnungsnot herrscht, das Ersuchen gestellt haben, man möge ihnen wenigstens Bauplätze zur Verfügung stellen. Sie hätten dort auch zehn Joch Felder für Wohnungsbauten bekommen, die aber zehn verschiedenen Eigentümern gehört haben, wodurch die Ablöse schwer möglich war, denn man mußte ihnen doch einen Gegenwert dafür geben. Nun ist es gelungen, den Fürsten Esterhazy zu bewegen, er möge 20 Joch Felder zur Verfügung stellen, damit für diese zehn Joch ein Ersatz gegeben werden kann. Nun stehen die Dinge so: es fehlen die Mittel, daß man diese 20 Joch Felder ankaufen kann.

Es werden die Wohnungsbedürftigen und Baulustigen an die Landesregierung herantreten und da möchte ich bitten, daß von diesen 250 Millionen auch den Ritzinger Wohnungsbedürftigen etwas zugewiesen werde.

In Zukunft werden wir noch ein größeres Augenmerk auf die Erstellung des Landesvoranschlages lenken, um in Zukunft noch mehr sozial in diesem Lande wirken zu können. *(Lebhafter Beifall.)*

Landeshauptmann: Ich möchte in sofortiger Beantwortung der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Till in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Invalidenentschädigungskommission mitteilen, daß der Personalstand der Kommission tatsächlich ziemlich groß ist und ein Abbau erfolgen muß, aber insoweit nicht erfolgen kann als nicht alle Hinterbliebenen durchgerechnet sind. Nach dem gegenwärtigen Stande dürften noch 2 1/2 Tausend Durchrechnungen durchzuführen sein. Um sie möglichst rasch durchführen zu können, wird der Invalidenentschädigungskommission vorübergehend anderweitig überschüssig gewordenen Personal zugewiesen, damit sie in der Lage sein wird, spätestens anfangs nächsten Jahres alle Invalidenrenten und Hinterbliebenenrenten anweisen zu können. In diesem Zeitpunkt wird dann an einen Abbau geschritten werden können; der Herr Abgeordnete hat ja damit recht, daß eine Reihe von Funktionären dort seien, die dort mehr oder weniger aus Verlegenheit von der soziale Verwaltung hingestellt wurden.

Man ist noch nicht darüber einig, ob die Invalidenämter erster Instanz abgebaut werden müssen; meiner Ansicht wird die Notwendigkeit bestehen, die erste Instanz aufrechtzuerhalten, weil das lokale Einschreiten das allerwichtigste ist.

Ich wäre sehr dankbar, wenn ich konkretes Beschwerdematerial bekäme, weil ich dann sofort ein-

greifen würde, insbesondere durch Dienstanweisungen an die unterstehenden Kreissekretariate.

Die Invalidenämter, besonders bei der ersten Instanz, haben im großen ganzen ihre Dienstpflicht sehr gut erfüllt und das Eisenstädter Invalidenamtsamt ist eines der besten.

Hinsichtlich der Unterstützung der Kriegsbeschädigten wäre ich in meiner Eigenschaft als Landeshauptmann sehr dankbar, wenn auch das Land irgendwelche Zuwendungen machen könnte. Ich bin überzeugt, daß der Herr Finanzreferent, wenn die Möglichkeit dazu gegeben wäre, eine entsprechende Post eingesetzt hätte.

Berichterstatter Stesgal: Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Till noch bemerken, daß wir bei der Fürsorge nicht geklagt haben, die eingesetzten Beträge können sich sehen lassen. Was die Fürsorge für Kriegsbeschädigte anlangt, so wurden ursprünglich 100.000 K als Erträgnis der Spielabgabe eingesetzt, dieser Betrag wurde gestrichen, weil er nicht eingegangen ist.

Ich habe alle Ansätze mit dem Referenten für Fürsorgewesen zusammengestellt und kann daher keine Verantwortung übernehmen, wenn ein Betrag zu niedrig ist.

Abgeordneter Müller: Mit der Einsetzen eines Betrages von 40 Millionen für das Güssinger Krankenhaus sind wir teilweise zufrieden, es ist das aber nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, denn dieses Spital wurde von den Ungarn vollständig ausgeplündert und werden diese 40 Millionen kaum für die ärztlichen Instrumente, noch viel weniger für die Verpflegung der Kranken ausreichen.

Wir haben auf die Spitäler und Kranken stets ein Augenmerk gerichtet, wir haben das schon bei Gesetzen sozialer Fürsorge bewiesen, wo Leser den Entwurf gemacht hat, der von den bürgerlichen Parteien vernichtet wurde.

Wäre die soziale Fürsorge in Kraft getreten, wie wir wollten, brauchten wir uns weder um Krankenhäuser, noch um Kranke kümmern und der Finanzreferent würde sich leichter tun.

Wenn uns in Zukunft ein Finanzplan vorgelegt wird, möchte ich schon bitten, daß unbedingt für das Spital in Güssing ein größerer Betrag eingesetzt werde, denn das „Fechten“ ist auch mißlungen, weil eine Person verwaltet hat, die nicht den richtigen Weg gegangen sein soll.

Wenn wir die 40 Millionen bekommen, um das Spital in einen halbwegs fähigen Zustand herzustellen, dann bitten wir auch, daß von seiten der Landesregierung jemand zur Kontrolle beigezogen wird. *(Beifall)*

Zweiter Präsident Burgmann: Ich bitte den nächsten Herrn Redner.

Abgeordneter Wohlmuth: Bei Durchsicht des Budgets habe ich gefunden, daß der Landesbeitrag für die Arbeitsvermittlung gestrichen wurde. Dagegen muß unsere Partei protestieren. Namentlich nachdem dies gerade zu einer Zeit geschieht, wo der größte Teil der Arbeiterschaft des Burgenlandes arbeitslos ist. Unsere Arbeiter müssen heute sehen, daß ihnen Bürgerliche, die gut bemittelt sind, die Arbeit vor der Nase wegschnappen, während die Arbeiter selbst stundenweit gehen müssen, um Arbeit zu erlangen. Wir verlangen, daß die Arbeitsvermittlung durchgeführt wird und daß der Betrag für die Arbeitsvermittlung nicht ohne weiters gestrichen werde.

Berichterstatter Stesgal: Ich bemerke, daß dieser Betrag gestrichen wurde, weil die Kosten der Arbeitsvermittlung nunmehr in Form einer Umlage eingehoben werden.

Abgeordneter Pratl: Ich muß etwas an den Ausführungen des Herrn Vorredners Müller ergänzen. Leider ist der Antragsteller über das Spital in Güssing nicht anwesend. Es ist nicht so einfach, einen Betrag für die Verbesserung eines Spitals einzusetzen, wenn man heute noch nicht weiß, wem es gehört, ob es ein Bezirks- oder Landesspital ist. Es ist eine Anstalt, die aus der ehemaligen ungarischen Herrschaft übernommen wurde, wo man auf soziale Einrichtungen überhaupt kein Gewicht legte, und so wurde dieses Spital in weitestem Maße vernachlässigt. Nach meiner Information wird es von einem

Kuratorium verwaltet, das die Bevölkerung des Güssinger Bezirkes nicht kennt und das ihr so entfremdet ist, daß selbst Leute, die nicht unserer Gesinnung sind, fragen, wie, wo und auf welche Art wird die Gebarung kontrolliert? Es ist bezeichnend, daß der Verwalter des Spitals ein von der Banditenzeit her berühmter Mann ist, der die Güssinger Zeitung redigierte und sich bemühte, den Anschluß zu verhindern, der auch viel beigetragen hat, manchen Kämpfer für den Anschluß in eine mißliche Lage zu bringen. Für dieses Spital laufen auch Spenden ein, die die Güssinger Zeitung veröffentlicht, es müssen daher eigentlich auch diese 40 Millionen in die Zeitung komme. Auf andere Weise wüßte man nicht, wie sie verwendet werden. Wenn schon für das Spital etwas getan werden soll und muß, weil gerade die Armen es benutzen, so muß es endlich einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden, damit diese private Freunderlwirtschaft aufhört und man weiß, daß das Geld nicht hinausgeworfen ist, sondern zum Wohl der Kranken und Leidenden dient. Man müßte überhaupt, wenn wir im Finanzbudget Summen bewilligen, auch wissen, wie sie verwendet werden. Hier ist auch etwas für die Armenfürsorge eingesetzt. Wenn aber eine ausgiebige Unterstützung geleistet werden soll, müßte sie schon im Budget etwas ergiebiger festgesetzt sein und nicht durch eine Klassensteuer, über die gestern so viel gesprochen wurde. Man dürfte nicht die einzelnen Gemeinden belasten und Zwangsmaßregeln ergreifen, um die Summen einzubringen, sondern man müßte die Reichen heranziehen und die Fürsorgearbeit in der breiten Öffentlichkeit betreiben. Man müßte eine legale Basis dafür schaffen. Ich möchte feststellen, daß viele Arbeit in der Fürsorge auf Grund unseres Budgets geleistet werden muß.

Abgeordneter Wolf: Hohes Haus! Ich will mich nur ganz kurz fassen, aber sowohl die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Till, noch mehr aber jene des Herrn Abgeordneten Pratl, veranlassen mich, zu, diesem Kapitel einige Worte zu sprechen.

Man braucht kein organisierter Sozialdemokrat zu sein, um ein menschliches Fühlen und Empfinden für jene Ärmsten der Armen zu haben, die unter dem Namen „Kriegsbeschädigte“ bekannt sind. Das ist keine Parteisache, wenn sie aber vom Standpunkt einer Partei betrachtet werden könnte, so müßte ich sagen, daß sie eine nationale Partei noch mehr angeht, weil wir in den Kriegsbeschädigten jene Männer sehen, die für die deutsche Freiheit und für die Befreiung des Burgenlandes ihr Leben eingesetzt haben. Aber nicht nur von uns, sondern auch von den anderen politischen Parteien sollte diese Frage nicht parteimäßig behandelt werden.

Nun wurde schon gesagt, daß man die Frage der Kriegsinvaliden auch vom Klassenstandpunkt behandelt. Ich will da nur ein Beispiel anführen, welches beweist, daß man die Fürsorge für die Ärmsten der Armen, und zwar nicht nur für die Kriegsbeschädigten, sondern auch für die Heimkehrer vom Parteistandpunkt aus betrachtet. Vielleicht wird der Herr Abgeordnete Till davon Kenntnis haben, daß vor einigen Wochen in Neusiedl eine Aktion zugunsten der Heimkehrer durchgeführt wurde. Die Heimkehrer sind damals in das Rathaus gekommen und haben die Drucksorten verlangt, die sie auszufüllen hatten und die von der Landesstelle für Heimkehrer ausgegeben wurden. Das Gemeindeamt hat sich nach Sauerbrunn gewendet, um die Drucksorten zu erhalten, bekam sie jedoch nicht, dagegen aber waren sie beim Herrn Abgeordneten Till, beziehungsweise seinem Bruder zu bekommen, so daß die Heimkehrer, die nicht der sozialdemokratischen Partei angehören, also die Christlichsozialen und die Großdeutschen gezwungen waren, sich an die Parteikanzlei in Neusiedl, beziehungsweise an den Abgeordneten Till oder seinen Bruder wegen Erhalt dieser Drucksorte zu wenden. Ich will ja gerne zugeben, daß trotzdem bei dieser Aktion viel Gutes geleistet wurde, man darf aber nicht immer davon nur sprechen, daß es Sache des Landes sei, für diese armen Leute zu sorgen, hingegen dann, wenn es sich darum handelt, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß auf diesem Gebiete wirklich etwas geleistet wird, die Aktion als Parteisache behandeln. Ich würde die Sache genau so beurteilen, wenn das von der christlichsozialen oder großdeutschen Seite geschehen wäre.

Was nun das vom Herrn Abgeordneten Till erwähnte Armenhaus in Neusiedl anlangt, so muß ich ihm Recht geben; das Armenhaus ist in einem Zustande, daß man dort nicht einmal die Ärmsten der Armen unterbringen kann. Auch das ist keine Parteisache und ich wurde von verschiedenen Leuten, auch von meinen Parteigenossen, schon wiederholt gefragt, ob man da nichts machen könne. Ich habe

darüber auch mit Herrn Hofrat Hofmockl, der in Neusiedl war, gesprochen und der hat mir mitgeteilt, daß im Landesamte die nötigen Vorarbeiten schon gemacht sind und daß gemeinsam damit auch die Fürsorge für die vernachlässigten Kinder in Erwägung gezogen wird. Ich möchte zum Schlusse nochmals betonen, behandeln wir Angelegenheiten, die uns allen als Menschen nahestehen, nicht vom Parteistandpunkte, sondern so, wie sie sind und trachten wir, sie nach Möglichkeit im Interesse der Betroffenen auszubauen und auszubessern. (*Beifall.*)

Abgeordnete Zull: Hohes Haus! Im 10. Hauptstück ist die Post für Jugendfürsorge mit 5 Millionen Kronen eingesetzt. Das erweckt den Anschein, als ob im Burgenlande die soziale Fürsorge wirklich schon in hoher Entwicklung stehen würde. Wenn wir nur bedenken, daß das Land kein ordentliches Landeswaisenhaus hat, dann müssen wir auch einsehen, daß der hier eingestellte Betrag viel zu gering ist. Die Eltern dieser armen, der Not und Entbehrung preisgegebenen Kinder waren infolge ihrer eigenen Notlage nicht in der Lage, ihren Kindern eine ordentliche Erziehung angedeihen zu lasten Und seitens des Landes geschieht jetzt auch nichts für diese armen Kinder.

Auch eine ordentliche Mutterberatung sollte in unserem Lande eingeführt werden, denn in keinem anderen Lande finden wir so viele verkrüppelte Kinder, die bei uns als Strafe Gottes angesehen werden. Unsere Kinder werden bei schweren Erkrankungen infolge Unkenntnis der Mütter falsch behandelt, es treten dann Kinderlähmungen ein; infolge Unterernährung verfallen viele Kinder des Burgenlandes der Knochentuberkulose. Um dem Elende nach Möglichkeit zu steuern, muß im nächsten Voranschlag für die Jugendfürsorge ein größerer Betrag eingesetzt werden, damit wir der Erhaltung des Waisenhauses, der Fürsorge der Kinder, und schließlich der Mütterberatungsstelle mehr Aufmerksamkeit widmen können und einen ordentlichen Nachwuchs bekommen.

Ich würde also wünschen, daß im nächsten Voranschlag der Herr Finanzreferent diese Post nicht so knapp behandelt.

Abgeordneter Till: Auf die Angriffe des Herrn Abgeordneten Wolf muß ich reagieren. Er hat die Kriegsbeschädigten mit der Heimkehrerbekleidungsaktion verwechselt und hat dabei geglaubt, mir eins am Zeuge flicken zu können. (*Unruhe. - Abgeordneter Koch macht wiederholt Zwischenrufe.*)

Herr Abgeordneter Koch, Sie werden ersehen, daß nicht im geringsten Parteipolitik betrieben worden ist. Ich weiß nicht, ob es Sie interessieren wird, wenn ich von der Heimkehrerbekleidungsaktion im Burgenlande sprechen werde, sie datiert eigentlich von 1920 her und haben die Verwaltungsbehörden nach Anschluß des Burgenlandes in der ersten großen Arbeit nicht Gelegenheit gehabt, sich mit solchen Dingen zu befassen; es war damals rein eine Kriegsteilnehmerorganisation, die sich damit befaßt hat, die ihren Sitz in Wien hatte und mit dem kompetenten staatlichen Kriegsgefangenenamt erwirkte, daß die Bekleidungsaktion auch auf das Burgenland Anwendung finde.

Es ist im alten Österreich im Jahre 1919 eine Heimkehrerbekleidungsaktion eingeleitet worden, die bis 1921 gedauert hat, man wollte sie vor Anschluß des Burgenlandes abschließen und da hat die Organisation gesagt: Für das Burgenland müssen noch 2000 Garnituren reserviert werden. Das ist geschehen. In den ersten Monaten hat nicht alles gut geklappt — obwohl ich behaupte, daß die Verwaltung gut organisiert war — und die Gemeindeverwaltungskommission war nicht genug objektiv; es wurde vom Kriegsgefangenenamte jede Bezirksverwaltung um Bekanntgabe ersucht, wieviel Drucksorten sie benötige. Die einzelnen Bezirksverwaltungen haben eine größere Anzahl von Drucksorten verlangt, auch bekommen und an die Gemeinden in einer Anzahl hinausgeschickt, die geringer als die Zahl der Anspruchsberechtigten war.

Diese Drucksorten wurden unter die Freunderln, Schwäger usw. verteilt. Die Herren der verschiedenen Parteien werden noch die Möglichkeit haben, zu ersehen, daß viele Großbauern die Bekleidung bekommen haben, während tausende Kriegsinvaliden, Kriegsteilnehmer und Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, die unbemittelt sind, unter vier Joch Grund und daher darauf nach der Vollzugsanweisung vom Jahre 1919 Anspruch haben, keine solchen Formulare erhalten haben. Es sind eine Menge ans Güssing, Groß-Petersdorf usw. zu mir — weil es bekannt war, daß ich die ganze

Aktion eingeführt habe — beschwerten gekommen, und haben gefragt, wie sie die Drucksorten bekommen können.

Nur waren solche Drucksorten beim Kriegsgefangenenamt nicht mehr auf dem Lager und ich habe mich bemüht, den Leiter zu überzeugen, dass 1000 Anspruchsberechtigte noch nicht beteiligt sind und so wurden noch weitere 2000 Exemplare gedruckt und bezirksweise aufgeteilt. Dann wurden 200, 300, 400, je nachdem, an die Gemeinden mit einer Instruktion, versendet. Ich habe für den Neusiedler Bezirk selbst solche Drucksorten mitgenommen und hat sie das Bezirksverwaltungsamt den einzelnen Gemeinden zur Verfügung gestellt. Einige Dutzend Exemplare kamen infolge des Gendarmerieoberinspektors in meine Gemeinde, die zugunsten aller Parteien abgegeben wurden.

Sie wurden selbstverständlich ohne Unterschied an die anspruchsberechtigten Leute ausgegeben und hätte ich den Leuten auch sagen können: Bemüht Euch nach Wien und beschafft Euch die Drucksorten, ich bin nicht für die Großdeutschen da, ich bin kein Drucksortenverteiler.

Wer glaubt, daß ich mir da etwas herausgeschunden habe, der täuscht sich. Es kann niemand sagen, daß ich nicht alle, die zu mir kamen, objektiv Auskunft und die nötigen Exemplare gegeben habe. Herr Abgeordneter Wolf hat gesagt, daß meinerseits die Sache einseitig und parteimäßig aufgefaßt wurde, daß ich die Leute ins rote Lager hinüberführen wollte usw., ich glaube, meine Herren, ich habe Sie vom Gegenteil überzeugt.

Landeshauptmannstellvertreter Leser: Da ich für das 10. Hauptstück mitverantwortlich bin, so möchte ich auf das, was in der Debatte über diesen Punkt hier gesagt wurde, auch einiges mitteilen. Es ist selbstverständlich, daß die Ziffern, die hier stehen, nicht erschöpfend sind. Die sozialpolitische Gesetzgebung ist Bundessache und daher möchte ich zur Charakterisierung meines Referates darauf hinweisen, daß durch das Referat der Landesregierung der größte Teil der sozialpolitischen Gesetze für das Burgenland wenigstens so weit angegliedert wurde, als es durch die Mitwirkung des Landes möglich war. Die Tätigkeit der Landesregierung auf diesem Gebiete kann auch deshalb nicht nach diesen Ziffern beurteilt werden, weil sie nichts anderes bedeuten, als eine Art Vortastung, ein Vorgehen auf sozialpolitischem Gebiete. Als Österreich das Burgenland übernahm, hat es auf diesem Gebiete eine tabula rasa gefunden: es war absolut nichts da. Die Magyaren haben uns nicht zu Erben gemacht, so daß uns die Aufgabe gestellt war, vom Grunde aus aufzubauen. Jedes andere Referat hat gewisse Einrichtungen übernommen. Ein Verwaltungsapparat war vorhanden, der nur umgestaltet werden mußte. Im Schulreferat waren Schulen vorhanden, die nur der Modernisierung bedurften, das Baureferat fand doch Straßen vor, aber auf sozialpolitischem Gebiete hat es fast gar nichts gegeben, das wir hätten übernehmen können. Die, wenn auch bescheidenen Ziffern beweisen, daß wir wenigstens eine gewisse Vorarbeit geleistet haben, um eine Basis zu geben. Die Haupttätigkeit auf diesem Gebiete wird im nächsten Jahre beginnen. Wenn ich auf einzelne Anregungen zurückkomme, so habe ich beim Kapitel „Armenfürsorge“ zu bemerken, daß sie eine eminente Gemeindeangelegenheit ist und daher alle Beschwerden, die hier vorgebracht wurden, eigentlich in den Gemeinden zum Worte kommen müßten. Mein Referat hat sich trotzdem die Aufgabe gemacht, diese Gemeindeaufgabe zu fördern. Es sind Erhebungen in die Gemeinden hinausgegangen über den Stand der Armenhäuser, die Zahl der Armen usw., und es hat sich ein eigentümliches Bild herausgestellt. Auf Grund der einlaufenden Meldungen gibt es in den meisten Gemeinden eigentlich keine Armen. (*Hört-Rufe!*)

In 80 Prozent der Meldungen heißt es, in dieser Gemeinde gibt es keine Gemeindefürsorge. Ich erwähne dieses bizarre Moment, um dadurch die Gemeindevertretungen zu charakterisieren, wie sie draußen vielfach noch bestehen, und ihr Empfinden für soziale Momente. Vom Abgeordneten Till ist die Landesregierung aufgefordert worden, das Bau- und Siedlungswesen zu fördern. Er hat dabei den Fall Ritzing erwähnt. Ich bemerke, daß sich die Landesregierung sehr bemüht, die Bautätigkeit dadurch zu fördern, daß sie den Baulustigen Baugründe verschafft. Es ist der Landesregierung gelungen, im Verhandlungswege mit dem Fürsten Esterhazy bisher 600 Joch für Bauzwecke zu erhalten. Die Landesregierung wird diese Aktion weiter fördern, nicht nur beim Fürsten Esterhazy, sondern auch bei den Besitzern anderer zum Bau geeigneter Gründe. Sie wird dann, wenn die Mittel des Siedlungsfonds

für das Burgenland flüssig werden, auch noch in anderer Richtung/ durch Gewährung von Kostenbeiträgen usw. die Aktion fördern. Das Kapitel „Spitalwesen“ wurde in grauenhaften Farben geschildert. Ich muß gestehen, daß diese Farben wohl grau waren, aber, nicht zu dick aufgetragen waren. Das Kapitel Spitalwesen ist wirklich das düsterste, das man sich nur vorstellen kann. Als Österreich das Burgenland übernahm, hat es in Güssing ein fast ganz demoliertes Spital übernommen, außerdem eines in Oberwarth, das kaum eingerichtet war, ein Privatspital der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt, das als Spital kaum angesprochen werden kann, und eines in Kittsee vom Fürsten Batthyány. Diese Privatspitäler hatten doch irgendeinen öffentlichen Charakter, weil sie teilweise aus öffentlichen Mitteln errichtet waren und unter der Verwaltung eines Kuratoriums standen, an dem auch die Bezirksverwaltung teilnahm. Sie konnten aber nicht als Spitäler angesprochen werden, weil sie vielmehr nur Siechenhäuser waren. Die Gemeinden haben sich der Armenfrage, besonders im Süden, dadurch zu entledigen gesucht, daß sie ihre Siechen und Gemeindearmen einfach in das Spital von Güssing oder Oberwarth schickten und dem Spital dafür Materialleistungen, einige Säcke Kartoffel usw. zukommen ließen. Dadurch sind die Spitäler um ihren Ruf gekommen. Die Kranken, die vielleicht gerne hingegangen wären, haben es vermieden, in eine Anstalt zu gehen, wo sich Sieche, Gemeindeclranke usw. befanden. Diesem Übel mußten wir zur erst abhelfen, bevor an eine Sanierung gegangen werden konnte. Und das ist auch zum Teil schon geschehen, zum Teil konnte die Landesregierung den Spitälern momentan, durch Gewährung von Vorschüssen und Beiträgen zu Hilfe kommen. Eine gesetzliche Regelung des Spitalwesens aber war bis heute noch nicht möglich.

Sie wäre möglich gewesen auf Grund des österreichischen Spitalgesetzes. Aber wir sind der Überzeugung, daß dieses Gesetz schlecht ist, es sichert nämlich den Krankenhäusern zu, daß aus Bundesmitteln ein ziemlicher Teil des Defizits gedeckt wird. Dadurch werden die Spitäler geradezu angespornt, sich ein Defizit zu verschaffen. Je höher das Defizit, umso höher der Zuschuß des Bundes. Dadurch wird die rationelle Führung eines Spitals geradezu als etwas hingestellt, das durch den Bund gestraft wird. Nun wissen wir, daß dieses österreichische Spitalgesetz vor der Erneuerung steht, wir wollen daher der gesetzlichen Regelung durch das Bundesgesetz nicht präjudizieren. Die Frage wird aber von allen einschlägigen Referaten der Landesregierung eifrigst behandelt und ich glaube schon in einer der nächsten Sessionen in der Lage zu sein, Ihnen hier ein Gesetz vorzulegen.

Der Herr Abgeordnete Wolf hat darüber geklagt, daß eine Summe, die unter dem Titel „Arbeitsvermittlung“ figuriert hat, aus dem Voranschlag verschwunden ist. Ich möchte dazu bemerken, daß die Arbeitsvermittlung eine reine Bundesangelegenheit ist und daß für die Errichtung eines Arbeitsvermittlungsamtes — das wir im Burgenlande bereits im Entstehen haben, und das seine Tätigkeit auf alle Bezirke des Landes erstrecken wird - der Bund zu sorgen hat und daß aus diesem Grund in unserem Voranschlage für diesen Zweck kein Betrag eingesetzt wurde.

Der Herr Finanzreferent hat bereits gesagt, daß durch eine Verordnung der Landesregierung die Mittel für die Erhaltung dieses Arbeitsvermittlungsamtes eingehoben werden sollen, die somit ebenfalls im Voranschlage nicht zu erscheinen haben.

Die Frau Abgeordnete Zull hat gewünscht, daß im nächsten Voranschlage höhere Beträge für die Jugendfürsorge und Mütterberatung eingesetzt werden sollen. Das ist eine Forderung, die nicht nur ich, sondern die ganze Landesregierung sich zu eigen machen wird. Was jetzt im Voranschlag unter diesem Titel erscheint, sind nicht die Kosten für die Mutterberatung und Jugendfürsorge, sondern das sind bloß die Errichtungskosten. Ich kann Ihnen aber mitteilen, daß der Landesregierung bereits Vorschläge zur Ernennung von Berufsvormündern für vier Bezirke vorliegen, die dann die Jugendfürsorge zu übernehmen haben werden. Der Betrag, der hier erscheint, ist der Gehalt dieser Berufsvormünder für dieses Jahr. Im nächsten Jahre wird unter dieser Post ein ganz erklecklicher Betrag erscheinen.

Auch für die Mütterberatung sind nur die Vorbereitungskosten eingesetzt. Wir haben jetzt drei burgenländische Ärzte nach Wien geschickt, um sich vom Professor Moll für die Mutterberatung ausbilden zu lassen. Wir haben auch schon zu diesem Zweck einen Verein ins Leben gerufen; andere Vereine sind in Bildung begriffen. Wir haben auch schon Jugendfürsorgerinnen und, sobald wir erst aus dem ersten Stadium heraus sind, werden wir diese wichtige Aktion vollwertig betreiben können, und dann

werden sicherlich im Voranschlage ganz andere Beträge unter diesem Titel erscheinen. (*Lebhafter Beifall.*)

Präsident: Nachdem der Herr Berichterstatter auf das Schlußwort verzichtet, schreiten wir zur Abstimmung, und ersuche ich jene Mitglieder des hohen Hauses, die mit dem 10. Hauptstück so wie es im Voranschlag enthalten ist, einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*)

Das 10. Hauptstück ist genehmigt.

Berichterstatter Stesgal: Hohes Haus! Nach langer und nicht wenig abwechslungsreicher Debatte sind wir am Schlusse der Budgetberatung angelangt. Ich glaube herausheben zu können, daß von allen Seiten die möglichste Sparsamkeit in der Verwaltung gewünscht wird, wobei aber auch die Interessen des Landes nicht unbeachtet bleiben sollen. Die Landesregierung wird trachten, den Anregungen und Wünschen, die heute hier vorgebracht wurden, nach Möglichkeit nachzukommen. Ich möchte bezüglich der Steuergesetzgebung, die uns vor neue Aufgaben stellen wird, erwähnen, daß wir im Einvernehmen mit den Interessenten solche Gesetzesvorlagen schaffen werden, welche die Interessen aller Kreise der Bevölkerung respektieren, andererseits aber auch dem Lande jene Möglichkeiten bieten werden, die dem Burgenlande die Existenz als selbständiges Land sichern.

Wenn auch verschiedene Weltanschauungen und Prinzipien uns trennen, in dem einen Punkte sind wir alle einig, in den Verpflichtungen gegenüber den Wählern, die uns hergesendet haben. Die Landesregierung, und der Finanzreferent haben sich von diesem Pflichtgefühl gegenüber der Bevölkerung leiten lassen; indem ich an Ihren Patriotismus und an Ihren Opfermut appelliere, bitte ich Sie, den Hauptvoranschlag in allen zehn Hauptstücken, in allen Zweigen und Positionen anzunehmen.

Präsident: Ich bitte die Mitglieder des hohen Hauses, welche für den Voranschlag in seiner Gänze, für sämtliche Hauptstücke, Nummern, Titeln und Zweige stimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Der Landesvoranschlag ist in zweiter und dritter Lesung beschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Behandlung der dringlichen Anfragen des Abgeordneten Pomper und Genossen.

Abgeordneter Pomper: Hohes Haus! Wie uns allen in Erinnerung ist, wurde diesbezüglich bereits ein Antrag im Abgeordnetenhaus eingebracht. Dieser Antrag wurde auch von verschiedenen Parteien gutgeheißen, doch ist, wie ich in Erfahrung gebracht habe, in dieser Sache nichts geschehen und haben die Geschädigten noch keine Unterstützung erhalten. Damit begründe ich die Dringlichkeit, der Anfrage.

Wenn wir einer besseren wirtschaftlichen Zukunft entgegengehen und hohe Steuern zahlen sollen, dann müssen wir den Leuten, die vom Unglück betroffen wurden, entsprechende Zuwendungen geben und dürfen sie nicht im Stiche lassen. Ich fordere daher die hohe Landesregierung auf, die Anfrage zu beantworten.

Präsident: Ich bitte diejenigen, die der Anfrage die Dringlichkeit zuerkennen, sich von den Sitzen zu erheben. Angenommen. Zur Beantwortung der Anfrage hat sich Landesrat Walter gemeldet.

Landesrat Walter: Sie wissen alle, was Elementarschäden heute für die Land- und Forstwirtschaft bedeuten. Schon in Friedenszeiten hat der Landwirt jedes Gewitter, das über seinen Kopf hinweggezogen ist, mit Bangen betrachtet, denn seine ganze Mühe kann zweifellos in wenigen Minuten vernichtet sein.

Das Burgenland ist heuer zur Erntezeit von einem schweren Hagelschlag heimgesucht worden, er es ist niedergegangen über den Güssinger und später über den Oberpullendorfer Bezirk. Der Landtag hat sich auch mit dieser Frage beschäftigt, und waren sich die Herren darüber klar, daß die Landwirte heute nicht in der Lage sind, so hoch zu versichern — wie früher —, daß die Versicherungssumme

den eventuellen Schaden vollauf decken würde. Zudem kam gerade während der Sommermonate die Valutakatastrophe über unser Reich, so daß selbst derjenige, der eine Hagelversicherung abschloß, infolge der Geldentwertung bei der Schadensfestsetzung nicht mehr auf seine Rechnung kam.

Aus diesem Grunde haben Sie die Landesregierung beauftragt, bei der Bundesregierung einen ähnlichen Betrag zu erwirken, wie er den übrigen Ländern gewährt wird. Die Landesregierung hat sich mit allen Kräften bemüht in diesem Sinne, in Wien vorzusprechen. Es haben sowohl der Herr Landeshauptmann, der Finanzreferent und meine Wenigkeit vorgesprochen, und wenn gesagt wurde, daß die Steiermark 700 Millionen, hingegen das Burgenland nichts bekommen hat, so ist das richtig, aber dieser Betrag wurde nicht drei Monate vorher verlangt, schon deshalb nicht, weil der Hagelschlag in der Steiermark zu derselben Zeit war und wir uns wie die Steirer beeilt haben, einen Betrag zu erreichen. (*Hört! - Rufe.*)

Es ist das vielleicht entschuldbar, weil damals Beträge nicht so rasch angewiesen wurden und unsere Regierung in Wien in einer krisenhaften Lage ausgeharrt hat und der Finanzminister Segur Tag und Nacht beschäftigt war. Später sind diese krisenhaften Zustände verschwunden und wir haben uns gewundert, daß die angrenzende Steiermark, und zwar in einem sehr reichlichen Maße, beteiligt wurde, während das Burgenland keine Berücksichtigung fand.

Es wurde mir privat von einem hohen Beamten des Ackerbauministeriums wohl mitgeteilt, daß man sich bemühen werde, diese Zuwendung raschest flüssigzumachen, aber — wie Sie gehört haben — leider ohne Erfolg.

Nun wundern sich die Fragesteller, daß zu einer Zeit, wo man vielleicht behaupten konnte, daß dem Bunde keine Mittel zur Verfügung stünden, einer einzigen Gemeinde 40 Millionen via facti, auf Intervention irgendeines Nationalrates bewilligt würden, also in einer ungefähren Höhe des Betrages, der in unserem Voranschlag für die Förderung der gesamten Landwirtschaft im Burgenlande festgesetzt ist.

Die geldlichen Zuwendungen seitens des Bundes sind tatsächlich ausgeblieben, und ist vielleicht diese allgemeine Stellungnahme des Landtages geeignet, daß demnächst Zuschüsse für die Hagelbeschädigten flüssiggemacht werden.

Ich bin gleich von allem Anfang an den staatlichen Zuschüssen skeptisch gegenübergestanden — die Herren der Regierung können das bestätigen — und habe in Güssing den Gemeindevertretern folgendes erklärt: Wir wollen uns weniger auf die staatliche Hilfe verlassen, sondern wir wollen den Weg der Selbsthilfe beschreiten, der dann auch beschritten würde, wodurch sich die Gemeinden soweit als möglich geholfen haben. Außerdem hat dann die Landesregierung in Anbetracht des langen Ausbleibens der Bundeszuschüsse den Beschluß gefaßt, einen Kredit vorschußweise zu bewilligen, der Betrag konnte infolge der Finanzlage des Landes kein hoher sein, es war nur möglich, in dieser Zeit zwei Waggons Weizen, beziehungsweise Roggen anzukaufen, die auch im südlichen Teil in den Gemeinden verteilt wurden. Es ist uns allen klar, daß mit diesen — man schämt sich, das zu sagen — sogenannten Hagelbeschädigtenaktion zweien, zum Teil ganz verhagelten Bezirken kaum geholfen werden konnte, und es ist selbstverständlich — wie wir aus dem Antrage der Herren Abgeordneten Hajsanyi und Genossen gehört haben —, daß nicht nur wegen des eingetretenen Regens viele Teile unbebaut blieben, sondern auch deshalb, weil es den Leuten einfach an Saatgut gemangelt hat. Nun komme ich zur Beantwortung des zweiten Teiles der Anfrage:

„2. Hat das Ackerbauministerium die fachliche Abteilung der Landeskultur, das ist das Landeskulturamt, beziehungsweise seine Referenten aufgefordert, zum Subventionsansuchen des Nationalrates Binder in fachlicher Weise Stellung zu nehmen?“

Da möchte ich aufmerksam machen, daß das Ackerbauministerium hiezu nicht verpflichtet ist, aber es ist doch klar, daß das Landeskulturamt, das für die nächste Zeit gewiß ein Arbeitsprogramm hat und auch über Fachbeamte verfügt, das nicht nur am grünen Tisch in Sauerbrunn arbeitet, sondern ein System hat, das geradezu vorbildlich wirken wird, das agrarische Vertreter in den ländlichen Bezirken hat, die überall in Fühlung mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind, das geeignete Forum für diese Sache gewesen wäre. Ich mache aber aufmerksam, wie verhält sich die Subventionierung

einer Gemeinde auf Intervention eines Nationalrates beim Ackerbauministerium zu dem gesamten Förderungsprogramm des Landeskulturamtes? Damit Sie darüber klar werden, halte ich es für notwendig, Ihnen die Maßregeln aufzuzeigen, den Weinbau im Burgenlande zu heben. Bei Feststellung der notwendigen Maßnahmen muß vor allem unterschieden werden die Lage des Weinbaues im nördlichen und südlichen Teile. Zwei Hauptziele müssen da berücksichtigt werden, erstens die Einführung einer entsprechenden Unterlage, um die Weingärten komplett zu machen. Es sollen momentan nicht die Flächen vermehrt werden, weil alle Voraussetzungen dazu fehlen, sondern es ist beabsichtigt, die vorhandenen Weingärten so intensiv als möglich auszugestalten. Wir sollen auch in der Unterlagenfrage möglichst unabhängig werden, und das kann nur geschehen, daß wir die entsprechenden Sorten anpflanzen, und das sind Hybriden, Berlandieri, 5 B. B., Kober. Da jedoch diese momentan nicht zu haben sind, könnte das nur mit staatlicher Hilfe und in geringer Zahl geschehen. Da ist nun geplant, im Jahre 1923 in Rust eine Hybridenanlage zu schaffen. Es wären dazu zirka 2 Millionen Kronen erforderlich, und es wurde auch vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft die Flüssigmachung dieses Betrages zugestanden.

Nun hat die Freistadt Rust in Anerkennung der Wichtigkeit der Sache freimütig durch Sitzungsbeschluß vom 20. dieses Monats einen Betrag von 7 1/2 Millionen zum Rigolen der erforderlichen Flächen für das nächste Jahr bereits bewilligt. Es soll dann eine zweite Schnittrebenanlage in Neusiedl am See geschaffen werden, allerdings erst im Jahre 1924. Die Kosten für die Anschaffung des Materials würden 3 Millionen betragen. Rust wurde deshalb von uns ausgewählt, weil es in qualitativer Hinsicht tatsächlich an erster Stelle marschiert.

Ich meine damit nicht nur die Weingärten der Stadt selbst, sondern das, was man unter dem Ruster Gebiet versteht. Dann ist Rust auch der Sitz des Weinbauinspektors. Die Schule steht also unter fachmännischer Leitung. Im Jahre 1924 sollen dann auch Oggau, St. Margarethen und Gols solche Anlagen von Rust aus erhalten, woher sie das nötige Material im kommenden Frühjahr beziehen werden, so daß wir in der Unterlagenfrage vom Auslande möglichst unabhängig sein werden. Im südlichen Teile kommt als besonderes Weingebiet allerdings Rechnitz in Betracht, aber die Weingartenfläche ist infolge des Auftretens der Reblaus bedeutend vermindert. Wenn man dort den Weinbau heben will, wird es erforderlich sein, auch dort im Jahre 1924 eine neue Schnittweingärtenanlage zu schaffen. Da aber Wurzelreben der 5 B. B. augenblicklich nicht zu erhalten sind, andere Unterlagen aber, wenn man ernstlich helfen soll, nicht entsprechen, besteht auch für Rechnitz nur die Möglichkeit, erst im Jahre 1924 eine Hybridenanlage zu schaffen, wofür das Material ungefähr 3 Millionen kosten wird. Wenn aber die Rechnitzer den Standpunkt vertreten, schon im nächsten Jahr einen Schnittweingarten anzulegen, müßte das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft mindestens 3600 Wurzelreben aus einer staatlichen Anlage zur Verfügung stellen. Nun ist schon den Rustern durch unseren Vertreter erklärt worden, daß das Bundesministerium der Meinung ist, es sei momentan nicht möglich, mehr zu leisten, als was er den Rustern versprochen hat, und darauf haben die Ruster zur Selbsthilfe gegriffen, um auf privatem Wege die 5 B. B. zu erhalten, was auch ungefähr 10 Millionen erfordern würde. Sie sehen, daß auch der Weingarteninspektor sich eingehend mit der Frage von Rechnitz beschäftigt hat. Nun fühlt sich aber das nördliche Burgenland mit Recht benachteiligt, und andererseits kommt die Landesregierung in eine schiefe Lage. Was das nördliche Burgenland bezüglich der Sonderaktion denkt, werden Sie am besten aus einem Bericht erfahren, den ich vom nördlichen Teil erhalten habe. Es heißt dort:

„Durch die Subventionierung der Großgemeinde Rechnitz durch den Bund mit 40 Millionen Kronen steht heute die weinbautreibende Bevölkerung des Nordens auf dem Standpunkte, daß sie infolge ihres viel intensiveren Weinbaues, ihrer die Rechnitzer weit übertreffenden Qualitätsweine in der ferneren Entwicklung des Weinbaues gegenüber dem südlichen Burgenlande schwer geschädigt sei, und ist es insbesondere die Freistadt Rust, die in der richtigen Erkenntnis, daß Rust der Mittelpunkt des burgenländischen Weinbaues ist, die größten Opfer bringt. Die Weinbautreibenden des nördlichen Burgenlandes fordern daher mit Recht, daß ihnen der Bund in gleichem Verhältnisse wie Rechnitz eine Subvention gewährt. Diese müßte daher mindestens 200 Millionen Kronen betragen. Es könnte auch

mit einem Teile dieses Geldes eine Kellereigenossenschaft in Rust ins Leben gerufen werden, die derzeit leider nicht geschaffen werden kann, da Rust sämtliche verfügbaren Kapitalien zum Schulbau zu verwenden gedenkt."

Eine Kellereigenossenschaft in Rust wäre von unendlicher Bedeutung nicht nur allein für die wirtschaftliche Entwicklung des Weinbaues im allgemeinen, sondern auch für die Einnahmen des Bundes, da nur auf diesem Weg eine vollentsprechende Verwertung der Seeweine und dadurch ein Export erreicht würde.

Falls der Norden keine der Subvention von Rechnitz im Verhältnisse zur Ausdehnung des Weingebietes und seiner Bedeutung entsprechende staatliche Unterstützung erhält, ist zu befürchten, daß die Bevölkerung die Hände in den Schoß legt und die ihr mühsam in unzähligen Verhandlungen und Besprechungen abgerungenen Verpflichtungen zur Eigenarbeit und zu sonstigen materiellen Opfern nicht einhält.

Das ganze Aktionsprogramm war danach eingestellt, der Bevölkerung Initiative einzuflößen und staatliche und Landeshilfe nur dort eintreten zu lassen, wo der gute Wille der Bevölkerung und ihre Mittel nicht ausreichen.

Ich glaube, daß es nicht angeht, daß das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft auf die Intervention eines ihm nahestehenden Herrn einer Gemeinde und ohne Rücksicht auf das Förderungsprogramm eines Landes einen Betrag auswirft, der selbstverständlich auf Kosten der andern Gemeinden ausgegeben wird und geeignet ist, die größte Unruhe im Lande zu erwecken und die Tätigkeit des Landeskulturrates zu hemmen.

Abgeordneter Dr. Wagast: Ich stelle den Antrag auf Eröffnung der Debatte über diese Anfrage.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Wagast stellt den Antrag, über diese Anfrage die Debatte zu eröffnen. Ich ersuche die Mitglieder des hohen Hauses, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Dieser Arttag ist angenommen.

Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Mosler.

Abgeordneter Mosler: Hoher Landtag! Die Angelegenheit, die durch diese dringliche Anfrage und deren Beantwortung zur Erörterung gekommen ist, ist sicherlich eine sehr sonderbare. Ich möchte, bevor ich auf das Meritum eingehe, darauf hinweisen, daß es tatsächlich den Anschein erweckt, wie wenn die Christlichsozialen hier ein schlechtes Gewissen hätten, weil sie weder für die Dringlichkeit, noch für das Eingehen in die Debatte gestimmt haben, obwohl die gewöhnliche Moral ihnen hätte sagen müssen, wenn es sich bei einem Parteigenossen um den Vorwurf der Korruption handelt, daß sie dann die ersten sein sollen, die darauf dringen müssen, daß die Sache untersucht werde, damit sich herausstelle, ob das, was in der Anfrage und in deren Beantwortung durch den Landesrat Walter enthalten ist, richtig ist. Es gewinnt nun den Anschein, die Sache sei richtig, weil die Christlichsozialen jene waren, die sitzen geblieben sind.

Nicht nur in diesem Saale, sondern auch in den andern Landtagen, wo die Christlichsozialen vertreten sind, wird den Leuten immer vordeklamiert, daß, seitdem sie am Ruder sind, sie nur staaterhaltende Politik betreiben, und daß unsere Partei moralisch so minderwertig ist, daß sie über den Bund und das Land ihre Parteipolitik stellt, möge darüber auch der Staat zugrunde gehen.

Der Herr Landesrat Walter hat sich scheinbar darüber beschwert, warum die Steiermark und andere Bandesländer mehr berücksichtigt werden als das Burgenland, und er hat dabei auf die Hagelschäden und die Schadengutmachungen im südlichen Burgenlande hingewiesen. Ich kann Ihnen darauf die Antwort geben: In der Oststeiermark find fast ausschließlich Christlichsoziale gewählt worden, und das Burgenland war bei den Wahlen so böse, den Christlichsozialen eine sehr deutliche Absage zu erteilen; das dürfte die christlichsozialen Minister veranlaßt haben, wieder einmal Staatspolitik — bei-

leibe nicht etwa Parteipolitik — zu machen. (*Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.*)

Man erzählt uns bei verschiedenen Anlässen, beim Sanierungsplan, beim Abbau der Invalidenentschädigungskommissionen und bei andern Dingen, die unbedingt notwendig sind: Ja, wir sehen es auch ein, daß diese Sachen notwendig sind, wir haben aber dazu kein Geld! Wenn aber ein christlichsozialer Abgeordneter, der in seinem Bezirk in eine schiefe Stellung geraten ist, weil er sich erst vor kurzer Zeit — es sind erst elf Monate her — neuerlich zum Christentum bekehrt hat, zum Minister kommt und für seinen Wahlkreis etwas verlangt, um seine Stellung zu befestigen, dann sind sofort 40 Millionen Kronen da, dann ist das Geld vom Minister sofort zu haben! (*Entrüstungsrufe bei den Sozialdemokraten.*) Er ist allerdings nicht da, wenn es sich um Notwendigkeiten des Volkes, sei es die Bauernschaft, sei es die Arbeiterschaft oder die Kleingewerbetreibenden, handelt. Wir haben Tausende von Beamten, die in der Zeit der schwersten Krise, wo sie in der Privatindustrie keine Stelle bekommen können, auf das Pflaster geschmissen werden; da ist von sozialem Empfinden keine Rede! Davon ist nur dann die Rede, wenn es gilt, die Stellung eines christlichsozialen Nationalrates zu festigen.

Es ist daher notwendig, sich auch mit der Person des christlichsozialen Nationalrates Franz Binder zu befassen. Ich muß es tun, weil dieser Nationalrat in seinem Wahlkreis eine Agitation betreibt, die alle Parteien terrorisiert und seine moralische und ethische Qualität in einem höchst sonderbaren Licht erscheinen läßt. Er hat vor 14 Tagen in Ober-Petersdorf eine Versammlung abgehalten, in der er eine Rede gehalten hat, die in jedem dritten Worte damit ausgeklungen ist, daß die Arbeiter ein elendes Gesindel seien, die aber auf einem so tiefen Niveau gestanden ist, daß jeder halbwegs anständige Mensch sich mit ihr nicht zu beschäftigen vermag. Binder war am 1. Jänner des Jahres, wo er Vertreter in der Verwaltungskommission des Burgenlandes war, noch konfessionslos. (*Hört! - Rufe bei den Sozialdemokraten - Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist nicht wahr!*) Erst an diesem Tag ist er in die allein seligmachende katholische Kirche zurückgekehrt. Wenn das nicht wahr ist, dann hätte der Nationalrat Binder die Pflicht gehabt, das zu berichtigen; er hat auch jetzt noch Gelegenheit, das zu berichtigen, ich kann Ihnen aber erklären, er wird das nicht tun, denn in Rechnitz sprechen die Matrikenbücher eine zu deutliche Sprache! (*Zwischenrufe und Unruhe.*)

Aber wenn Binder auch konfessionslos geblieben wäre, so könnte man über ihn aus der Zeit der Rätediktatur Dinge erzählen, aus der Zeit, wo er auf einer ganz andern Seite gestanden ist als jetzt. (*Abgeordneter Wimmer: Er sagt heute noch, daß er ein antiklerikaler Christlichsozialer ist! - Lebhaftige Heiterkeit.*)

Ich möchte jetzt noch etwas betonen, und damit ist für mich der Herr Binder erledigt: Diese Korruptionsgeschichte ist nur ein Beweis; wer der Herr Binder ist, und seine Wähler wissen es ganz genau, und sie können uns keine größere Freude machen, als bei den nächsten Wahlen diesen Kandidaten wieder zu präsentieren, dann wird sie auch das vierte Nationalratsmandat nicht bekommen. Es ist notwendig, daß die Partei der Bauernbündler nicht nur die Pflicht hat, über diese Sache, die auch eine Bundessache ist — da der Bundesminister einem Nationalrate Mittel für Privatzwecke zur Verfügung gestellt hat —, hier in diesem Landtage zu sprechen, sondern daß es auch notwendig ist, diese Sache im Parlament zur Sprache zu bringen und dem beschuldigten Bundesminister die Mißbilligung auszusprechen; sie können versichert sein, daß die Sozialdemokraten im Nationalrat alle dafür stimmen und dadurch ausdrücken werden, daß sie gegen jedwede Korruption sind. Dadurch wird bloßgelegt werden, daß es in Österreich keine ärgere Parteipolitik als bei Christlichsozialen gibt, die immer sagen, daß sie die einzigen sind, die Staatspolitik machen. (*Lebhafter Beifall. - Zweiter Präsident Burgmann übernimmt den Vorsitz.*)

Landesrat Dr. Ratz: Wir sind mit unserem Bundeskanzler Dr. Seipel eines Sinnes, daß es die beste Politik ist, wenn man eine fruchtbringende Zukunftsarbeit betreibt; in die Kategorie der Zukunftsarbeit gehört auch die Förderung des heimischen Weinbaues. Ich glaube nicht viel darüber sprechen zu müssen, daß der Weinbau des Burgenlandes eine schöne Vergangenheit hat, daß hier der Weinstock Jahrhunderte gepflegt wurde und daß eine Kette tüchtiger Bürger dem Weine des Burgenlandes auch außerhalb der Landesgrenzen einen Ruf bereitet und den Ruf der Ungarweine wesentlich gefördert

hat.

Daß im südlichen Teile des Burgenlandes das Rechnitzer Weinbaugebiet blühend gewesen ist, wird niemand leugnen können, und es ist eine Zwischenaufgabe dieser Zukunftsarbeit, daß man auch diese einst blühenden Weinbaugebiete wiederum in den alten Wohlstand zurückbringt. (*Abgeordneter Mosler: Ich habe eine Reihe schwerwiegender Vorwürfe gemacht, polemisieren Sie gegen mich?*) Die Herren haben Dinge aufgeworfen, über die wir persönlich keine näheren Daten wissen (*Zwischenrufe.*) Ich möchte nur feststellen, daß, wenn ein Nationalrat — welcher Partei er immer angehören mag — für ein einst blühendes Weinbaugebiet amerikanische Rebunterlagen erwirken kann (*Landesrat Walter: Ich habe ja bewiesen, was das Landeskulturamt vor hat, um die Rechnitzer Gegend aufzufrischen!*) ich darin kein Zeichen der Korruption erblicken kann. Korruption würde ich nur darin sehen, wenn diese angeblich beschafften Rebunterlagen nicht in der richtigen Weise durch die hiezu bestimmten Fachorgane verteilt würden.

Auf die persönlichen Angriffe des Herrn Abgeordneten Mosler auf Nationalrat Binder werde ich nicht zurückkommen, denn es ist dem Niveau des burgenländischen Landtages nicht entsprechend, wenn wir bei wichtigen Wirtschaftsfragen immer pur aus parteipolitischen Gründen — sei es vom Minister, sei es von Nationalräten — immer nur Persönliches herauschälen und dabei die sachlichen Momente ganz in den Hintergrund stellen. (*Zustimmung rechts.*)

Landesrat Walter: Herr Landesrat Dr. Ratz scheint mich nicht gut verstanden zu haben. Ich habe in den ersten Ausführungen darauf hingewiesen, daß 20 Millionen Kronen heute von den Rechnitzern nicht zweckmäßig in Weinbau förderndem Sinne verwendet werden können. Hiebei möchte ich das Schriftstück verlesen, das jener Beamte, der sich besonders auch für die Rechnitzer Weinbauangelegenheit interessiert hat — der Weinbauinspektor — verfaßt "hat (*liest*):

„Da Wurzelreben der 5 B. B. nicht erhältlich sind, eine andere Unterlagsrebe, soll wirklich dem Weinbau mit ernstem Willen geholfen werden, nicht entspricht, so besteht auch für Rechnitz nur die Möglichkeit, erst im Jahre 1924 eine Hybridanlage anzulegen, deren Kosten (die Rebbeschaffung) rund 3 Millionen Kronen betragen würde. Die Möglichkeit, bereits im kommenden Frühjahr auch in Rechnitz einen Schnittweingarten zu errichten, wäre nur dann gegeben, wenn das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 3000 Wurzelreben der 5 B. B. aus der staatlichen Anlage am Nußberge zuweisen würde.“

Das Bundesministerium ist aber der Ansicht daß diese 3000 Wurzelreben heute nicht zu beschaffen sind. Es sind dann 17 Millionen für die Rechnitzer Gegend umsonst ausgeworfen. Es wird der Landesregierung ein Rätsel bleiben, wozu 20 Millionen zweckmäßig verwendet werden sollen. Dieser Betrag hätte einen Sinn, wenn das Bundesministerium eben Wurzelreben zur Verfügung stellen würde, und wenn es das macht, so haben wir dann die Erscheinung daß eine neuerliche Bevorzugung einer Gemeinde mit Außerachtlassung des fachlichen Beirates des Landeskulturamtes zutage treten würde. (*Beifall.*)

Abgeordneter Koch: Ich bin eigentlich nicht ganz informiert über die Angelegenheit, möchte mir aber auch eine Bemerkung erlauben. Das einmal heißt es 100 Millionen, dann wird von 20 Millionen gesprochen. Abgeordneter Mosler hat von 40 gesprochen, also ganz klar ist die Sache nicht. Es wird auch von Korruption gesprochen, aber ich glaube, das ist eigentlich nur ein kleinlicher Neid. Trotzdem ich Parteigenosse des Herrn Nationalrates Binder bin, bin ich ihm darum nicht neidig. In Rust und Umgebung hat man schon Weingärten, in anderen Gemeinden aber nicht, dort muß man also neue anlegen. Es dreht sich eigentlich nur darum, die Korruption zu beweisen und da fragt es sich eben, ob er das selbst in den Sack gesteckt hat oder ob es aufgeteilt wurde. (*Ruf: Aufgeteilt!*) Nur an Parteigenossen? Ich glaube nicht. (*Abgeordneter Mosler: Es ist aufgeteilt worden, um Wählerfang zu betreiben!*) Es wird immer von den vielen Millionen gesprochen. In Wirklichkeit ist die Sache nicht so arg, was man mit den Millionen anfangen soll, weiß ich nicht. Tausend Stück Wurzelreben kosten heute fünf Millionen. (*Landesrat Walter: Wo bekommen Sie die Riparia 5 B. B.?*) 300 bis 400 Reben sollte jeder

aussetzen, die ganze Gemeinde kommt da nicht in Betracht. (*Landesrat Walter: Wo bekommen Sie denn diese Riparia?*) Hier ist ein Herr anwesend, der dem Hause zwar nicht angehört, der mir aber vor kurzem ein ziemliches Anbot auf Wurzelreben gemacht hat. (*Landesrat Walter: Welche?*) Amerikanische. Es dreht sich nur darum, daß man nicht wegen der Nullen ein solches Geserres macht. In Wirklichkeit sind 15.000 K nur eine Krone. (*Zwischenrufe.*) Korruption ist, wenn einer etwas selbst in den Sack steckt. (*Ruf: Das ist Diebstahl!*) Wenn jeder beteiligt wird, so ist das anders. (*Landesrat Walter: Ich habe nur von Bevorzugung gesprochen!*) Ich bitte, das geschieht auf der einen und anderen Seite. (*Lebhafte Zwischenrufe, der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Nun möchte ich bezüglich der Konzessionslosigkeitgeschichte auf den Abgeordneten Mosler kommen. Wir sind eine christlich-soziale Partei, aber so weit sind wir nicht, daß wir nicht reuige Sünder aufnehmen würden, (*Abgeordneter Mosler: Ich bin konsequent!*) Vielleicht kriechen Sie auch noch zum Kreuz. (*Abgeordneter Mosler: Ich werde nie zu Euch kommen!*) Wir verlangen es gar nicht. In dieser Hinsicht soll man nie so persönlich werden. Man sagt, ich sei persönlich. Herr Abgeordneter Wolf ist es aber nach den heutigen Äußerungen des Abgeordneten Mosler auch, und ich will nur konstatieren, daß es schon zwei gibt, die persönlich sind. (*Heiterkeit.*) Ich wollte eigentlich nur sagen, daß man von den Millionen die Nullen weglassen soll und daß es mit der Korruption dann nicht so arg ist. Wir könnten die 40 Millionen auch für Mattersdorf brauchen, aber damit würden wir dennoch nicht viel ausrichten. Damit könnten wir nur rigolen, aber nicht die Reben kaufen. (*Landesrat Walter: Dann lassen wir das Landeskulturamt ganz auf! Lebhaftige Zwischenrufe.*) Es hat auch Jahre gegeben, wo die Sozialdemokraten in der Regierung in Wien die Oberhand hatten und damals hat man auch nicht viel gefragt, wenn man ein sozialistisches Unternehmen oder die Partei in die Höhe bringen wollte. Das machen Sie und die anderen auch, das ist schon einmal die Situation aus der Welt. Ihr habt sie nicht aufgebracht und wir auch nicht. (*Abgeordneter Mosler: Bajazzo!*) Ich könnte darauf erwidern (*Abgeordneter Mosler: Bitte schön!*), aber wenn ich es tue, könnte die Sache wirklich ernst werden. Wenn Herr Abgeordneter Mosler sich erkundigt, wird er hören, daß ich auch sehr ernst sein kann, aber ich denke, wenn es möglich ist, kann man eine Sache auch ohne Streit begleichen. Seien wir ehrlich, es ist schon viel mit Heiterkeit gemacht und mit Ernst schon viel verloren worden. Im Krieg haben wir Ernst genug gehabt, und er ist doch verloren worden, vielleicht hätten wir mit Heiterkeit mehr erreicht. (*Lebhafter Beifall rechts.*)

Abgeordneter Pomper: In der Angelegenheit der Hagelkatastrophe kann ich nur sagen, daß wir in Zukunft solche Angelegenheiten nicht nach parteipolitischen Gründen behandeln sollen. Denn der Schaden soll ersetzt werden.

Wie mir bekannt ist, hat sich auch der Pfarrer von Moschendorf dahin geäußert, die Geschädigten seien lauter Sozialdemokraten und er erblicke darin eine Strafe Gottes. (*Hört! - Rufe bei den Sozialdemokraten.*) Es ist wirklich verwunderlich, daß sich ein Priester so ausdrücken und den lieben Gott in die Politik hineinziehen kann.

Ich möchte zum Schlusse sagen, daß wir hier jede Parteisache ausschalten und nur einer gerechten Sache dienen sollen.

Präsident Wimmer: Zur Begründung der Dringlichkeit der Anfrage erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Gesell.

Abgeordneter Gesell: Hohes Haus! Der junge Lehrer Adolf Karner aus Mariasdorf wurde im September der reformierten Schule in Oberwarth zugewiesen. Am 3. Oktober wollte er sich auf seinen bisher in Ungarn innegehabten Posten begeben, um dort seine Stelle niederzulegen und seine Habseligkeiten zu holen. In der Grenzstation Torony wurde er verhaftet, nach Steinamanger gebracht und dort eingekerkert. Gleich damals habe ich dem Herrn Landeshauptmann darüber Bericht erstattet, worauf aus Rechnitz ein Polizeiorgan beauftragt wurde, mit den zuständigen Behörden in Ungarn in Verbindung zu treten. Diesem Manne erging es nicht besser, als dem Lehrer Karner; er wurde gleichfalls

verhaftet und erst nach 74 Stunden aus der Haft entlassen. Der Lehrer Karner sitzt aber heute noch im Kerker! (*Hört!-Rufe.*)

Das Eigentümliche an der Sache ist, daß weder unsere Behörden, noch die Angehörigen des Karner eine Ahnung davon haben, aus welcher Ursache der Lehrer verhaftet wurde. Gerüchtweise verlautet, daß er wegen Spionage verhaftet worden sei. Ich kenne den jungen Mann sehr genau, denn er war mein Schüler und ich halte es für ausgeschlossen, daß er Spionage getrieben hätte; das liegt ihm ganz ferne! Nach einem anderen Berichte soll er an den Schulinspektor Unger einen Brief geschrieben haben, in dem er sich über die ungarischen Barbaren nicht sehr schmeichelhaft ausgedrückt haben soll. Freilich hat der Bezirksschulinspektor einen solchen Brief niemals erhalten. Sollte er sich über diese „ritterliche Nation“ so ausgedrückt haben, dann wäre ja darin Ursache gelegen, ihn zu verhaften, das sind aber nur Gerüchte.

Es läßt sich leicht denken, welche Kümmernisse und wie viele schlaflose Nächte die armen Eltern über das ungewisse Schicksal ihres Sohnes durchzumachen haben und daß der bedauernswerte Lehrer auch nicht auf Rosen gebettet ist, ist wohl auch keine Frage (*Ruf: So geht es vielen Tausenden in Ungarn!*)

Ich stelle mit dieser Anfrage gleichzeitig den Antrag, die Regierung möge alles unternehmen, um die Enthftung dieses unschuldigen Mannes sofort zu erwirken, eventuell — wenn es nicht anders möglich ist — mittels Repressalien!

Präsident: Ich ersuche die Mitglieder des hohen Hauses, welche dieser Anfrage die Dringlichkeit zuerkennen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Die Dringlichkeit erscheint zuerkannt. Zur Beantwortung der Anfrage erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Leser das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Leser: Hohes Haus! In Vertretung des Herrn Landeshauptmannes Rausnitz habe ich auf diese Anfrage folgendes zu antworten:

Der an die reformierte Schule in Oberwarth berufene Lehrer Adolf Karner wurde anläßlich der Abholung seiner Habseligkeiten in Torony verhaftet und befindet sich gegenwärtig in Steinamanger, wo er wegen Hochverrat angeklagt ist.

Die bisher unternommenen Schritte um Freilassung des Genannten blieben erfolglos. Der Bezirksverwalter von Oberwarth hat persönlich beim Vizegespan Geza Herbst wegen Freilassung interveniert, jedoch ohne Erfolg. Ein vom Grenzpolizeiamt in Rechnitz entsendetes Organ nach Steinamanger wurde ebenfalls verhaftet und drei Tage zurückbehalten. Das Ministerium des Äußern hat ebenfalls Schritte unternommen. Von der Landesregierung wurde alles Erforderliche getan, um die Freilassung Karners zu erreichen.

Dem hohen Hause wird es ohneweiters begreiflich sein, daß die Landesregierung keine auswärtige Politik betreiben und auch nicht über das Ministerium des Äußern hinweg verfügen kann, das berufen ist, die hier notwendigen Schritte zu unternehmen. Die Landesregierung hat mehr als es ihre Pflicht gewesen wäre, getan, indem ein Organ der Bezirkshauptmannschaft es unternommen hat, auf eigenes Risiko — und daß dieses Risiko nicht so klein ist, das beweist der Fall mit dem Grenzpolizisten — mit den ungarischen Behörden persönlich zu verhandeln. Die Landesregierung hat alles unternommen, um das Ministerium des Äußern zu veranlassen, die schärfsten Schritte, eventuell auch Repressalien anzuordnen, um die Freilassung des Lehrers Karner zu erzwingen.

Ich möchte aber die Herren Interpellanten aufmerksam machen, daß in dieser Angelegenheit ein wirksamer Schritt nicht eine Interpellation hier im Hause sein würde, sondern eine Interpellation im Nationalrat, welcher doch ein größeres Forum und wo auch Gelegenheit gegeben ist, den Minister für Äußeres unmittelbar für eine eventuelle Vernachlässigung von solchen Schritten, die voraussichtlich zu einem Erfolge geführt hätten, zur Verantwortung zu ziehen.

Präsident: Wir gelangen zur Behandlung der eingelangten Dringlichkeitsanträge. Zur Begründung der Dringlichkeit erteile ich dem Herrn Abgeordneten Till das Wort.

Abgeordneter Till: Wie Sie aus der Verlesung des Dringlichkeitsantrages entnommen haben, handelt es sich um eine Schablone in der Anwendung des Gesetzes. Die Dringlichkeit meines Antrages ist dadurch gegeben, daß am 15. Dezember l.J. zirka 51 ungarische Kriegsbeschädigte, die im österreichischen Bundesdienst stehen, auf die Straße gesetzt werden, weil sie den vorgeschriebenen Termin nicht nachweisen können.

Präsident (*Abstimmung*): Die Dringlichkeit ist beschlossen.

Abgeordneter Till: Die Gesetze vom 27. Jänner 1921 und Juli 1921 besagen, daß am 1. Mai 1920 im Bundesdienst gestandene Kriegsbeschädigte, welche eine 16 prozentige Erwerbsunfähigkeit nachweisen können, ins Definitivum übernommen werden können.

Leuten, die Ende des zwanziger Jahres provisorisch in den Burgenlandsdienst ausgenommen worden sind, wurde zum Teil schon gekündigt, anderen soll noch im Laufe dieses Jahres gekündigt werden.

Die Burgenländer können selbstverständlich den vorgeschriebenen Termin nicht nachweisen, da sie erst kurz vor der Landnahme in den burgenländischen Dienst aufgenommen wurden; es sollten daher die beiden Gesetze sinngemäß abgeändert werden, was aber — man kennt den bürokratischen Apparat — in der so kurzen Zeit nicht stattfinden kann. Daher soll der Herr Landeshauptmann im kürzesten Wege bei dem Bundesministerium für Heereswesen, dem Ministerium des Innern, beim Ministerium für Finanzen und Verkehrswesen — weil auch Eisenbahner davon betroffen werden — dahin wirken, daß diese Gesetze hinsichtlich der Burgenländer, was die Termine betrifft, anders ausgelegt werden, das heißt auf die Burgenländer nicht angewendet werden.

Die bereits vollzogenen Entlassungen und Kündigungen sollen natürlich auch annulliert werden. Insbesondere sollen die Kriegsbeschädigten nicht um ihre Begünstigungen gebracht werden.

Präsident (*Abstimmung*): Das Meritum des Dringlichkeitsantrages ist angenommen. Zur Begründung der Dringlichkeit seines Antrages erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolf das Wort.

Abgeordneter Wolf: Wie aus dem Antrag ersichtlich, handelt es sich um eine der wichtigsten Fragen des Burgenlandes, die Grenzregulierung. Sie dürften aus den Zeitungen wissen, daß die Grenzabsteckung jetzt im Zuge ist. Soll daher überhaupt eine Remedur möglich sein, so sind entsprechende Schritte der Landesregierung, beziehungsweise Bundesregierung dringend notwendig. Ich glaube somit, die Dringlichkeit genügend begründet zu haben.

Präsident (*Abstimmung*): Die Dringlichkeit ist beschlossen. Zum Meritum erteile ich das Wort neuerlich dem Abgeordneten Wolf.

Abgeordneter Wolf: Aus den Zeitungen entnehmen Sie eine für alle Bewohner des Burgenlandes betäubende Nachricht, daß wieder ein großes Stück Heimat, unserem Herzen, dem Burgenlande entrissen werden soll. Ich glaube wohl behaupten zu dürfen, daß dies von jeder Partei, ohne Ausnahme einstimmig verurteilt werden muß, und halte es für überflüssig, noch mehr auf das Meritum einzugehen, da es sich darum handelt, zu verhindern, daß ein Stück nationalen Bodens der fremden Knechtschaft ausgeliefert wird, wodurch die Interessen der Landwirtschaft, der Arbeiterschaft, des Gewerbes und der Industrie geschädigt werden. Ich glaube wohl, jedes burgenländische Herz, jeder, der um das Wohl seines Landes besorgt ist, hat die selbstverständliche Pflicht, alle Mittel zu ergreifen, um dies zu verhindern. Von diesen Beweggründen geleitet, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, alle möglichen Schritte energisch und ehestens einzuleiten, und bitte um Annahme meines Dringlichkeitsantrages.

Präsident (*Abstimmung*): Der Antrag ist beschlossen. Hohes Haus! Wir sind am Schlusse der Sitzung angelangt.

Abgeordneter Koch: Zur Geschäftsordnung. Der Herr Präsident hat einen Zwischenruf überhört, auf den nach meiner Ansicht der Ordnungsruf hätte erfolgen sollen. (*Welcher Zwischenruf?*) Bajazzo.

Präsident (*nach einer Pause*): Es wird mir soeben vom Leiter des Stenographenamtes mitgeteilt, daß im Laufe der Polemik vom Herrn Abgeordneten Mosler dem Herrn Abgeordneten Koch gegenüber der Ausdruck „Bajazzo“ gefallen ist. Ich muß sagen, daß derartige Ausdrücke nicht parlamentarisch sind und ich möchte wünschen, daß Herr Abgeordneter Mosler diesen Ausruf zurücknimmt und erklärt, daß er nicht die Absicht hatte, den Herrn Abgeordneten Koch zu beleidigen.

Abgeordneter Mosler: Ich mache aufmerksam, daß der Herr Präsident nur das Recht hat, mich zur Ordnung zu rufen und nichts anderes. Ich erkläre nichtsdestoweniger, daß ich selbstverständlich damit den Herrn Abgeordneten Koch nicht beleidigen wollte, obwohl sein Benehmen hier im Landtag und seine Redewendungen diesen Eindruck bei vielen Mitgliedern schon hervorrufen könnten. (*Rufe rechts: Jetzt ist es noch ärger wie früher!*)

Präsident: Ich muß dem Herrn Abgeordneten Mosler nach dem neuerlich Gehörten den Ordnungsruf erteilen.

Ich möchte die Herren Abgeordneten bitten, daß Sie sich für die nächste Woche bereit halten, um zu einer eventuell telegraphisch einberufenen Sitzung zu kommen, da wahrscheinlich in den nächsten Tagen das Schulaufsichtsgesetz vom Ministerium herunterkommt und wieder Änderungen verlangt werden. Um das Inkrafttreten des Gesetzes nicht zu verhindern, bitte ich Sie, wenn sie telegraphisch einberufen werden, pünktlich zur Sitzung zu erscheinen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 22 Uhr 50 Minuten.)

